

Jahresbericht 2014

Reformen entschlossen anpacken



Schwerpunktt Themen Bremen vor der Wahl: Wohin der Wirtschaftsstandort steuern muss • Stimme des Nordwestens: Metropolregion justiert sich neu • Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025: Ein notwendiger Kompromiss • Tourismus im Land Bremen: Attraktionen modernisieren
Konjunkturbericht • Zusammenschluss • Leistungsbilanzen



HK Handelskammer
Bremen



IHK Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Inhalt

Schwerpunktthemen Bremen_Bremerhaven

- Reformen entschlossen anpacken 3
- Konjunkturbericht 2014 4
- Der Zusammenschluss: Gemeinsame
Handelskammer für Bremen und Bremerhaven 6
- Bremen vor der Wahl: Wohin der
Wirtschaftsstandort steuern muss 7
- Stimme des Nordwestens: Metropolregion
justiert sich neu 11
- Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025:
Ein notwendiger Kompromiss 14
- Tourismus im Land Bremen:
Attraktionen modernisieren 17

Leistungsbilanzen Bremen_Bremerhaven

- Standortpolitik, Häfen, Verkehr 20
- Industrie, Innovation, Umwelt 27
- Aus- und Weiterbildung 32
- International 37
- Starthilfe und Unternehmensförderung 42
- Einzelhandel, Tourismus, Recht 43
- Public Relations 46
- Service 48
- Juniorenkreise 49

Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen

- Das Ehrenamt in Bremen 50
- Ausschüsse und Kommissionen
der Handelskammer Bremen 51
- Geschäftsbereiche Bremen 51
- Das Ehrenamt in Bremerhaven 52
- Ausschüsse und Arbeitskreise der
IHK Bremerhaven 52
- Geschäftsbereiche Bremerhaven 52
- Ausgewählte Stellungnahmen 53

Impressum 55

Titelbilder Schütting und Rathaus,
Bremerhavens Havenwelten, GVZ

Vorwort

Reformen entschlossen anpacken

Bremen steht vor der Bürgerschaftswahl im Mai 2015. Die neue Landesregierung hat die Herausforderung zu bewältigen, mit einschneidenden und zum Teil sicherlich auch unpopulären Entscheidungen einen umfassenden Strukturumbau der öffentlichen Verwaltung einzuleiten. Denn nur so kann Bremen auf Dauer erfolgreich sein und seine öffentlichen Haushalte konsolidieren.

Zugleich steht diese Landesregierung vor der Aufgabe, einen gewichtigen Part bei der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzsystems zu spielen. Für unser Bundesland muss dabei ein Weg gefunden werden, wie ein wirtschaftsstarkes Bundesland wie Bremen – als internationaler Hafen- und fünftgrößter deutscher Industriestandort – auch über die entsprechenden Steuereinnahmen verfügen kann.

Die künftige Landesregierung soll verstärkt den Blick über die Landesgrenzen richten. In den zurückliegenden Jahren ist die Metropolregion Nordwest zu einer hörbaren Stimme – gerade auch für die Wirtschaft in der Region – geworden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem Wirtschaft und Politik gemeinsam die wichtigsten Stellschrauben in ihrer Organisation so justieren müssen, dass der vorhandene Schwung noch besser genutzt werden kann.

In Schwung müssen ebenfalls der Verkehr und die touristische Entwicklung unseres Landes bleiben. In Bremen wurde in langen, mitunter kontroversen Diskussionsrunden ein tragfähiger Kompromiss beim Verkehrsentwicklungsplan gefunden. Das Ziel: die gewünschte Mobilität mit Umweltfreundlichkeit in Einklang zu bringen. In Bremerhaven soll das nun folgen. Mit der wachsenden Bedeutung des Städtetourismus ergeben sich für das Land Bremen neue Chancen, wenn es gelingt, die touristische Attraktivität weiter zu steigern.

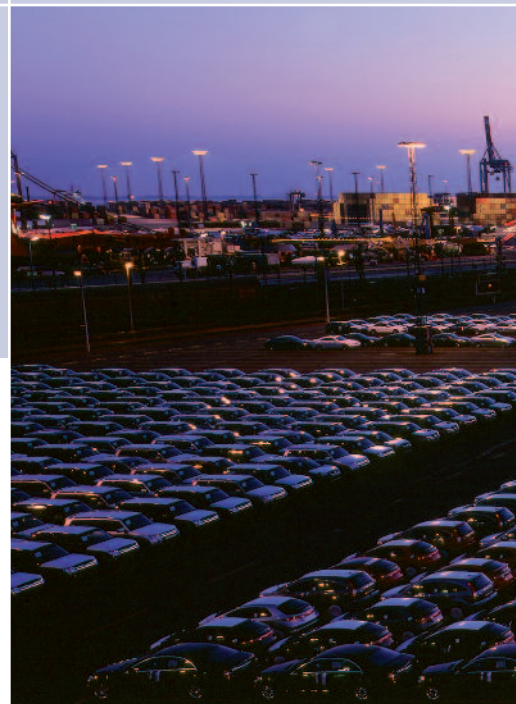


(v.l.) Michael Stark, Hans-Christoph Seewald,
Christoph Weiss, Dr. Matthias Fonger

Hierzu – wie auch in vielen anderen Bereichen – wird der Zusammenschluss der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven beitragen. Am 1. Januar 2016 geht die neue Kammer für Bremen und Bremerhaven an den Start. Sie wird eine starke und durchsetzungsfähige Stimme der Wirtschaft unseres Landes sein!

Christoph Weiss Präses
Hans-Christoph Seewald Präsident
Dr. Matthias Fonger Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus
Michael Stark Hauptgeschäftsführer

Konjunkturbericht 2014



Weltwirtschaft weniger dynamisch als erwartet

➔ Die Weltkonjunktur verzeichnete 2014 nur einen moderaten Aufschwung. Mit rund zweieinhalb Prozent lag das Wachstum der Weltproduktion auf dem Niveau des Vorjahres. Der Außenhandel nahm um rund drei Prozent zu – weniger als zu Jahresbeginn erwartet.

Eine abnehmende wirtschaftliche Dynamik war in den Schwellenländern zu verzeichnen, nicht zuletzt aufgrund der allgemein nachlassenden Entwicklung der Rohstoffpreise. Im Zuge rückläufiger Immobilienpreise und eines schwachen privaten Konsums wuchs in China die Verunsicherung über die weitere konjunkturelle Entwicklung. Nachlassend war das Expansionstempo auch im übrigen ostasiatischen Raum sowie in Lateinamerika. Sorge bereitete die Zuspitzung des Schuldenstreits in Argentinien. Fehlende Handelsabkommen, hohe Steuern und Einfuhrzölle, schlechte Infrastruktur und ausufernde Bürokratie belasteten die Konjunktur in Brasilien. Venezuela litt unter dem Preissturz auf dem Ölmarkt, der auch Russland zusätzlich zu den Wirtschaftssanktionen des Westens zu schaffen machte.

Indien konnte seine Wachstumsrate auf rund sechs Prozent ausweiten. Im Zuge des Regierungswechsels kehrte an den Kapitalmärkten Vertrauen zurück, und es stiegen die Erwartungen, dass der Subkontinent in eine neue Wachstumsphase eintreten könnte. Ein besseres Wirtschaftswachstum verzeichnete daneben auch Südkorea.

Mit gut zwei Prozent Produktionsanstieg verlief die Entwicklung in den USA vergleichsweise robust. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich fort und das Konsumentenvertrauen ist gewachsen. Eine langsame geldpolitische Neuausrichtung wurde angesichts des gestiegenen Expansionstempos eingeleitet. Japan verzeichnete hingegen eine geringe und unstete Wirtschaftsdynamik. Die Erfolge der als Abenomics bezeichneten Wirtschaftspolitik lassen auf sich warten. Strukturelle angebotsseitige Reformen stehen weiter aus. Auch der schwächere Yen hat die Exporte des Landes nicht beflügeln können.

In der EU verlief die Wirtschaftsentwicklung insgesamt weniger freundlich als erwartet. Die Europäische Zentralbank hat im Zuge der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung und geringer Inflationsraten die geldpolitischen Zügel nochmals gelockert. Insgesamt stieg die Wirtschaftsleistung nur um gut ein Prozent. Besonders in Frankreich und Italien ist die wirtschaftliche Zuversicht geschwunden. Die bisherige Wachstumslokomotive Deutschland wurde langsamer und blieb hinter den Prognosen zurück. Entgegen manchen Befürchtungen konnten die Krisenländer Spanien und Portugal ihre Wirtschaftsleistung ausweiten, in Griechenland hat sich die Konjunktur zumindest stabilisiert. Positive Signale vermeldete Großbritannien, wo sich der Aufschwung kräftig fortsetzte, ebenso Irland und Norwegen. Die mittel- und osteuropäischen Staaten wirkten mit einer Wachstumsrate von rund 2,5 Prozent ebenfalls stabilisierend für Europa.

Rückläufige Konjunktur erwartet

Die Verunsicherungen über die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung und die direkten Folgen der globalen Krisenherde waren im Jahresverlauf zunehmend auch in Bremen zu spüren. Das Geschäftsklima ließ deutlich nach, was auch erste Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterließ: Die Herbstbelegung fiel unterdurchschnittlich aus. Gegenüber dem Vorjahresmonat hat sich die Arbeitslosigkeit im November 2014 im Land Bremen leicht erhöht. Im Zuge gedämpfter Zukunftserwartungen zeigten sich die Unternehmen im Herbst insgesamt etwas zurückhaltender bei den Personal- und Investitionsplanungen.

Wenig dynamisch verlief 2014 vor allem die Industriekonjunktur. Der Personalstand stieg in den ersten zehn Monaten des Jahres nur noch leicht an. So hat die Abwertung des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bremischer Exporteure zwar gestärkt, die Umsätze legten aber aufgrund der allgemein nachlassenden konjunkturellen Impulse nur um rund 4 Prozent zu. Umsatzwachstum erzielten insbesondere die Hersteller von Metallerzeugnissen, die Hersteller von elektrischen und optischen Erzeugnissen, die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren und der Fahrzeugbau. Teils kräftig nachlassende Umsatzerlöse verzeichneten dagegen unter anderem das Ernährungsgewerbe, die Hersteller von Glas, Glaswaren und Keramik sowie die Verarbeiter von Steinen und Erden, das Textil- und Bekleidungs-gewerbe und der Maschinenbau.



Automobilumschlag in Bremerhaven: neuer Umschlagsrekord

In der Bauwirtschaft entwickelte sich die Nachfrage im Jahresverlauf positiv. Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft wurde durch das anhaltend niedrige Zinsniveau und die freundliche Immobilienmarktentwicklung beflügelt.

Der Groß- und Außenhandel vermeldete eine im Jahresverlauf nachlassende Geschäftsentwicklung und wies zuletzt überwiegend eine befriedigende Geschäftslage auf. Im Trend aufwärtsgerichtet verlief das Geschäftsklima im bremischen Einzelhandel, wobei der Warenhausbereich deutlich mehr als der Facheinzelhandel von der gestiegenen Konsumbereitschaft der Verbraucher profitierte.

Eine freundliche Konjunktur verzeichnete weite Teile des Dienstleistungssektors. Personenbezogene Dienstleister profitierten von der erhöhten Kaufbereitschaft der Verbraucher. Die unternehmensnahen Dienstleister wiesen eine im Jahresverlauf nachlassende Geschäftsentwicklung auf, hatten zum Herbst hin die Geschäftsprognose aber wieder angehoben. Rückläufig zeigte sich das Geschäftsklima in der Logistik- und Verkehrswirtschaft. Die bremischen Häfen blieben beim Güterumschlag um 0,4 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Der Containerumschlag (TEU) reduzierte sich um 1,1 Prozent. Dynamisch entwickelte sich hingegen der Automobilumschlag. Mit 2,2 Millionen Fahrzeugen blieb die Seestadt der größte Umschlagplatz für Automobile in Europa.

In der Tourismuswirtschaft hat sich das Geschäftsklima im Jahresverlauf verbessert. Die Gästeankünfte sind in beiden Teilen des Bundeslandes deutlich gestiegen. Mit rund 1,7 Millionen Übernachtungen

wurde in den ersten zehn Monaten des Jahres ein neuer Übernachtungsrekord im Land Bremen erzielt. Die Umsätze der Hotels, Gasthöfe und Pensionen legten in der Summe zu. Das Kreditgewerbe verzeichnete insgesamt eine freundliche Geschäftslage, hatte seine Geschäftserwartungen im Herbst aber deutlich zurückgeführt. Neben den globalen konjunkturellen Störfeuern sorgten die regulatorischen Änderungen für Verunsicherung in der Kreditwirtschaft.

Prognose und Aufgaben für das Jahr 2015

Für 2015 zeichnet sich ein abgeschwächtes Wirtschaftswachstum in Bremen ab, das sich auch auf die Personalnachfrage auswirken könnte. Skeptisch stimmt vor allem der Rückgang der Geschäftserwartungen im bremischen verarbeitenden Gewerbe. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erwartet ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von 0,8 Prozent.

Daher ist es gerade jetzt von großer Bedeutung, weiterhin die Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Basis für künftiges Wirtschaftswachstum zu stärken und die positiven Impulse für den Arbeitsmarkt auf längere Sicht zu erhalten. Die Bundespolitik ist gefordert, die Prioritäten entschlossen auf Wachstum und Investitionen zu legen. Der DIHK steht nicht zuletzt mit seinen Wirtschaftspolitischen Positionen, an dessen Konsultationsprozess sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven beteiligt haben, der Politik regelmäßig beratend zur Seite und zeigt Wege für eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf. So fordert der DIHK angesichts der nationalen Konjunktur-

wicklung von der Bundesregierung einen Stopp für weitere Belastungen der Wirtschaft. Im Koalitionsvertrag und darüber hinaus gibt es noch mindestens 36 Vorhaben der Regierung, die den Unternehmen das Leben schwerer machen. Sie führen zu höheren Kosten und mehr Bürokratie.

Beispielsweise kann die Politik beim Bürokratieabbau positive Zeichen setzen. Verkürzte Aufbewahrungsfristen und eine realistische Preisgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter schaffen Freiräume, insbesondere beim Mittelstand. Zudem wird es Zeit für eine Steuerreform, die Schluss macht mit der Besteuerung von Kosten (zum Beispiel Zinsschranke, Hinzurechnungen). Allein die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer belasten die Unternehmen jährlich mit rund 1,5 Milliarden Euro. Investitionshürden kann die Regierung auch bei den Regelungen zum Verlustvortrag senken (Mindestbesteuerung und das pauschale Mantelkaufverbot). Das wäre gerade für Start-ups ein wichtiges Signal.

Rückenwind kann auch die Wirtschaftspolitik in Bremen leisten. Wettbewerbsfähige Standortkosten, insbesondere auch im Vergleich mit dem bremischen Umland, spielen eine immer größere Rolle. Bremen muss seine industrielle und logistische Basis stärken, die den wirtschaftlichen Erfolg des Landes sichert. Mit den Wahlprüfsteinen zur Bürgerschaftswahl haben die beiden Kammern Ende Dezember 2014 Maßnahmen für eine bessere Standortpolitik aufgezeigt. ←

Der Zusammenschluss

Gemeinsame Handelskammer für Bremen und Bremerhaven

➔ Der Zusammenschluss der Handelskammer Bremen mit der IHK Bremerhaven zu einer gemeinsamen Kammer im Land Bremen ist 2014 wichtige Schritte vorangekommen. Er trägt dem Gedanken der gemeinsamen Entwicklungsinteressen und einer stärkeren Stimme der Wirtschaft gegenüber der Landespolitik in Bremen und der Metropolregion Rechnung.

Die für das Zusammengehen notwendigen Änderungen des Landes-IHK-Gesetzes wurden in der Bremischen Bürgerschaft im Mai 2014 beschlossen und im Juni 2014 im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen verkündet. Der Zusammenschluss ist damit rechtlich verbindlich und wird zum 1. Januar 2016 umgesetzt.

Auch über die strukturellen Veränderungen konnte Einvernehmen erzielt werden: In mehreren Workshops und Gesprächsrunden wurden die künftigen Organisationsstrukturen entwickelt. Dabei wurden die Personalvertretungen intensiv einbezogen. Hauptamt und Präsidien beider Kammern konnten sich im Mai 2014 über die Vorschläge für die zukünftigen Organisationsstrukturen in der gemeinsamen Kammer verständigen. Die künftige interne Struktur der Kammer orientiert sich an den für die deutsche Kammerorganisation bestehenden Qualitätsstandards und bewährten

Gliederungen anderer deutscher Industrie- und Handelskammern. Die gemeinsame Handelskammer Bremen unterhält zukünftig Standorte in Bremen und Bremerhaven. Alle notwendigen Dienstleistungen zur Betreuung der Mitglieder werden weiterhin an beiden Standorten vorgehalten. Der Sitz der Hauptgeschäftsführung ist in Bremen.

Zur Fortsetzung der ehrenamtlichen Tätigkeiten werden die bestehenden Gremien in beiden Kammern zusammengeführt. In einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven am 15. Oktober 2014 wurden dazu im Grundsatz die zukünftigen Ausschussstrukturen beschlossen. Zugleich konnten im vierten Quartal 2014 die notwendigen Änderungen der Wahlordnungen in Bremen und Bremerhaven ausgearbeitet werden.

Die Wahlen für das gemeinsame Plenum der künftigen Kammer finden 2015 noch formal getrennt in der Handelskammer Bremen und in der IHK Bremerhaven statt. Das Plenum besteht zukünftig aus bis zu 60 Mitgliedern. 52 Mitglieder des Plenums werden in unmittelbarer Wahl von den Kammerzugehörigen gewählt – 40 Mitglieder im Wahlbezirk Bremen und 12 Mitglieder im Wahlbezirk Bremerhaven. Bis zu acht Mitglieder können von den unmittelbar gewählten Mitgliedern kooptiert werden (mittelbare Wahl).

Neben dem Schaffen der rechtlichen Voraussetzungen und dem Festlegen der neuen organisatorischen und ehrenamtlichen Strukturen der gemeinsamen Kammer wurden auch die hauptamtlichen Kontakte zwischen beiden Häusern in 2014 intensiviert. Eine erste gemeinsame Mitarbeiterversammlung der Kammern fand am 15. Mai 2014 in Bremen statt. Eine zweite folgte im Juli in Bremerhaven sowie ein erster gemeinsamer Betriebsausflug im September 2014.

Für das Jahr 2015 steht die Zusammenführung der IT-Strukturen ganz oben auf der Tagesordnung. ➔



Bremen vor der Wahl: Wohin der Wirtschaftsstandort steuern muss

➔ Bremen ist ein Land der Talente. Als fünftgrößter deutscher Industriestandort, als spezialisierte Region der maritimen Logistik und als traditionsreicher, international verflochtener Handelsort verfügt das Land über eine Vielzahl besonderer Kompetenzen – Stärken, die politisch eine weit aus wichtigere Rolle spielen müssen, als das in den zurückliegenden Jahren der Fall war. Es geht darum, Bremen als innovativen, beweglichen und handlungsfähigen Standort zu stärken. Wichtiger denn je wird sein, dass das Land die Chancen nutzt, die es durch Zuwanderung, durch seine internationalen Verflechtungen und seine hervorragende Lage an einer Schnittstelle internationaler Warenströme hat.

Die zentralen Fragen der kommenden Legislaturperiode lauten

- Wie kann sich Bremen in einer globalisierten, internationalen Welt positionieren?
- Welche Voraussetzungen braucht unser Bundesland, um weiteres Wachstum zu erreichen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen?
- Was ist notwendig, um die öffentlichen bremischen Haushalte dauerhaft zu konsolidieren?
- Wie können wir die Chancen von Migration nutzen und was bedeutet das für die Bildungspolitik?

In einem Papier zur Bürgerschaftswahl im Mai 2015 haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven die aus Sicht der Wirtschaft entscheidenden Handlungsfelder für die neue Legislaturperiode beschrieben. Vorgestellt haben die beiden Kammern das Papier in einer Sitzung der Landespressekonferenz am 17. Dezember 2014 im Haus Schütting.

Das für Bremen entscheidende Zukunftsthema ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Sie bedingt die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen. Es gehört auf der politischen Agenda ganz nach oben. Priorität haben auch die Entwicklung Bremens beim Verkehr und in der maritimen Logistik, die Entwicklung

als Exportstandort mit einer begründeten Funktion für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Entwicklung als fünftgrößter deutscher Industriestandort mit allen Aspekten, die für eine prosperierende Produktion von Bedeutung sind. Bremen muss sich zudem in der Stadtentwicklung und im Handel zukunftsfest und als touristisches Ziel für Besucher aus Deutschland und aller Welt noch attraktiver machen. Von großer Bedeutung ist für die Wirtschaft auch die bremische Bildungspolitik – ein Thema, das unmittelbar mit einem gesicherten Fachkräftebedarf zusammenhängt.

Öffentliche Haushalte und föderale Finanzbeziehungen

Schon vor Jahren haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven in einem gemeinsamen Papier gefordert, dass Bremen die Strukturen seiner öffentlichen Verwaltung umfassend überprüfen und reformieren muss. Wie kann das Land bestehende Doppelstrukturen in Bremen und Bremerhaven auflösen? Wo liegen die Perspektiven in einer Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen, kann Bremen sparen, ohne den Service für die Bürgerinnen und Bürger zu verschlechtern? Was ist zu tun, damit das Land die stetig wachsenden sozialen Aufwendungen in den Griff

Schwerpunktthema

bekommt? Zentrale Herausforderungen bestehen beispielsweise darin, das bremische Personalvertretungsrecht in Anlehnung an das Betriebsverfassungsgesetz zu reformieren und dem Amt des Senatspräsidenten eine Richtlinienkompetenz zu geben.

Der Haushaltsplan 2014/2015 und eine kurz darauf verhängte Haushaltssperre haben nochmals deutlich gemacht, dass die Landesregierung hier eine gewaltige Aufgabe vor sich hat – eine Aufgabe im Übrigen, für die die Spitzen der beiden Kammern wiederholt ihre konstruktive Mitarbeit angeboten haben. Die Eckdaten für den aktuellen Haushaltsplan des Landes lassen vermuten, dass an einigen Stellen eher politisch gewünschte Zahlen als realistische Zielwerte eingetragen wurden.

Streitpunkt zwischen Wirtschaft und Politik sind immer wieder auch die kontinuierlich sinkenden Investitionsausgaben. Wachstum lässt sich, so sieht es die Wirtschaft, nur über Investitionen dauerhaft sichern. Wenn die Investitionsausgaben aber, so der politische Wille, gering sind, muss Bremen umso mehr dafür sorgen, dass es für Investitionen der Privaten interessant wird. Das erfordert unter anderem ein wirtschaftsfreundliches Klima. Zu solch investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen gehören weniger bürokratische Hürden, schlankere Genehmigungsverfahren, schneller bearbeitete Anträge, stabile unternehmensrelevante Steuern – insbesondere die Gewerbesteuer – und eine stärkere öffentliche Wertschätzung der Wirtschaft als Arbeitgeber.

Das sind Bedingungen, die das Land Bremen aus eigenem Antrieb leisten könnte. Sehr viel komplexer ist die Situation bei der Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Auch hier hat die Handelskammer Bremen ihren Beitrag geleistet und hat – nachdem sie sich bereits seit vielen Jahren detailliert mit dem 2019 auslaufenden Länderfinanzausgleich befasst hat – das Positionspapier „Bürgerföderalismus – Ein Konzept zur Reform des fö-

deralen Finanzausgleichs“ (2013) gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg vorgelegt. Darin sind konkrete Reformvorschläge enthalten. Kerngedanke ist, dass sich die Steuerkraft künftig wieder stärker an der Wirtschaftskraft orientieren muss. Der horizontale Finanzausgleich in seiner bisherigen Form sollte entfallen und durch einen vertikalen Ausgleich ersetzt werden. Um die Startbedingungen auch für hochverschuldete Länder wie Bremen gerecht zu gestalten, favorisiert die Handelskammer einen gemeinsamen Altschuldenfond, der vom Bund verwaltet wird.

Ganzheitliche Verkehrspolitik

In ihrem Papier zur Bürgerschaftswahl haben sich die beiden Kammern für eine ganzheitliche Verkehrspolitik in Bremen und Bremerhaven ausgesprochen. Sie muss zweierlei leisten: die Mobilität für Güter, Waren und Menschen gewährleisten und zugleich dazu beitragen, dass die Umwelt geschont wird. Das sieht der Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 (VEP) vor, an dem die Handelskammer Bremen mitgearbeitet hat. Der VEP umfasst 193 Einzelmaßnahmen, die einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen verkehrspolitischen Interessen und Handlungserfordernissen sowie dem finanziell Machbaren bilden. Alle Verkehrsarten und Verkehrsträger sowie deren Funktionen finden sich in der Planung wieder.

Als gemeinsam getragenes verkehrspolitisches Zielsystem berücksichtigt der VEP auch die Anforderungen des Wirtschaftsstandortes, also zuverlässig funktionierende Wirtschafts-, Pendler- und Besucherverkehr sowie die Erreichbarkeit der Gewerbestandorte. Wichtig für den weiteren Prozess wäre es, künftig die Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik in einem Senatsressort für Wirtschaft, Häfen und Verkehr zusammenzuführen. Für Bremerhaven fordert die IHK ein Gesamtverkehrskonzept, damit es künftig eine plausible Grundlage für die strategische Verkehrsplanung der kommenden Jahre gibt.

Von Bedeutung für das Land, insbesondere aber für die Stadt Bremen, ist eine durchgehende Autobahn A 281 von der A 27 bis zur A 1. Die Diskussionen um den VEP haben gezeigt, dass sich einige der darin vereinbarten Ziele nur erreichen lassen, wenn ein geschlossener Autobahnring um Bremen für die erforderliche Entlastung sorgt. Für Bremerhaven birgt insbesondere die Küstenautobahn A 20 neue Entwicklungsperspektiven.

Bremen lebt von und mit den Häfen. Die beiden Kammern fordern daher von der künftigen Landesregierung auch ein deutliches politisches Bekenntnis zu Erhalt und Ausbau der Hafeninfrastruktur. Viele Kajen und Hafenanlagen erreichen in den kommenden Jahren das Ende ihrer technischen Lebensdauer. Für Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen muss Geld bereitgestellt werden.

Das betrifft ebenso die Hafenhinterlandanbindung, also die Verkehrsmöglichkeiten, Güter aus oder zu den Hafenanlagen zu transportieren. Gemeinsam mit den anderen deutschen Küstenländern soll Bremen bei der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans 2015 einen nationalen Investitionsschwerpunkt Hafenhinterlandverkehr fordern. Dieser muss die Verbesserung der großräumigen Schienenanbindung Bremens/Bremerhavens ebenso enthalten wie den Ausbau des Schienenknotens Bremen, den A 1-Ausbau, die Fertigstellung der A 281, die Küstenautobahn A 20 sowie den Ausbau von Außen-, Unter- und Mittelweser.

Länderschwerpunkte weiterentwickeln

Als einer der bedeutenden deutschen Hafenstandorte ist das Land Bremen international eng verflochten. Mit einer industriellen Exportquote von mehr als 50 Prozent liegt Bremen bundesweit an der Spitze. Für



Die neue Bremer Landesregierung muss sich vor allem um die Haushaltskonsolidierung kümmern – das entscheidende Zukunftsthema für Bremen.

die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven ist es daher wichtig, dass Bremen auch in der nächsten Legislaturperiode seine Investitionsakquisition an Länderschwerpunkten ausrichtet. Die USA, China und die Türkei sollen als Schwerpunktländer weiterhin im Fokus stehen. Allerdings dürfen andere, die sich zu interessanten Investorenadressen entwickelt haben, nicht außer Acht gelassen werden. Die künftige Landesregierung soll über den Bundesrat dazu beitragen, dass bürokratische Hindernisse im Außenwirtschaftsverkehr abgebaut werden, also Hindernisse beispielsweise in der Umsetzung des neuen EU-Zollkodexes, bei den „Made-in“-Regelungen, durch nationale Sanktionen bei Zollrechtsverstößen, bei den US-Regeln zur Containersicherheit oder den Initiativen beim Visarecht.

Gute Standortbedingungen

Häfen und Produktion sind eng miteinander verbunden. Durch seine Häfen und die geographische Lage an der Schnittstelle internationaler Warenströme hat Bremen gute Chancen, als Industriestandort weiter zu wachsen. Gute Standortbedingungen für produzierende Unternehmen – und zwar

für bestehende Betriebe wie auch für neuangesiedelte Firmen – müssen daher ein entscheidendes politisches Kriterium sein. Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode wird beispielsweise sein müssen, alte Gewerbegebiete umzustrukturieren und neue zu erschließen. Für das Land Bremen betrifft das die Gewerbegebiete Hansalinie, Güterverkehrszentrum (GVZ), Login Port und Luneplate sowie die Restrukturierungen in der Bremer Überseestadt.

Bei der Planung für die Entwicklung von Gewerbeflächen müssen weiterhin ausreichende Industriegebiete für bestehende und neue Industriebetriebe ausgewiesen werden. Auch muss darauf geachtet werden, dass Wohnbebauung nicht an bestehende Industriebetriebe heranrückt. In der Gewerbeflächenpolitik sollen hafennahe Areale für neue industrielle Nutzungen mit Umschlagsmöglichkeiten am Wasser entwickelt und planungsrechtlich gesichert werden.

Eine neue Herausforderung wird die Ansiedlung von Betrieben rund um den geplanten Offshore-Hafen in Bremerhaven sein. Dort soll frühzeitig ein Konzept entwickelt werden, das auf eine vielseitige Mischung von Wirtschaftszweigen zielt, um nicht zu stark von der Windkraft abhängig zu sein.

Energieversorgung sichern

Produktion ohne Energie ist unmöglich. Die Landesregierung muss sich für eine sichere Energieversorgung einsetzen. Dazu gehört die Förderung erneuerbarer Energien – allerdings mit Augenmaß. Starre Zielwerte können kontraproduktiv wirken. So betrug beispielsweise der Anteil der erzeugten erneuerbaren Energien 2011 im Land Bremen 6,44 Prozent, im Bundesdurchschnitt lag er bei 24 Prozent. Das hat mit dem begrenzten Raumangebot im Land Bremen zu tun und führt dazu, dass sich Bremen allein aus diesem Bereich nicht ausreichend mit Energie versorgen kann. Um die Versorgungssicherheit auch zu Spitzenlastzeiten zu gewährleisten, werden nach wie vor flexible, konventionelle Kraftwerkskapazitäten benötigt – und zwar solange, bis zum Beispiel Speichertechnologien Marktreife erlangen und die Netze in ausreichendem Maße ausgebaut sind.



Forschungsintensität steigern

Als Industriestandort und wichtiger Player in der maritimen Logistik tut Bremen gut daran, seine Potenziale als starker Wissenschaftsstandort intensiv zu nutzen. Dazu muss das Land aber seine Forschungs- und Innovationsförderung neu ordnen. Die Politik muss zu ihrer Verantwortung gegenüber den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven stehen. Sie muss die mit dem Wissenschaftsplan 2020 verbundene Weichenstellung weiter verfolgen und die Qualität der personellen und sachlichen Ausstattung in der Lehre verbessern. Hilfreich kann auf diesem Weg sein, dass die Kooperation der Hochschulen in der Metropolregion Nordwest ausgebaut wird. Im Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft ist es wichtig, mittelständische Betriebe weitaus stärker als bisher einzubinden.

Attraktive Innenstädte – Städte als Wohnort

Die großen Trends zeigen, dass eine Rückwanderung vom Land in die Städte stattfindet, insbesondere von älteren, oft gut verdienenden Menschen. Wer sich frühzeitig darauf einstellt, kann von diesem Trend profitieren. Bremen muss Einwohner im Land halten, neue gewinnen und ins Umland Verzogene für einen Umzug zurück in die Stadt begeistern. Hiermit sind für Bremen im Übrigen auch erhebliche fiskalische Effekte verbunden.

Es muss gelingen, dass die Innenstadt an Attraktivität zulegt und gegenüber dem Umland gewinnt. In Bremen bietet der Projektentwurf zur Bebauung des Ansgarquartiers gute Voraussetzungen dafür. Das Vorhaben soll auch dann umgesetzt werden, wenn der ursprüngliche Kaufpreis der Stadt nur mit Einschränkungen erzielt wird. Nach der endgültigen Einigung zwischen der Stadt und dem Investor muss das notwendige Baurecht zügig geschaffen wer-

den. Für die Bremer Innenstadt und die angrenzenden Stadtbezirke hat dieses Projekt eine Schlüsselfunktion.

In Bremen und Bremerhaven wurden gute Grundlagen für die Weiterentwicklung des Einzelhandels geschaffen. Das ist wichtig, um die Anziehungskraft der Städte als Versorgungszentren für die Region weiter zu stärken. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird darin bestehen, das Umfeld der Einzelhandelsschwerpunkte attraktiv zu halten und die Standortvermarktung auch in den Stadtteilzentren fortzusetzen.

Bremen-Nord hat hier besonders großen Bedarf. Politik, Verwaltung und Wirtschaftsförderung müssen weitere Strukturimpulse setzen und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse muss dort spürbar erhöht werden. Vor allem junge Fachkräfte und deren Familien brauchen eine Perspektive, die nur dann gegeben ist, wenn Wertschöpfung und Einkommensentstehung vor Ort erheblich gestärkt werden.

Bildung und Fachkräfte

Für weiteres Wachstum werden in immer mehr Branchen gut ausgebildete Fachkräfte gesucht. Das stellt Anforderungen an Bildung und Ausbildung. In der schulischen Bildung hat der Stadtstaat noch viel aufzuholen. Andererseits nimmt Bremen in der beruflichen und universitären Bildung bundesweit Spitzenplätze ein.

Darum sprechen sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven dafür aus, dass die im Bremer Ausbildungspakt verabredeten Ziele politisch fest im Blick behalten werden: die Sicherung der Ausbildungsreife, der Ausbau und die Weiterentwicklung der Berufsorientierung, die Erschließung der Potenziale bei leistungsstarken und -schwachen Jugendlichen sowie die Neustrukturierung und effizientere Gestaltung des Übergangssystems. Vor allem muss die Berufsvorbereitung verbessert werden. Der Übergang aus der Schule

in eine duale Berufsausbildung muss immer Priorität vor dem sogenannten Übergangssystem haben.

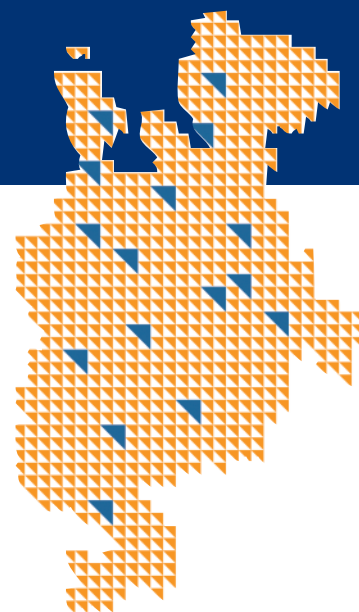
Die in Bremen geplante Ausbildungsgarantie kann geeignet sein, junge Leute in Ausbildung zu bringen. Ohne Jugendberufsagenturen, die in Bremen und Bremerhaven zügig eingerichtet werden müssen, ist die Ausbildungsgarantie allerdings kaum realisierbar.

Ein entsprechendes Budget und ausreichend Personal müssen auch für den dringend notwendigen qualitativen Umbau des Übergangssystems zur Verfügung stehen. Wenn die Bildungsangebote im Übergangssystem schrittweise zurückgefahren werden, muss darauf geachtet werden, dass die frei werdenden Gelder im Berufsbildungssystem verbleiben.

Tourismus stärken

Bremen und die Welt – das meint die touristische Anziehungskraft der Freien Hansestadt. Die Tourismusziele Bremen und Bremerhaven müssen weiterhin im In- und Ausland beworben werden. Wichtig ist neben einer für den Tourismus angemessenen Verkehrsanbindung, dass in diese Aktivitäten auch der Einzelhandel und die tourismusnahe Wirtschaft eingebunden sind. Damit ist ein besonderer Anspruch an das Landestourismuskonzept gestellt. Die bestehenden Tourismusmarketingorganisationen brauchen weitere Förderung, damit das Wachstum des Städtetourismus nicht gefährdet wird. Zugleich müssen die Synergien zwischen Bremen und Bremerhaven mit Blick auf die touristischen Leistungsträger mehr genutzt werden. ◀

Stimme des Nordwestens: Metropolregion justiert sich neu



➔ Der Nordwesten zählt zu den dynamischen Wirtschaftsräumen in Deutschland. 2,73 Millionen Menschen leben und arbeiten in der Metropolregion Nordwest. Die dort ansässigen Unternehmen schaffen seit Jahren neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt bei rund 1,3 Millionen. Die Stärke der Region fußt dabei auf einem breiten Fundament insbesondere mittelständischer Unternehmen und erstreckt sich über die Wirtschaftsfelder Agrar- und Ernährungswirtschaft, Automotive/Metall- und Maschinenbau, Energiewirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Logistik und maritime Wirtschaft, Luft- und Raumfahrt/Kunststoff- und Werkstofftechnik. Damit sich die positive wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft fortsetzt, müssen die zentralen Herausforderungen wie der demografische Wandel, der damit einhergehende Fachkräftemangel sowie der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit angesichts der Globalisierung und der Energiewende gemeistert werden.

Diese Herausforderungen kann jedoch keine Organisation und kein einzelnes Unternehmen allein lösen. Eine branchen-, cluster- und kompetenzübergreifende Vernetzung bietet die Chance, diese Aufgaben gemeinsam anzupacken. Hier ist der Nord-

westen hervorragend aufgestellt: Zahlreiche Cluster und Netzwerke sind fest in der Region verankert. Sie alle vereint das Ziel, den Nordwesten als eine der attraktivsten, wettbewerbsfähigsten und nachhaltigsten Regionen in Europa zu positionieren. Folgerichtig setzt die im Jahr 2006 gegründete Metropolregion Nordwest in ihrem im Frühjahr 2014 verabschiedeten Handlungsrahmen für die Jahre 2014 bis 2017 auf intelligentes, nachhaltiges und integriertes Wachstum. Adressiert werden insbesondere die spezifischen regionalen Wirtschaftskompetenzen und deren Innovationspotenziale.

Dynamische Entwicklung und großes Zukunftspotenzial

Es ist das ungeschriebene Gesetz der Wirtschaft: Nicht der Große schlägt den Kleinen, sondern der Schnelle den Langsamen. Das haben die Unternehmen im Nordwesten früh verstanden und haben mit vielen innovativen Projektideen auf sich aufmerksam gemacht. Die dynamische Entwicklung der Region zwischen Bremen und Oldenburg, zwischen der Nordsee und dem Osnabrücker Land hat sich herumgesprochen. Der Nordwesten gilt als ein Wirtschaftsraum, der sich durch einen starken Mittelstand und eine besondere Wachstumsdynamik mit großem Zukunftspotenzial auszeichnet.

Die folgenden Kennzahlen verdeutlichen dies:

- Bevölkerungsentwicklung: + 1,14 Prozent (Deutschland: - 0,62 Prozent),
- Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung: + 4,1 Prozent (Deutschland: - 0,4 Prozent; jeweils im Zeitraum 2004-2014),
- Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung: 18 Prozent (Deutschland: 16 Prozent),
- 55.000 Studierende.

Hinzu kommt die besondere Fähigkeit, sich zu vernetzen, um schwierige Aufgaben gemeinsam zu lösen. Während in vielen anderen Regionen Deutschlands die Bevölkerungszahl zurückgeht, werden hier Strukturen geschaffen, um dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel kreativ zu begegnen. Es gibt neue Gesichter in vielen Betrieben, die Personalbestände in der Region wachsen seit fünf Jahren, wie eine aktuelle Konjunkturumfrage zeigt. In der modernen Arbeitswirklichkeit spielen neben den harten Standortfaktoren die weichen Faktoren eine wachsende Rolle.



Der Einbezug der Wirtschaft auf Projekt- und Entscheidungsebene in der Metropolregion ist beispielhaft.

Auf der Suche nach den fähigsten Köpfen und besten Kräften kann der Nordwesten mit einem umfangreichen Angebot an Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Kultur- und Freizeitmöglichkeiten punkten. Zudem engagieren sich die Unternehmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement und rücken die gesunde Belegschaft in den Mittelpunkt. Das hohe Niveau ist auch Resultat des enormen Vernetzungsgrades von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V. mit dem Förderverein „Wirtschaft pro Metropolregion“ und zahlreiche relevante Branchen-Netzwerke bündeln kreative Ideen und lenken sie in konkrete Projekte entlang der Wertschöpfungsketten.

Auch Bremen profitiert von der Metropolregion. Das gemeinsame Verständnis für den Nordwesten motiviert Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen zu mehr Vernetzung und gemeinsamem Handeln in Clustern und Projektverbänden. Es ist richtig, Themen wie Fachkräftemangel, energieeffiziente Produktion oder Steige-

rung des Innovationspotenzials in den Unternehmen verwaltungsgrenzüberschreitend anzugehen. Zudem profitieren alle Teilräume gemeinsam von Leitprojekten wie dem JadeWeserPort, der Küstenautobahn A 20, der European Medical School in Oldenburg oder der Exzellenz-Universität in Bremen.

Unternehmen unterstützen die Metropolregion

Die Bremer Wirtschaft engagiert sich im Förderverein „Wirtschaft pro Metropolregion“ für die ganze Nordwestregion. Neben den mehr als 100 Fördermitgliedern unterstützen zusätzlich hunderte von Unternehmen aus der gesamten Region finanziell und personell Branchennetzwerke wie Automotive Nordwest, Gesundheitswirtschaft Nordwest, Aviabelt oder die Windenergieagentur. In der Metropolversammlung bestimmen 13 Wirtschaftsvertreter aus Bremen und Bremerhaven über Strategie und Umsetzungsmaßnahmen mit. Dieser Einbezug der Wirtschaft auf Projekt- und Entscheidungsebene ist beispielhaft.

Die Metropolregion Nordwest hat in den acht Jahren ihres Bestehens als Regionalkooperation eine Fülle von Aktivitäten entwickelt und ein Profil als dynamischer Wirtschaftsraum aufgebaut. Im Vordergrund stand die schnelle Erschließung und

Vernetzung ihrer Potenziale in chancenreichen Zukunftsfeldern und Leitbranchen. Jedoch haben sich die Rahmenbedingungen (demografische Entwicklung, Internationalisierung, Innovationsbedarfe, nachhaltige Wertschöpfungsketten etc.) so verändert, dass die Metropolregion mit Blick auf die Zukunft ihre strategische Ausrichtung nachjustieren und neue Chancen ergreifen muss. Im Schulterschluss mit den nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern setzten sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven dafür ein, dass sich die Metropolregion als Organisation noch stärker den strukturpolitischen Herausforderungen stellt und ihre Cluster konzentriert weiterentwickelt.

Der neue Handlungsrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2017 weist mit dem Fokus auf intelligentes, nachhaltiges und integriertes Wachstum in die richtige Richtung. Nun muss es darum gehen, das Profil der Region im Hinblick auf die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Leitbran-

Schwerpunktthema

chen erkennbar zu schärfen und zu vermarkten. Hierzu sind eine wirksame Europastrategie, ein wahrnehmbares Regionalmarketing, die Unterstützung eines nachhaltigen und auf Innovationen setzenden Wirtschaftswachstums, die gezielte Nutzung clusterübergreifender Innovationspotenziale, der Ausbau überregionaler Wissenskooperationen sowie weitere Impulse für den Fachkräftemarkt in den unterschiedlichen Branchen der Nordwestregion nötig.

Förderfonds für beispielhafte Projekte

Im Jahr 2014 hat die Metropolregion zehn Projekte mit 630.000 Euro gefördert. Die Gelder stammen aus den Förderfonds der Länder Bremen und Niedersachsen. Mit Blick auf ihren Schwerpunkt Energieeffizienz unterstützt die Metropolregion gleich zwei Projekte, deren Ziel es ist, die Energiebilanz der Region durch die gemeinsame Nutzung und den Austausch von Energie zu beeinflussen: das Projekt „Energetische Nachbarschaften“ und das Projekt „Informations- und Planungsportal Industrieller Abwärme“. Um Synergien auszuschöpfen und bestmögliche Ergebnisse für alle Akteure zu erzielen, kooperieren diese beiden Projekte intensiv. Die Projekte „Erneuerbare Mobilität aus dem Gasnetz“ und „Wasserstoff für maritime Wirtschaft“ beschäftigen sich mit der Frage, wie überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien gespeichert und zu einem späteren Zeitpunkt genutzt werden kann.

Wie Unternehmen durch das Einführen eines Mobilitätsmanagements dazu beitragen können, den betrieblichen Verkehr – wie etwa Dienstreisen oder Arbeitswege – im ländlichen Raum ökologischer zu gestalten, untersucht das Projekt „MetroMobil“. Dabei werden regionale Kooperationen angestrebt, die relevante Akteure wie den Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen mit einbeziehen. Zu

den Projekten, die dem demografischen Wandel begegnen, gehört die „Servicestelle Betriebliches Gesundheitsmanagement“, initiiert von dem Cluster Gesundheitswirtschaft. Denn in Zukunft stehen Unternehmen nicht nur in Konkurrenz um neue Fachkräfte, sondern müssen sich auch verstärkt um die Zufriedenheit ihrer angestellten und immer älter werdenden Mitarbeiter bemühen, um sie im Betrieb zu halten. Geplant sind drei regionale Servicestellen in Bremen, Oldenburg und dem Landkreis Osnabrück.

NordWest Award für Best-Practice-Projekte

Ein Highlight im Jahr 2014 war die Verleihung des NordWest Awards. Er zeichnet Best-Practice-Projekte aus, die sich für die nachhaltige Entwicklung in der Metropolregion einsetzen. Es gab 134 Bewerbungen auf die Ausschreibung des von der Bremer Landesbank gestifteten Preises. Am Ende hatten acht Finalisten die Chance auf eines der drei Preisgelder in Höhe von jeweils 10.000 Euro sowie auf einen professionellen Imagefilm.

Rund 200 Gäste nahmen am 24. März 2014 an der Preisverleihung im Varusschlacht-Museum in Kalkriese im Landkreis Osnabrück teil. Gewonnen haben das Projekt „Die Besten für den Nordwesten“, der „Forschungsverbund für Maritimes Recht in der Metropolregion Bremen-Oldenburg Nordwesten“ und das Projekt „Trauerland: Förderung trauernder Kinder und Jugendlicher in der Region“. Sie setzen sich im besonderen Maße für das Zusammenleben und -arbeiten in der Metropolregion Nordwest ein und machen deren Potenziale und Know-how sichtbar.

Das Projekt „Die Besten für den Nordwesten“ des Rotary Distrikts 1850 fördert über das Deutschlandstipendium Studierende mit einem regionalen Mentorenprogramm, das interdisziplinäre Seminare und Projektangebote sowie ein breitgefächertes Alumninetzwerk bietet. Der „Forschungsverbund für Maritimes Recht“ bün-

delt juristische Kompetenzen aus Wissenschaft und Praxis. Das Netzwerk steht für eine praxisnahe Forschung im Bereich des internationalen See- und Handelsrechts und die Ausbildung des juristischen Nachwuchses. Der wissenschaftliche Austausch wird durch Kooperationen und Konferenzen gefördert, sodass die Metropolregion Nordwest langfristig als Kompetenzzentrum im Bereich des maritimen Rechts etabliert werden kann.

Konferenzen der Metropolregion

Die Metropolregion und deren Clusterinitiativen haben 2014 eine Reihe von Fachkonferenzen entweder selbst veranstaltet oder inhaltlich-organisatorisch begleitet. Zu nennen sind hier:

- Veranstaltung „Logistik rund ums Auto“, 15. Mai 2014, Neunkirchen-Vörden;
- Internationales Luftfahrtsymposium „Materials Science and Technology of Additive Manufacturing“, 27. - 28. Mai 2014, Airbus Bremen;
- Leitmesse „Windforce 2014“, 17.-19. Juni 2014, Bremen;
- 5. Regionalkonferenz Gesundheitswirtschaft zur Zukunft der medizinischen Versorgung, 15. September 2014, Bremen;
- 4. Regionalkonferenz Logistik „Chancen und Potenziale in der Hinterlandlogistik“, 27. November 2014, Rieste/Landkreis Osnabrück.

Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025: Ein notwendiger Kompromiss

➔ Verkehr und Mobilität sind für die Stadtgesellschaft ein komplexes Thema. Ein moderner, integrativer und strategischer Verkehrsentwicklungsplan (VEP) hat daher vielfältige verkehrliche Interessen und Ziele zu berücksichtigen. Siedlungsentwicklung, Demografie und die Anforderungen der Wirtschaft stellen wichtige Rahmenbedingungen dar. Naturgemäß enthält ein VEP nicht nur wirtschaftsbezogene Vorhaben. Aus Sicht der bremischen Wirtschaft ist es jedoch unabdingbar, dass er Mobilität gewährleistet und die verkehrliche Standortqualität der Unternehmen nachhaltig verbessert. Dies ist von besonderer Bedeutung, da Bremen als Oberzentrum im Nordwesten, fünftgrößter deutscher Industriestandort und internationale Hafen- und Logistikkreuzung in hohem Maße auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen ist. Durch einen funktionsfähigen Wirtschaftsverkehr kann die Attraktivität des Standortes Bremen für neue Unternehmen erheblich gesteigert und für den Unternehmensbestand gesichert werden. Dies ist auch im finanz- und arbeitsmarktpolitischen Interesse der öffentlichen Hand.

Nach zweijähriger Projektarbeit, diversen Beteiligungsprozessen und intensiven Abstimmungsgesprächen hat die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtent-

wicklung und Energie in einer Sondersitzung am 29. Juli 2014 den Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 verabschiedet. Dieser bildet nunmehr die Grundlage der bremischen Verkehrspolitik für die nächsten Jahre. Über den Projektbeirat hat die Handelskammer Bremen zusammen mit den Senatsressorts für Umwelt, Bau und Verkehr, für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, für Inneres sowie den Fraktionen der Bürgerschaft, dem ADAC, dem BUND, dem ADFC und der BSAG am VEP mitgewirkt.

Die Bremische Bürgerschaft hatte zu Projektbeginn die folgenden Ziele für den VEP beschlossen:

- 1 gesellschaftliche Teilhabe,
- 2 Verkehrssicherheit,
- 3 Umweltschutz,
- 4 alternative Verkehrsmittel,
- 5 Verknüpfung der Verkehrssysteme (darunter: Förderung der Erreichbarkeit der Bremer Innenstadt für alle Verkehrsarten),
- 6 Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch Optimieren der Wirtschaftsverkehre (darunter: Verlässlichkeit und Effektivität im Wirtschaftsverkehr, verbindliche und verlässliche Netzhierarchie im Straßennetz sowie optimale Erreichbarkeit auch für den motorisierten Individualverkehr).

Mit seinen 193 Einzelmaßnahmen stellt der VEP jetzt einen Kompromiss zwischen den verschiedenen verkehrspolitischen In-

teressen und Handlungserfordernissen auf der einen Seite und dem finanziell Machbaren auf der anderen Seite dar. Alle Verkehrsarten/Verkehrsträger und deren Funktionen finden sich darin wieder. Als gemeinsam getragenes verkehrspolitisches Zielsystem berücksichtigt der VEP auch die Anforderungen des Wirtschaftsstandortes in Bezug auf zuverlässig funktionierende Wirtschafts-, Pendler- und Besucherverkehre sowie die Erreichbarkeit der Gewerbestandorte.

Die Handelskammer hat durchgesetzt, dass folgende wichtige Projekte und Maßnahmen aufgenommen werden.

Gesamtstadt

- 1 weiterer Ausbau der A 281 zur Schließung des Autobahnringes,
- 2 Bau der B 212n zwischen Bremen und Niedersachsen zur Anbindung der Wesermarsch an die A 281,
- 3 temporäre Seitenstreifenfreigabe auf der A 27 (zwischen Bremer Kreuz und Anschlussstelle Überseestadt) – bis der 6-streifige Ausbau erfolgt ist,
- 4 Fortschreibung des Lkw-Führungsnetzes ohne nennenswerte Einschränkungen,
- 5 Verzicht auf ein flächendeckendes Tempo 30,



Der VEP berücksichtigt die Anforderungen des Wirtschaftsstandortes Bremen und fand daher die Zustimmung der Handelskammer.

- ⑥ Verbesserung der Wegweisung zu den Gewerbegebieten,
- ⑦ Erhalt der Hochstraße Breitenweg mit allen verkehrlichen Funktionen,
- ⑧ Planung und Umsetzung eines neuen Standortes für den ZOB,
- ⑨ Taktverdichtungen im Netz der Regio-S-Bahn.

Bremer Osten

- ① Verlängerung der Theodor-Barth-Straße/neuer Anschluss Achim-West,
- ② Verlängerung der Straßenbahnlinie 2 über die Osterholzer Heerstraße bis Bahnhof Mahndorf,
- ③ Ausbau der Konrad-Adenauer-Allee (Zweirichtungsverkehr),
- ④ Ampeloptimierung in Julius-Brecht-Allee und Steubenstraße sowie auf Lilienthaler, Lehrer und Schwachhauser Heerstraße,
- ⑤ neuer S-Bahn-Haltepunkt Technologiepark,
- ⑥ Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 ab Kulenkampffallee bis Universität.

Bremer Süden

- ① Ausbau der Habenhauser Brückenstraße zwischen Zubringer Arsten und Werderbrücke sowie Optimierung des Knotens zum Osterdeich,
- ② Verlängerung der Straße Am Gaswerkgraben (Gewerbegebiet Simon-Bolivar-Straße),
- ③ Öffnung der Auffahrt Neuenlander Straße auf die B 75,
- ④ Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 in Huchting.

Bremer Westen

- ① Umbau der Westzufahrt Stephanibrücke,
- ② Ampeloptimierung auf der Hafenrandstraße,
- ③ Fährverkehr Woltmershausen-Waterfront-Überseestadt,
- ④ Optimierung der Verflechtungsbereiche vor/nach dem Fly-over.

Bremen-Nord

- ① Umbau der Kreuzung Bremer Heerstraße/Hindenburgstraße,

- ② grüne Welle auf Burger und Grambker Heerstraße
- ③ Umbau Umsteigestelle Bahnhof Blumenthal,
- ④ neuer S-Bahn-Haltepunkt Farge-Ost,
- ⑤ Verlängerung der Straßenbahn nach Oslebshausen.

Bremer Innenstadt

In der erweiterten Bremer Innenstadt sind nahezu 6.000 Unternehmen mit beinahe 80.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ansässig. Als Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Stärke, Beschäftigung und urbane Vitalität muss die gute Erreichbarkeit der City mit allen Verkehrsmitteln sichergestellt sein. Hiervon profitieren Mitarbeiter, Kunden und Besucher sowie natürlich die Bewohner der verschiedenen Stadtquartiere gleichermaßen. Der VEP enthält eine Reihe von Maßnahmen, die diese besonderen berücksichtigen.

Schwerpunktthema

Mit Blick auf den motorisierten Individualverkehr – die Umlandkunden nutzen zu 70 Prozent das Auto – ist es eine gute Entscheidung, auf einen Rückbau der Bürgermeister-Smidt-Straße, der Friedrich-Ebert-Straße, des Herdentorsteinwegs und der Martinistraße zu verzichten und stattdessen punktuelle Umgestaltungsmaßnahmen zu planen, die die verkehrliche Leistungsfähigkeit gegenüber dem Status quo nicht herabsetzen. Begrüßenswert ist auch die geplante Umgestaltung des Innenstadteinganges Doventor sowie die Absicht, über die bekannten Straßenzüge hinaus keine weiteren Tempo-30-Abschnitte im innenstadtrelevanten Hauptstraßennetz anzuordnen.

Bewegung ist auch beim Concordia-Tunnel erkennbar. Der Handelskammer-Vorschlag, diesen Bereich zunächst in einem fünfmonatigen Verkehrsversuch werktags von 7.00 bis 10.00 Uhr stadteinwärts von allen parkenden Autos freizuhalten, stellt einen innovativen Umgang mit wichtigen Infrastrukturen dar.

Wichtig für die City ist auch die Verbesserung des ÖPNV-Netzes. Die entsprechenden VEP-Projekte stellen einen Gewinn für Bremen und seine Innenstadt dar. Dies gilt ebenso für die in Aussicht gestellten Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr. Solange die Erreichbarkeit für den motorisierten Individualverkehr nicht eingeschränkt wird, sind die geplanten Maßnahmen für ein leistungsfähiges, attraktives und sicheres Fahrrad- und Fußwegenetz zu begrüßen. Wichtig dabei ist jedoch auch, dass die Anzahl moderner, sicherer Fahrradabstellanlagen im Stadtkern erhöht wird.

Gleichzeitig müssen die fußläufigen Verknüpfungen zwischen Marktplatz und Schnoor-Quartier, der Kulturmeile und dem Viertel ebenso verbessert werden wie die

Anbindung der Geschäftslage Am Wall an die Fußgängerzone. Kurzfristig gilt dies insbesondere für den Bereich Domsheide/Balgebrückstraße, der eine große Barriere für den Fuß- und Radverkehr darstellt.

Positionierung der Handelskammer

Das Plenum der Handelskammer Bremen hat dem VEP am 23. Juni 2014 zugestimmt, nachdem der Senat die folgenden Zusagen gegeben hat:

- 1 Die Realisierung der vollständigen A 281 ist prioritär.
- 2 Die Innenstadterreichbarkeit für den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr wird sichergestellt und verbessert. Ausbaumaßnahmen für den Radverkehr führen nicht zu Erschwernissen bei anderen Verkehrsträgern.
- 3 Das für die Wirtschaft bedeutsame Hauptverkehrsstraßennetz wird nicht durch über den VEP hinausgehende Beschränkungen und Rückbaumaßnahmen in seiner Funktionsfähigkeit eingeschränkt.
- 4 Der Verkehrsversuch zur vierspurigen Nutzung des Concordia-Tunnels in der morgendlichen Hauptverkehrszeit erfolgt kurzfristig.
- 5 Die Mittel für die Straßeninstandhaltung werden selbst unter ungünstigen finanziellen Rahmenbedingungen (das heißt starken Einschränkungen in der Zuweisung von Bundesmitteln nach dem Regionalisierungsgesetz) nicht unter den Status quo gesenkt.
- 6 Die Umsetzung des VEP wird weiterhin vom Projektbeirat begleitet und die Handelskammer als dessen Akteur regelmäßig konsultiert.

Mit diesem Beschluss steht die Handelskammer zum Verkehrsentwicklungsplan in seiner gesamten inhaltlichen Breite. Sie erwartet jedoch gleichzeitig von Politik und Verwaltung, sich um eine vernünftige Mit-

telausstattung des Verkehrsetats zu bemühen und die VEP-Projekte wie verabredet im Gleichklang umzusetzen.

Gesamtverkehrskonzept Bremerhaven

In Bremerhaven wurden in den vergangenen Jahren immer wieder einzelne Maßnahmen im Verkehrsbereich durchgeführt, ohne dass dabei ein gesamtplanerisches Konzept erkennbar gewesen wäre. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde ausdrücklich vereinbart, dass ein „Nachhaltiges Verkehrskonzept“ erarbeitet werden soll. Die IHK Bremerhaven hat das wiederholt eingefordert. Doch die Koalitionsvereinbarung wurde lange Zeit nicht umgesetzt. Immerhin fand im Herbst 2014 endlich die Auftaktveranstaltung des Magistrates zum künftigen Verkehrsentwicklungsplan Bremerhaven statt.

Ein Gesamtverkehrskonzept für Bremerhaven ist dringend notwendig. Es wäre die Grundlage für eine strategische Verkehrsplanung in den kommenden Jahren. Neben dem motorisierten Verkehr auf der Straße soll es Schiene, Personen- und Gütertransport und den Radverkehr einbeziehen. Bei der Erstellung des Konzeptes müssen relevante Gruppen, wie zum Beispiel die Wirtschaft und die IHK als ihre Interessenvertretung, beteiligt werden.

Die IHK begrüßt, dass der Magistrat nach langer Pause die konkreten Planungen für einen Verkehrsentwicklungsplan begonnen hat. Sie fordert ein Konzept, in dem ökologische und ökonomische Belange möglichst miteinander in Einklang gebracht werden und das auch finanziell umsetzbar ist. ◀



Tourismus im Land Bremen: Attraktionen modernisieren

➔ Bremen und Bremerhaven sind bedeutende touristische Ziele in Norddeutschland. Die touristischen Besucher geben hier rund zwei Milliarden Euro pro Jahr aus. Davon profitieren nicht allein die Tourismuswirtschaft, sondern auch das Gastgewerbe, der Einzelhandel und weitere Branchen ganz erheblich. Die durchschnittlichen Ausgaben der Übernachtungsgäste liegen inzwischen bei 186,10 Euro pro Tag, bei Tagesgästen wurden 33,70 Euro ermittelt. Der gesamte Wirtschaftsstandort zieht Nutzen aus dem Weg, den der Tourismus im Land Bremen genommen hat.

In Bremerhaven wäre eine solche Entwicklung noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen. Die Stadt ist von den Krisen der Fischerei in den 1980er, der Werftindustrie in den 1990er Jahren und dem Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte Mitte der neunziger Jahre stark erschüttert worden. Bremen profitiert hingegen schon länger vom Städtetourismus. Gleichwohl gilt heute für beide Städte, dass sie in dem harten Wettbewerb der Tourismusdestinationen stehen und sich hier behaupten, das heißt, ihr Profil schärfen müssen. Im Mai 2014 waren rund 1.000 Touristiker, internationale Einkäufer und Journalisten nach Bremen und Bremerhaven gekommen, um am Germany Travel Mart, einer international ausgerichteten Messe der Tourismusbranche, teilzunehmen – eine gute Gelegenheit für das Land, auf seine Potenziale aufmerksam zu machen.

Dass Bremerhaven im Konzert der gefragten norddeutschen Reiseziele mitspielen kann, ist maßgeblich dem Tourismusresort Havenwelten im Alten und Neuen Hafen zu verdanken. Hier finden sich allein vier der fünf großen touristischen Einrichtungen Bremerhavens: das Klimahaus, der Zoo am Meer, das Deutsche Auswandererhaus und das Deutsche Schifffahrtsmuseum. Hinzu kommt das Schaufenster Fischereihafen. Eine solche Bündelung attraktiver touristischer Anlaufpunkte ist in Nordwestdeutschland – so bewertet es die Erlebnis Bremerhaven GmbH – ein Alleinstellungsmerkmal. Auch Bremen verfügt über werbewirksame Alleinstellungsmerkmale. Eine Untersuchung zur Bedeutung der Imagefaktoren der Stadt hat ergeben, dass die Stadtmusikanten auch weiterhin die Nummer eins sind, wenn es um internationale Bekanntheit geht. Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Wasserlage der Stadt an der Weser. Die historische Altstadt hat auf Besucher eine große Anziehungskraft.

Neugier muss belebt werden

Touristische Flaggschiffe in Bremerhaven sind das Auswandererhaus und das Klimahaus, das im Juni 2014 sein fünfjähriges Bestehen gefeiert hat. Seit Eröffnung wurde es von mehr als drei Millionen Menschen besucht. Das bedeutete nach Berechnungen des Kölner Institutes für Freizeit- und Tourismusberatung aufgrund der erhöhten Umsätze im Gastgewerbe und im

Einzelhandel eine kumulierte Wertschöpfung von 39 Millionen Euro in der Stadt Bremerhaven und von 44,5 Millionen Euro im Land Bremen. Das hat auch den Arbeitsmarkt belebt. Vor kurzem wurde das Klimahaus um ein Offshore-Center erweitert, das rund 1,7 Millionen Euro gekostet hat und bis zu 50.000 Besucher pro Jahr zusätzlich anlocken soll.

Allerdings lassen die Neugier und damit der Besucherstrom insbesondere bei den Einrichtungen in den Havenwelten nach. Das überrascht kaum angesichts der Tatsache, dass das Deutsche Auswandererhaus zehn und das Klimahaus fünf Jahre am Markt sind. In Verbindung mit kräftigen Einbußen bei den öffentlichen Mitteln für das begleitende Marketing ist die sinkende Anziehungskraft eine große Aufgabe für die Tourismusmanager in Bremerhaven. So sollen beispielsweise die anderen touristischen Attraktionen Bremerhavens stärker in das touristische Gesamtkonzept integriert werden. Das entspricht auch einer Forderung des Tourismusausschusses der IHK Bremerhaven.

Neue Impulse für den Tourismus lassen das vergrößerte und modernisierte Seefischkochstudio im Schaufenster Fischereihafen sowie das erweiterte Forum Fischbahnhof erwarten. Dort soll Anfang 2015 eine neue Fisch-Ausstellung einziehen. Das bestehende Aquarium wurde demontiert.



Blick auf Bremerhaven: Der Tourismus braucht neue Impulse.

Die Erweiterung des Seefischkochstudios kostete rund 2,2 Millionen Euro. Der 170 Quadratmeter große Speisesaal, der direkt an den künftigen Veranstaltungsbereich des Forums Fischbahnhof grenzt, bildet das Bindeglied zwischen dem Altbau und dem Neubau: Je nach Nutzung kann er vom Forum Fischbahnhof oder vom Seefischkochstudio aus betrieben werden. Rund 100 Personen finden im Speisesaal Platz. Darüber hinaus ist ein Areal für Außengastronomie geplant. Künftig sollen die Gäste intensiver in die saisonal orientierten Koch-Shows einbezogen werden und selber Hand anlegen dürfen. Neu sind ferner Fisch-Seminare für Profis und Laien.

In der Stadt Bremen stehen besonders das Universum Science Center und die Botanika im Vordergrund der Modernisierungsaktivitäten. Mit dem Bau eines neuen Entdeckerzentrums, das rund 750 Quadratmeter umfassen wird, wird sich das Grüne Science Center Botanika zum Ende des ersten Quartals 2015 neu positionieren. Insgesamt werden rund zwei Millionen Euro in die Umbauarbeiten investiert. Mit der Neueröffnung des Entdeckerzentrums wird nun ein deutlicher Anstieg der Besucherzahlen erwartet.

Eine weitere Stärkung der Wissenswelten in Bremen ist mit dem Umbau des Science Centers des Universums verbunden. Ziel der Erneuerung ist es, die Themen Leben, Natur und Technik noch stärker her-

vorzuheben. Zudem soll der Dialog mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter intensiviert werden. Neben den Wissenswelten hat sich in Bremen auch ein attraktives Angebot aus Kultur und Theater etabliert. Beispielsweise ist seit September 2013 erfolgreich das GOP Varietétheater in der Überseestadt in Verbindung mit dem Steigenberger Hotel auf dem Markt.

Hotellerie: Vertrauen in die Entwicklung des Landes Bremen

Städtereisen bleiben beliebt. Für 2014 sind mehr als zwei Millionen Übernachtungen im Bundesland Bremen zu verzeichnen; im Jahr 2000 waren es erst 1,3 Millionen. Zugleich stieg auch die Zahl der Hotelbetriebe, die den Wettbewerb intensivieren, aber durch eigenes werbliches Engagement auch neue Gäste anziehen. Die Auslastung der Hotels in Bremen und Bremerhaven wird auch künftig stark von Großveranstaltungen, Kongressen, Kultur- und Freizeitveranstaltungen abhängig sein.

Für das Potenzial der Tourismus-Standorte im Land Bremen spricht, dass Investoren aus der Hotellerie generell großes Vertrauen in die weitere Entwicklungsfähigkeit beider Städte haben. 2014 gab es in Bremen insgesamt rund 12.000 Hotelbetten. Hierzu zählen unter anderem 60 klassifizierte Hotels mit insgesamt mehr als 8.300 Betten. Hinzu kommen Hostels, Jugendherbergen und andere nicht klassifizierte Betriebe. In Bremerhaven wurden 2013 bereits 2.200 Hotelbetten erfasst.

Und bis 2016 rechnen die Tourismus-Verantwortlichen aufgrund mehrerer Neubauten mit deutlich mehr als 2.500 Hotelbetten in der Seestadt. Die Entwicklung zeigt, dass neue Angebote auch zusätzliche Nachfrage schaffen können.

Tatsächlich wurden in Bremen und Bremerhaven 2014 neue Kapazitäten errichtet. In Bremen sind mit dem Motel One am Brill und dem Elements pur Feng Shui Concept Hotel im World Trade Center in der Birkenstraße zwei neue Angebote mit zusammen rund 420 Zimmern auf den Markt gekommen. In Bremerhaven wird das ehemalige Nordsee-Hotel (vormals: Hotel Naber) umgebaut. Käufer und Investor ist die Bremerhavener Wübben GmbH & Co. KG, die das 102-Zimmer-Hotel in zentraler Innenstadt-Lage direkt am Beginn der Fußgängerzone pünktlich zur Windjammerparade Sail 2015 im Sommer eröffnen will – dem touristischen Höhepunkt des Jahres 2015 in Bremerhaven.

Flughafen und Kreuzfahrt-Terminal

Der Flughafen hat eine große Bedeutung für die Wirtschaft im Land Bremen. Dies zeigt einerseits der hohe Anteil der Geschäftsreisenden, die über den Airport an- und abreisen, und andererseits der privat veranlasste Tourismus mit zum Teil erhebli-

Schwerpunktthema

chen Wachstumseffekten. Das Einzugsgebiet des Flughafens umfasst rund 15 Millionen Menschen. 2013 wurden mehr als 2,6 Millionen Passagiere – ein Plus von 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr – registriert.

Die Potenziale des Kreuzfahrt-Terminals in Bremerhaven werden noch nicht genügend ausgeschöpft. Beim Columbus Cruise Center Bremerhaven (CCCB) handelt es sich zwar um einen der modernsten Kreuzfahrt-Terminals in Europa. Die Zahl der Ankünfte und Passagiere blieb aber hinter den Erwartungen zurück und muss gesteigert werden, zumal der Kreuzfahrtmarkt als solcher außerordentlich wachstumsstark und vielversprechend ist.

Die Zukunft des Kreuzfahrttourismus in Bremerhaven ist Thema eines Arbeitskreises unter Leitung des Oberbürgermeisters. Mitglieder sind unter anderem der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die städtische Wirtschaftsförderung und die Erlebnis Bremerhaven GmbH, die Hochschule Bremerhaven, die Werbegemeinschaft Fischereihafen und die IHK. Auf der Arbeitskreis-Sitzung im Juli 2014 wurde ein Gutachten vorgelegt, das Empfehlungen für die künftige Nutzung des Columbusbahnhofes gibt. Hauptpunkt ist der Abriss des alten südlichen Komplexes des Columbusbahnhofes. Dadurch würde direkt an der Weser eine geschlossene Neubafläche entstehen, auf der sich die Gutachter zum Beispiel ein maritimes Themenhotel mit Kreuzfahrtbezug, ein Bürohochhaus als neuen Standort für die gegenwärtigen Mieter des alten Columbusbahnhofes und eine neue Multifunktionshalle vorstellen können, die den CCCB ergänzt.

Die Bedeutung des Kreuzfahrt-Terminals zu erhöhen, war auch Ziel der ersten Cruise Convention im Januar 2014 unter Beteiligung des CCCB, der Bremerhavener Tourismusförderung, der Hochschule Bremerhaven und dem DER-Reisebüro. Hier trafen sich Kreuzfahrtexperten aus aller Welt und thematisierten das Kreuzfahrtthema unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Bei den Cruise Recruiting Days

der in Bremerhaven ansässigen Agentur Connect wurden Kontakte zwischen Reederei-Vertretern und potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Kreuzfahrtschiffen geknüpft. Auf einer Publikumsmesse wurde Kreuzfahrtschiffe als Urlaubsort vorgestellt.

Tourismuskonzept Bremerhaven 2020

Die Verbindung der Havenwelten mit anderen touristischen Elementen in Bremerhaven kennzeichnet das „Tourismuskonzept Bremerhaven 2020“. Mit ihm hat die Erlebnis Bremerhaven GmbH eine wichtige neue Arbeitsgrundlage bekommen. Der vorerst letzte Entwurf des Konzeptes wurde im Mai 2014 vorgestellt. Das Tourismuskonzept 2020 beruht auf dem Konzept aus dem Jahre 2011 der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS). Es enthält zahlreiche kleinere und größere Maßnahmen, die den Tourismus voranbringen sollen. Viele davon werden bereits umgesetzt beziehungsweise stehen kurz vor der Umsetzung. Das betrifft zum Beispiel die etwa 30 geplanten Bremerhaven-Info-Punkte, die im Umland über Veranstaltungen informieren und die jeweiligen Gastgeber porträtieren sollen. Die Info-Punkte bestehen aus einem Informationsmonitor und einem fahrbaren Gestell mit Prospektfächern. Auch in Planung sind mehr Aktivitäten im Internet und in den sozialen Netzwerken.

Das Tourismuskonzept ist als lebendiges Konzept definiert, das im Dialog mit der Tourismuswirtschaft und allen anderen Interessierten laufend aktualisiert werden soll. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mit Ideen und konkreten Vorschlägen beteiligen.

Tourismus im Einklang mit Umwelt und Klima

In der Tourismus-Vermarktungsstrategie Bremerhavens sind der Umwelt- und Klimaschutz wichtige Aspekte. Eine der sechs Arbeitsgruppen des Projektes Klimastadt Bremerhaven beschäftigt sich mit nachhaltigem Tourismus.



Dorumer Moor

Beim Umwelt- und Klimaschutz ist viel Platz für kleine Mosaiksteine. Zusammen genommen ergeben sie im Idealfall ein stimmiges Bild. Beispiele hierfür sind die regelmäßigen touristischen Exkursionen zu den Stützpunkten der Offshore-Windenergie oder die Vergabe der so genannten Moor-Zertifikate, die von den Tourist-Informationen Bremerhaven verkauft werden. Mit 20 Euro für ein Klima-Zertifikat wird symbolisch eine Moorparzelle erworben, die so wieder vernässt werden kann. An der Stadtgrenze Bremerhavens in der Nähe der Stadt Langen liegt das Dorumer Moor. Ein Teil davon ist in 2.675 Moorparzellen eingeteilt, jede ist 85,6 Kubikmeter groß. Die Wiedervernässung kann den Ausstoß von CO₂-Äquivalenten um eine Tonne reduzieren. Mit dem Projekt „Moorland – Für Moor und Klima“ schafften die Erlebnis Bremerhaven GmbH und ihr Partner BUND im März 2014 den Einzug in das Finale des Wettbewerbes um den NordWest Award der Metropolregion Nordwest.

In besonderem Maße wird das Thema der Nachhaltigkeit in der Tourismuswirtschaft vom Atlantic Hotel Sail City aufgegriffen. Mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen bei der Energieeffizienz, der Abfallvermeidung und der Lebensmittelbeschaffung will das Hotel ökonomische und ökologische Interessen miteinander in Einklang bringen. Für dieses Engagement ist es mit dem Certified Star-Award 2013/2014 in der Kategorie „Certified Green Hotel“ ausgezeichnet worden. Unter den Top 15 Hotels waren auch die drei Atlantic Hotels aus der Stadt Bremen. ➔

Leistungsbilanzen

Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik, Häfen, Verkehr

Bremen

Föderale Finanzreform 2020: Zukunft Bremens sichern

Die kommende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen blieb im Jahr 2014 auf der Agenda der Handelskammer Bremen. Sie hat bundesweit für eine sachgerechte Neugestaltung geworben. Mit Professor Dr. Joachim Wieland war im April einer der tiefsten Kenner der Materie Gast einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im Haus Schütting. Vor rund 60 Gästen erläuterte Wieland den Stand der Verhandlungen und die Reformoptionen. Das Thema Altschuldenfonds stand im Juli in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Arbeitnehmerkammer Bremen im Fokus. Dabei ging es um fiskalisch machbare und politisch akzeptable Wege des Schuldenabbaus, die es den Ländern ermöglichen, die Schuldenbremse einzuhalten und politische Spielräume zu erhalten. Namhafte Finanzwissenschaftler haben dabei verschiedene Aspekte einer Altschuldenregelung vorgestellt und kommentiert. Anschließend wurden die vorliegenden Modelle und ihre Auswirkungen in einer politischen Runde mit der Finanzsenatorin der Freien Hansestadt Bremen, dem Finanzsenator und Präses der Finanzbehörde der Freien Hansestadt Hamburg und dem Finanzminister des Freistaats Thüringen diskutiert.

Nach Ansicht der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven müssen folgende Eckpfeiler die Basis der anstehenden Föderalismusreform bilden:

- ① Das föderale Finanzsystem muss an der regionalen Wertschöpfung anknüpfen und Wachstumsanreize geben.

- ② Die Altschuldenfrage muss gelöst werden, um eine faire Ausgangsposition für mehr Wettbewerb zu schaffen.
- ③ Die Kosten für bundesweit bedeutende Infrastrukturen sowie zum Ausgleich regionaler Sonderlasten aus Strukturkrisen müssen vertikal finanziert werden.
- ④ Mit Inkrafttreten des neuen Systems muss ein zehnjähriger Übergangszeitraum geschaffen werden, um so eine mögliche Besser- oder Schlechterstellung einzelner Bundesländer abzufedern.

Überregionale Verkehrsprojekte

A 281 Die Schließung des Autobahnringes durch die A 281 ist für Bremen unverändert das mit Abstand wichtigste Straßenverkehrsprojekt. Eine durchgehende A 281 mit Weserquerung von der A 27 bis zur A 1 ist für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bremen und insbesondere der Unternehmen in den anliegenden Gewerbegebieten (Güterverkehrszentrum, Industriepark West, Airport-Stadt) von grundsätzlicher Bedeutung. Zudem ist die Fertigstellung der Autobahnneckverbindung auch eine Voraussetzung für die Entlastung vieler Menschen in Bremen vom Durchgangsverkehr. Diese doppelte Wirkung der A 281 ist auch bei der Erarbeitung und Diskussion des neuen Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025 sehr deutlich geworden.

Ein ermutigendes Zeichen für die Realisierung der vollständigen A 281 von der A 1 bis zur A 27 war die Freigabe des Abschnittes 3/2 entlang des GVZ am 29. September 2014. Der Schlüssel für eine schnelle Fertigstellung der gesamten Autobahn ist jedoch der Abschnitt 2/2 zwischen der

Airport-Stadt und dem Autobahnzubringer Arsten. Eine verfestigte Planung zur Schließung dieser Lücke zwischen der vorhandenen A 281 und dem Autobahnzubringer zur A 1 wird vom Bund als Voraussetzung für den weiteren Fortgang der Arbeiten an der Weserquerung gesehen. Das bedeutet Klarheit darüber, wie der Lückenschluss zwischen dem fertigen Abschnitt und der A 1 aussehen wird, bevor der Westertunnel in Angriff genommen werden kann.

Nachdem die erste Planung des Abschnittes 2/2 vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert war, wurde an einem Runden Tisch unter Mitarbeit aller Betroffenen einschließlich der Bürgerinitiativen und der Handelskammer ein Konsens gefunden. Die neue Trasse führt in Verlängerung der bestehenden A 281 (Abschnitt 2/1) südöstlich der Neuenlander Straße parallel zu dieser am nördlichen Rand des Flughafens und verschwenkt östlich der Neuenlander Straße in das vorhandene Trog-/Tunnelbauwerk, das verlängert wird. Diese Lösung erfüllt die Anforderungen hinsichtlich einer möglichst zügig zu bauenden, anwohnerverträglichen und zugleich leistungsfähigen ampelfreien Autobahnbindung an den Zubringer Arsten. Da das empfohlene Trassenkonzept in wesentlichen Teilen außerhalb des vorhandenen Straßenraums liegt, können auch die verkehrlichen Beeinträchtigungen während der Bauzeit verringert werden. Für die zukünftig stark entlastete Neuenlander Straße und deren angrenzende Quartiere eröffnet diese Trassenvariante ein deutlich verbessertes Umfeld.

Bremen ist nunmehr gefordert, mit äußerster Sorgfalt eine Planung fertigzustellen, die sowohl die formalen Fehler der

Der Feldversuch hat es gezeigt: Der Lang-Lkw hat Potenzial. Er eignet sich sehr gut für bestimmte Einsatzzwecke und auf ausgewählten Strecken.



ursprünglichen Planung beehrt als auch die Ergebnisse des Runden Tisches zur A 281 aufgreift. Auf dieser Grundlage kann und soll Bremen die „sofortige Vollziehbarkeit“ des Planfeststellungsbeschlusses beantragen, um alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Projektes – den Unternehmen seit langem zugesagt – auszuschöpfen.

Die Planfeststellung für die Weserquerung liegt bereits seit 2010 vor. Auch gegen diese Planung wurde von verschiedener Seite geklagt, einige Klagen wurden vom Bundesverwaltungsgericht im November 2011 abgewiesen, bei anderen Einsprüchen wird eine entschädigungsrechtliche Einigung angestrebt. Diese Verhandlungen sind noch nicht gänzlich abgeschlossen, dennoch dürften planungsrechtlich keine grundsätzlichen Probleme bestehen. Im Fall der Weserquerung ist noch die Finanzierung offen. Angestrebt wird ein so genanntes F-Modell (ÖPP), bei dem der Konzessionär eine Maut erheben darf. Ein Konzessionär kann jedoch erst gesucht werden, wenn Klarheit über die Anbindung an die A 1 besteht.

Kontrovers diskutiert wird nach wie vor die B 212 (neu), die die Anbindung der Wesermarsch an die A 281 sicherstellen soll. Hier ist noch keine Lösung in Sicht. Für Bremen ist neben der Anbindung der A 281 eine wirksame Entlastung der Stromeer Landstraße von Bedeutung.

Küstenautobahn A 20 Mit der Küstenautobahn A 20 soll die räumliche Trennung zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Untereelbegebiet überwunden sowie die Hinterlandanbindung der deutschen Nordsee-Seehäfen und die Erreichbarkeit des Unterweser- und Untereelberaumes verbessert werden. Insbesondere für Bremerhaven würde die A 20 eine neue Standortqualität mit allen damit verbundenen Entwicklungsperspektiven für die Stadt bedeuten. Dieses Vorhaben ist für

die langfristige Entwicklung des Nordens eine wichtige Garantie.

2014 hat die Handelskammer mit den Industrie- und Handelskammern aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen und in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Pro A 20 e. V. eine Werbekampagne für dieses Projekt durchgeführt. Sie sollte den Druck zur Weiterführung des Projektes aufrecht halten und die Vorteile der A 20 für die regionale Wirtschaft wieder stärker in den Fokus rücken.

Schiienenanbindung Die Bedeutung des Schienenverkehrs für die bremischen Häfen steigt weiter. Trotz stagnierenden Hafenumschlags nehmen die Zugzahlen stark zu. Um die weitere Entwicklung sowie die Handlungsnotwendigkeiten zu identifizieren, läuft derzeit eine Kapazitäts- und Betriebsuntersuchung zur Leistungsfähigkeit der Schieneninfrastruktur im Großraum Bremen. Diese betrachtet auch die Hinterlandanbindung des JadeWeserPorts. Die Untersuchung behandelt zudem die Frage einer möglichen Güterumgehungsbahn. Der erste Teil – die Kapazitätsbetrachtung für den Zeitraum 2025 bis 2030 – liegt inzwischen vor und wurde dem zuständigen Fachausschuss der Handelskammer vorgestellt. Danach sind deutliche Verbesserungen auch im Bereich der Infrastruktur notwendig. Genauere Ansätze dürften sich aus der noch nicht abgeschlossenen Betriebsuntersuchung ergeben.

Bislang war die so genannte Y-Trasse zentrales Element des Ausbaus der großräumigen Schieneninfrastruktur. Allerdings wird dieses Großvorhaben seit dem Projektstart 1992 nur sehr schleppend umgesetzt. Die Deutsche Bahn AG (DB) hat daher auf Bitten des Bundesverkehrsministeriums ihre Planungen aktualisiert und erneut Alternativen geprüft. Demnach werden neben der bisher geplanten Strecke auch ein Ausbau der Bestandsstrecken, ein „Y“ als reine Güterverkehrsstrecke mit geänderter Linienführung, der Ausbau der Amerikalinie (Langwedel-Uelzen) sowie eine Neubaustrecke zwischen Ashausen und Suderburg/Unterlüß (grobe Richtung

zwischen Hannover und Hamburg) vorgeschlagen. Diese Varianten sollen nunmehr in einem breiten öffentlichen Dialog diskutiert werden. Die Ergebnisse sollen im Bundesverkehrswegeplan 2015 berücksichtigt werden.

Die DB Netz hält allerdings bei allen Varianten nur einen Baubeginn „jenseits 2020“ für realistisch. Daher ist 2014 in Bremen die Idee eines „Sofortprogramms Seehafenhinterlandverkehr II“ entstanden. Damit sollen schnell umsetzbare kleinere Projekte vorgebracht werden, um die Anbindungsqualität der bremischen Häfen bis auf weiteres sicherzustellen. Konkrete Vorschläge für Bremer Projekte liegen bereits vor und betreffen sowohl Maßnahmen in Bremerhaven, im Knoten Bremen als auch auf der Strecke Richtung Wunstorf.

Lang-Lkw: Bundesanstalt bestätigt positive Wirkung

Obwohl das Land Bremen den bundesweiten Feldversuch von Lang-Lkw grundsätzlich ablehnt, ist es im Jahr 2013 unter Mitwirkung der Handelskammer gelungen, über Ausnahmegenehmigungen auch bremischen Unternehmen die Teilnahme an diesem Feldversuch zu ermöglichen und den Weg für die Anfahrbarkeit wichtiger Logistikbereiche in Bremen freizumachen. Von dieser Möglichkeit wird rege Gebrauch gemacht. 2014 waren bereits 14 Fahrzeuge in Bremen und Bremerhaven im Einsatz, weitere wurden angekündigt. 2014 waren insgesamt 107 Fahrzeuge in Deutschland im Einsatz.

Der Feldversuch wird wissenschaftlich durch die Bundesanstalt für Straßenwesen begleitet. Laut ihrem ersten Zwischenbericht vom September 2014 gab es keine gravierenden Probleme; auch deutlich höhere Anteile von Lang-Lkw am Güterverkehrsaufkommen wären möglich. Als Potenzial für Lang-Lkw werden drei bis sieben Prozent der aktuellen Fahrleistung konven-



Ungewöhnliches Bauprojekt in der Überseestadt: Startschuss für die Marcuskaje. Hier arbeiten die Justus Grosse Projektentwicklungsgesellschaft und die Gewoba zusammen.

tioneller Lkw angegeben. Bemerkenswerte Ergebnisse der Bundesanstalt für Straßenwesen sind:

- Effizienzgewinne und Kraftstoffersparnisse zwischen 15 und 25 Prozent,
- zwei Lang-Lkw ersetzen drei konventionelle Lkw,
- keine Verlagerungswirkungen von der Schiene auf die Straße,
- keine erhöhte Beanspruchung der Straßeninfrastruktur,
- keine erhöhte Unfallgefahr.

Diese Erkenntnisse bestärken die Handelskammer in der Einschätzung, dass der Lang-Lkw für bestimmte Einsatzzwecke und auf besonders geeigneten und geprüften Strecken ein sinnvoller Beitrag zu einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik ist. Angefahren werden sollen dabei ausschließlich relevante Gewerbestandorte wie beispielsweise Logistikzentren – Innenstädte und Wohngebiete dagegen nicht.

Großraum- und Schwertransporte besser abwickeln

Die Handelskammer lädt regelmäßig gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu Gesprächen zur Verbesserung der Abwicklung von Großraum- und Schwertransporten über Bremen ein. Dabei werden gemeinsam mit Verladern, Spediteuren und bremischen Behörden Probleme angesprochen und Lösungen erörtert. Seit 2012 hat es bereits sechs Gesprächsrunden gegeben. Eines der Ergebnisse: Die bremische Verkehrsdeputation hat beschlossen, die Nacht von Sonntag auf Montag (22.00 bis 6.00 Uhr) als sogenannte fünfte Transportnacht freizugeben und vom Wochenendfahrverbot auszunehmen. Zudem hat der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mit Wirkung zum 1. Juni 2014 per Erlass die Möglichkeit einer sechsten Transportnacht für unbegleitete Transporte (Transitverkehre über die Autobahn) geschaffen.

Überseestadt: ungebremste Dynamik

Die Überseestadt ist ein 288 Hektar großer „Standort der Möglichkeiten“ mit einem Nutzungsmix aus Dienstleistung, Bürobetrieb, Gewerbe, Hafenwirtschaft und Logistik, Freizeit, Kultur und Wohnen und damit eines der größten Stadtentwicklungsprojekte in Europa. Bislang wurden von öffentlicher und privater Seite rund 800 Millionen Euro investiert. Gegenwärtig sind dort 660 Unternehmen mit rund 11.500 Beschäftigten beheimatet. Laut einer regionalwirtschaftlichen Studie könnten bis zum Jahr 2025 insgesamt bis zu 17.000 Arbeitsplätze vorhanden sein.

Die Entwicklungsdynamik in der Überseestadt ist weiterhin beachtlich. Mit ihrer Vielfalt und Prosperität trägt sie maßgeblich zur Profilierung des Wirtschaftsstandortes Bremen bei. Für die Handelskammer kommt es entscheidend darauf an, das gedeihliche Nebeneinander vorhandener Industrieunternehmen und neuen Nutzern (wie Dienstleistern und Wohnbevölkerung) zu organisieren und planungsrechtlich zu sichern. Als Basis dafür dient die verbindliche vertragliche Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Bremen, den neuen Investorengesellschaften und den seit Jahrzehnten ansässigen Industrieunternehmen, die mit dem Ziel getroffen wurde, durch klare Regelungen den ansässigen Unternehmen Zukunftssicherung zu garantieren, ohne dabei der äußerst positiven Dynamik der städtebaulichen Entwicklung entgegenzustehen. Dieser konstruktive Lösungsansatz, mittlerweile überregional als „Bremer Modell“ bezeichnet, soll von allen Beteiligten auch zukünftig vernünftig und einvernehmlich weiterhin beschritten werden.

Die Liste der im Jahr 2014 realisierten oder geplanten Projekte ist eindrucksvoll. So hat die Justus Grosse Projektentwicklung GmbH mit dem Weinkontor, Parkkontor und Lofthaus 4 in drei weitere Bürobauten in der Überseestadt investiert. In dem denkmalgeschützten kernsanierten Wein-

kontor befinden sich 12.000 Quadratmeter an Loft- und Büroflächen. Das Parkkontor und das Lofthaus 4 haben jeweils mehr als 2.000 Quadratmeter Bürofläche.

Ganz in der Nähe des Lofthauses 4 entwickelt die Weser-Wohnbau GmbH das Übersee-Kontor mit ca. 4.400 Quadratmeter Büro- und Gewerbeflächen, bezugsfertig ab Sommer 2016. Der gleiche Investor erstellt mit „The Portment“ ein architektonisch anspruchsvolles Wohnneubau-Ensemble in der Überseestadt, mit dem eine der letzten Baulücken an der neuen Uferpromenade des Europahafens geschlossen wird.

Am Hansator hat die SVG Bremen als Dienstleister für Transport und Logistik ihre Geschäftsräume bezogen und damit gleichzeitig eine neue Eingangssituation für alle, die aus Richtung City in die Überseestadt kommen, geschaffen. Auf fünf Geschosse verteilen sich insgesamt rund 3.000 Quadratmeter Nutzfläche.

In der östlichen Hafenvorstadt hat der Projektentwickler Siedentopf mit dem Bau des Büro- und Geschäftshauses ESA 1 begonnen. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts (18.500 Quadratmeter von geplanten 26.000 Quadratmetern) ist zu Beginn des Jahres 2016 geplant. Er wird den nördlichen Abschluss des Weser-Quartiers bilden. Fertiggestellt und bezogen ist inzwischen auf dem letzten freien Wassergrundstück des Weser-Quartiers das WQ 1, ein Glanzlicht aus dem renommierten Architekturbüro Bothe Richter Teherani.

Mit dem Neubau-Projekt Aqua Viva hat der Bauträger bauatelier nord hochwertige Eigentumswohnungen zwischen Überseepromenade und Kommodore-Johnsen-Boulevard direkt am Weserufer errichtet. Am Kommodore-Johnson-Platz lässt die Gewoba bis 2015 insgesamt 87 Mietwohnungen und zwei Gewerbeobjekte bauen, die sich



Schlüsselprojekt für die Bremer Innenstadt: das geplante City-Center im Ansgariquartier

auf fünf Gebäude verteilen. Beim zukünftigen Magellan-Quartier handelt es sich um den ersten Neubau der Entwicklungsgesellschaft Hafenkante.

Das Gesamtprojekt Marcuskaje nördlich des Schuppens 3 umfasst 250 Wohnungen, ein Bürogebäude sowie ein Mobilitätsparkhaus mit mehr als 300 Stellplätzen. Der Großteil der Wohnungen wird in einer engen Partnerschaft der beiden Immobilienunternehmen Gewoba und Justus Grosse erstmalig als öffentlich geförderte Mietwohnungen erstellt. Bei dem Mobilitätsparkhaus handelt es sich um ein integriertes Gesamtangebot für Automobil- und Individualverkehr, Elektromobilität, Fahrräder sowie Carsharing.

Einen Rückschlag hat es hingegen für die auf rund 100 Millionen Euro veranschlagte Quartiersentwicklung am Schuppen 3 gegeben. Bislang konnte kein Investor gefunden werden. Laut Ausschreibung soll das Gelände mit dem 400 m langen Schuppen-Gebäude zum Mischquartier mit 50.000 bis 65.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche für Wohnen, Arbeiten und Nahversorgung entwickelt werden.

Bremen-Nord: Struktur verbessern

Die strukturellen Probleme Bremen-Nords sind unübersehbar: Die Zahl der Arbeitsplätze ist niedrig und die Ansiedlung neuer Unternehmen ein schwieriges Unterfangen. Zudem vermisst die regionale Wirtschaft Planungssicherheit für Investitionen. Um den Standort Bremen-Nord voranzubringen, bleibt es daher die entscheidende wirtschaftspolitische Zukunftsaufgabe für Politik, Verwaltung und Wirtschaftsförderung, Strukturimpulse zu setzen und für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Ziel muss es sein, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nachhaltig zu erhöhen und insbesondere jungen Fachkräften sowie deren Familien eine Perspektive zu bieten. In diesem Kontext muss der neue Flächennutzungsplan für Bremen-Nord standortstär-

kend wirken und den Rahmen für möglichst restriktionsarme Industrie- und Gewerbeansiedlungen liefern.

Die Handelskammer hat sich für den inzwischen realisierten einheitlichen VBN-Tarif in Gesamt-Bremen eingesetzt, der den ÖPNV von und nach Bremen-Nord vereinfacht. Darüber hinaus galt das Engagement der Kammer verschiedenen Gewerbestandorten, die Leuchttürme für Bremen-Nord darstellen. So soll das BWK-Gelände zu einem Industriegebiet für Metall-, Maschinen- und Anlagenbau sowie Windenergie, Logistik und produktionsorientierte Dienstleistungen entwickelt werden. Standortvorteil ist ein möglichst uneingeschränkter Zugang zu Verlade- und Umschlagsmöglichkeiten am seeschifftiefen Wasser. Der Einsatz der Handelskammer sowie die Kompromissfähigkeit der ansässigen Unternehmen haben dem neuen Bebauungsplan für das BWK-Gelände den Weg geebnet.

Die Handelskammer fordert zudem, dass die Stadt die Bündelung und Stärkung der Angebote in der Wachstumsbranche Gesundheitswirtschaft unterstützt. Dies gilt gleichermaßen für das Klinikum Bremen-Nord, Friedehorst und das Gesundheitszentrum im Lesum-Park. Besonders ins Gewicht fällt das Engagement der Residenz-Gruppe bei der Entwicklung des Science Parks. In einem ersten Schritt plant der Investor, einen etwa 2.500 Quadratmeter großen Teil des insgesamt 6.000 Quadratmeter großen Geländes in einen Technologie- und Wissenschaftspark zu verwandeln, in dem Jacobs University, Kliniken und Gesundheitswirtschaft bzw. Life Sciences-Unternehmen kooperieren.

Innenstadtkonzept Bremen 2025: Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Bremen als Oberzentrum im Nordwesten muss nachhaltig gestärkt werden. Besonderes Augenmerk gilt hier dem Ansgariquartier. Für die Innenstadt wie auch für die angrenzenden Stadtbezirke kommt diesem Projekt eine Schlüsselfunktion zu. Es hat daher höchste Priorität. Doch kann die Entwicklung der Bremer Innenstadt nicht allein auf

die Realisierung neuer Einzelhandelsflächen im Ansgariviertel beschränkt bleiben. Die Aufgaben sind deutlich vielfältiger und erfordern differenzierte teils räumliche Antworten. Dabei geht es einerseits um die planungsrechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für das vermehrte Wohnen in der Innenstadt. Zudem stehen die kulturellen Orte, die Einkaufslagen sowie die Arbeitsstandorte in einem intensiven Austausch mit den Wohnvierteln der inneren Stadt.

Daher sind attraktive Verbindungen zwischen den Quartieren wichtige Grundlagen für das städtische Leben. Diese innerstädtische Arbeitsteilung wird im gemeinsam von den Senatsressorts für Bau und Wirtschaft sowie der Handelskammer erarbeiteten Innenstadtkonzept Bremen 2025, das ganzheitlich sein soll, aufgegriffen. Es bietet ein Handlungskonzept für einen mittelfristigen Planungszeitraum und soll mehr als ein Orientierungsrahmen für Projekte, Maßnahmen und Aktivitäten sein. Von der Handelskammer Bremen mit initiiert, fand am 28. Oktober 2014 erstmals das Forum Innenstadt statt, das zukünftig regelmäßig eine Plattform für Austausch und Beteiligung bilden soll.

Letztlich kann nur eine gemeinsame Anstrengung von Immobilieneigentümern, Einzelhändlern, Stadtplanung und Politik eine Dynamik entfachen, die zu einer nachhaltigen Stärkung und Aufwertung führt. Hierzu gehören die Offenheit für neue Ideen, Anregungen und Konzepte ebenso wie die Bereitschaft der Stadt, notwendige Prozesse mit Haushaltsmitteln und Personalressourcen in den Planungsabteilungen zu unterstützen.



(v.l.) Der Industriehafen wird ausgebaut; die Handelskammer wirkte an der Aktualisierung des bremischen Hafenkonzeptes mit.

Fahrrinnenanpassung Außenweser/Unterweser

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Juli 2013 die geplante Weservertiefung massiv beanstandet und das Verfahren ausgesetzt, um mehrere Fragen vom Europäischen Gerichtshof mit Blick auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie klären zu lassen. Ein erster Termin beim EuGH wurde im Sommer 2014 angesetzt. Mit einem Urteil ist nicht vor Anfang 2015 zu rechnen. Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven halten die Vertiefung der Außenweser, aber auch der Unterweser, weiterhin für dringend notwendig und standen im Berichtsjahr dementsprechend im intensiven Dialog mit allen Beteiligten.

Ausbau der Mittelweser voranbringen

Die Handelskammer hat sich gegenüber dem Bundesverkehrsministerium wiederholt für den Ausbau der Mittelweser eingesetzt und darauf hingewiesen, dass dieser Ausbau ohne große Uferrückverlegungen für die Binnenschifffahrt mit 110 Meter langen Großmotorgüterschiffen und für die Hinterlandanbindung der bremischen Häfen nicht wirtschaftlich ist. Die noch ausstehenden Baumaßnahmen sind zwingend erforderlich, von den ursprünglichen Ausbauplänen soll nicht abgewichen werden. In diese Richtung weisen die Ergebnisse der Verkehrssimulation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die das Bundesverkehrsministerium und das Land Bremen in Auftrag gegeben hatte.

Industriehafen ausbauen

Die Bremer Hafendeputation hat – wie auch von der Handelskammer gefordert – dem Ausbau des Industriehafens für 24 Millionen Euro zugestimmt. Im Januar 2014 wurde mit der Vertiefung begonnen. Künftig können demnach Panamax-Schiffe 15 bis 30 Prozent mehr Ladung nach Bremen bringen. Parallel dazu wird seit Mitte 2014 das Becken des Hüttenhafens ver-

breitert, die Uferkante um drei Meter zurückgenommen und die unterirdische Böschung abgetragen. So wächst die Durchfahrtsbreite auf 46 Meter. Damit wird breiteren Schiffen die Durchfahrt in den hinteren Bereich des Hafens ermöglicht, wenn am Terminal von Rhenus Weserport bereits ein Schiff liegt. Diese Arbeiten sollen im Sommer 2016 abgeschlossen sein.

Bremisches Hafenkonzept: Entwicklungsplanung aktualisieren

Bremen will die Entwicklungsplanung für die Häfen des Landes aktualisieren und setzt dabei auf den Dialog mit der Branche. Beim Senator für Wirtschaft und Häfen wird ein „Bremisches Hafenkonzept 2020/2025“ erarbeitet. Hierzu gab es bereits drei Workshops, an denen auch die Handelskammer mitwirkte. Ende 2014 wurde das Hafenkonzept fertiggestellt und veröffentlicht.

Hafengebühren: Kappungsgrenze senken

Die Handelskammer macht sich für eine Senkung der sogenannten Kappungsgrenze stark. Große Containerschiffe werden in Bremerhaven bis maximal 120.000 Bruttoreaumzahl (BRZ) über die Hafengebühren abgerechnet – in Hamburg liegt die Grenze ab 2015 bei 115.000 BRZ. Dadurch kann die Hafengebührenbelastung an der Weser bis 20 Prozent größer sein als an der Elbe. Die Handelskammer hatte die Wirtschaftsbehörde im Herbst aufgefordert, die Kappungsgrenze in Bremerhaven auf das Niveau Hamburgs zu senken.

DIHK-Arbeitskreis Seeverkehr und Häfen

Der Arbeitskreis unter Vorsitz der Handelskammer Bremen tagte im Mai 2014 beim Bundeswirtschaftsministerium in Berlin. Gast war der Maritime Koordinator der Bundesregierung, Staatssekretär Uwe Beckmeyer (SPD). Das zweite turnusmäßige Treffen des Arbeitskreises fand im Oktober in Bremerhaven mit anschließender Hafenbesichtigung statt. Dort wurden maritime

Themen mit Dr. Valerie Wilms erörtert. Die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen ist Obfrau im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Info-Veranstaltungen zur Transport- und Logistikwirtschaft

Die Handelskammer Bremen hat 2014 in einer Reihe von Fachveranstaltungen unternehmensstrategische sowie tagesaktuelle Themen für die Transport- und Logistikwirtschaft erörtert. Im Einzelnen wurden dabei folgende Themen behandelt: digitale Entscheidungshilfen im Logistik-, Lieferanten- und Einkaufsmanagement, betriebliches Gesundheitsmanagement für gewerbliche Mitarbeiter in der Logistik, der Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025, die Zukunft des GVZs, Trends in der Hinterlandlogistik, die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Straßenbahnquerverbindung Stresemannstraße-Steubenstraße und ADR 2015.

Steel in Transit 2014

Bremen ist nicht nur ein bedeutender Standort für die Stahlproduktion, sondern auch eine wichtige Exportdrehscheibe für ganz Deutschland. Unter der Schirmherrschaft der Handelskammer fand im September 2014 die Tagung „Steel in Transit“ bereits zum vierten Mal in Bremen statt. Diesmal lag der Fokus auf Osteuropa. Redner aus verschiedenen Ländern gaben Einblicke in die landesspezifischen Herausforderungen und Risiken. „Steel in Transit“ ist mittlerweile eine international bedeutende Netzwerkveranstaltung für Topexperten aus der Stahlbranche geworden.

Ausstellung „Yes, we're open“

Deutschland gehört zu den OECD-Ländern mit den niedrigsten Hürden für die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Vor dem Hintergrund des demografischen



Leistungsbilanzen

Wandels wirbt das Land um kluge Köpfe. Die Wanderausstellung „Yes, we're open – Willkommen in Deutschland“ präsentiert Deutschland als weltoffenes Land und erklärt, warum das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft trotz aller Herausforderungen eine Bereicherung ist. Sie tourt seit April 2013 für zwei Jahre durch Deutschland und machte im März 2014 auch in Bremen halt. Die Handelskammer unterstützte die Ausstellung als lokaler Partner.

Bremerhaven

Veranstaltungsreihe „Bremerhaven im Aufbruch“

Die Veranstaltungsreihe „Bremerhaven im Aufbruch“ der IHK und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) wird seit zehn Jahren angeboten. Das Ziel der Reihe: Die Stärken des Wirtschaftsstandortes sollen vermittelt und tragende Branchen aus der Seestadt vorgestellt werden. Im Mai 2014 standen außenwirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen im Zentrum. In der Veranstaltung präsentierten sich der Zoll, die Symex GmbH & Co. KG, die Nord Ceram GmbH, die Drew Marine Signal and Safety Germany GmbH, die ZytoVision GmbH, die Fielax Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH und das Unternehmen Brauns International. Die Oktober-Veranstaltung widmete sich dem Thema „Green Economy“. Aus der Praxis berichteten Vertreter von Ikea, der Deutschen See GmbH, der Innoven GmbH, dem Atlantic Hotel Sail City, der Druckerei Müller Ditzen AG und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung.

Neue Studie zum Cluster Fischereihafen

Die Fisch- und Lebensmittelwirtschaft im Fischereihafen spielt eine zentrale Rolle für den Standort Bremerhaven. Das Cluster Fischereihafen hat zahlreiche Stärken, beispielsweise die ausgeprägte Breite und Tiefe der Wertschöpfungskette. Doch den positiven Seiten stehen eine Reihe struktureller Defizite beziehungsweise Schwächen gegenüber. Das besagt eine Studie zur Fisch- und Lebensmittelwirtschaft im Fischereihafen Bremerhaven. Erarbeitet hatte sie die Beratungsgesellschaft cofad; Auftraggeber war die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft (FBG) in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer.

In den Handlungsempfehlungen wird deutlich, wie wichtig der Verbleib der bereits angesiedelten Unternehmen ist. Ihnen müsse Priorität eingeräumt werden. Angeregt werden unter anderem die Berufung eines neutralen Repräsentanten, der das Cluster gegenüber den bedeutendsten Einzelhandelsunternehmen vertreten soll, eine auf die Industrie ausgerichtete Kongress-Reihe und Branchen-Events. Weiterhin empfiehlt die Studie eine gemeinsame Erschließung ausländischer Märkte und eine wirkungsvollere Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei Zertifizierungsprozessen und der Neukunden-Akquise.

Ein weiterer herausragender Punkt ist die Imagebildung und Öffentlichkeitsarbeit. Beispielsweise sprechen sich die cofad-Gutachter für attraktiver gestaltete Wasserflächen und intensivere Schulungsangebote für Profiköche im Seefischkochstudio aus. Auch sollen Besucher mehr Möglichkeiten erhalten, hinter Firmenkulisen zu blicken. Die Gutachter plädieren zudem für eine engere Vernetzung mit der Fischwirtschaft in Cuxhaven.

Kaiserhafen in Bremerhaven: Gleise werden verlängert

Am Bahnhof Kaiserhafen in Bremerhaven haben Gleisverlängerungsarbeiten begonnen. An dem 16-gleisigen Bahnhof werden zwölf Gleise auf rund 750 Metern verlän-

gert. Außerdem erhalten sie Stromleitungen. Gearbeitet wird im laufenden Betrieb. Bei der Hafeneisenbahn sind in den kommenden Jahren weitere Maßnahmen geplant. So sollen die sogenannten Vorstellgruppen am Imsumer Deich und die große Anlage am Bahnhof Speckenbüttel erweitert und ausgebaut werden. Die Maßnahmen zu Gunsten der Schiene dienen vor allem dem Automobilumschlag, der im Hinterlandverkehr zu rund 80 Prozent mit Zügen abgewickelt wird.

Mitgliederversammlung des Fördervereins Pro A 20

Auf der Mitgliederversammlung des Fördervereins Pro A 20 e. V. in Bremerhaven wurde Dr. Andreas Schmidt zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Geschäftsführer des Logistikunternehmens Rhenus Midgard trat die Nachfolge von Carl van Dyken an. Neue Beisitzer des Vereins, der seinen Sitz bei der IHK Bremerhaven hat, sind Jasper Strauß, Hauptgeschäftsführer des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes Wilhelmshaven-Friesland, und Dr. Ralf Meyer, Leiter des Referates für Wirtschaft beim Magistrat der Seestadt Bremerhaven. 2014 setzte der Verein seine Veranstaltungsreihe „10 x 11,3 km“ entlang des Planungsraumes der A 20 fort. Dabei stand das Handwerk im Fokus. Die Auftaktveranstaltung fand in Bremerhaven statt.

Fusion: WESPA eine der zehn größten Sparkassen des Nordens

Zum 1. Januar 2014 wurde die Fusion der Sparkasse Bremerhaven und der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln zur Weser-Elbe-Sparkasse (WESPA) vollzogen. Ihren Sitz hat die fusionierte Sparkasse, deren Träger zu gleichen Teilen die Sparkassenstiftung Bremerhaven und der Landkreis Cuxhaven



Bremerhavens Fisch- und Lebensmittelindustrie präsentiert sich in Berlin – beim traditionellen Fischessen in der Bremischen Landesvertretung.

sind, in Bremerhaven. Mit einer Bilanzsumme von rund vier Milliarden Euro wird die WESPA eine der zehn größten Sparkassen Norddeutschlands sein. Durch rund 50 Filialen soll für eine intensive Verankerung in der Region gesorgt werden.

Ein weiteres wichtiges Element der Fusion, der deutschlandweit ersten Sparkassen-Ehe über Bundesländer-Grenzen hinweg: Beide Sparkassen mit fast 500.000 Konten und rund 1.000 Mitarbeitern behalten ihre Entscheidungskompetenz.

„Fisch-Gipfel“ auf der Hansekogge

Bereits zum dritten Mal lud der Fisch- und Lebensmittelwirtschaftliche Ausschuss der IHK Bremerhaven im April 2014 während der Fischparty im Schaufenster Fischereihafen zu einem „Fisch-Gipfel“ auf die Hansekogge ein. Bei gutem Essen und Trinken sollte in angenehmer, zwangloser Atmosphäre der Kontakt zwischen Vertretern aus Wirtschaft und Politik gepflegt werden. Zu den Teilnehmern der Veranstaltung gehörten Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, Oberbürgermeister Melf Grantz und Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär und Maritimer Koordinator der Bundesregierung. Auch 2015 soll es wieder einen „Fisch-Gipfel“ geben.

Traditionelles Bremerhavener Fischessen in Berlin

Einer der wichtigsten regelmäßigen Termine im Jahreskalender der Bremerhavener Fisch- und Lebensmittelindustrie ist das Bremerhavener Fischessen in der Bremischen Landesvertretung in Berlin. Zu diesem wird traditionell gemeinsam mit der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, Ulrike Hiller, eingeladen. 2014 gab es eine Diskussionsrunde mit Dr. Peter Dill (Vorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels),

Ingo Kramer (Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und ehemaliger Präsident der IHK Bremerhaven) und Johann Saathoff (Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Bundestagsausschusses für Landwirtschaft und Ernährung).

Roswitha und Dr. Joachim Ditzen-Blanke-Saal im Auswandererhaus

Zu Ehren der Bremerhavener Verlegerfamilie Ditzen-Blanke, die seit vielen Jahrzehnten in Bremerhaven soziale und kulturelle Projekte unterstützt, wurde im Deutschen Auswandererhaus (DAH) der „Roswitha und Dr. Joachim Ditzen-Blanke-Saal“ eröffnet – zeitgleich mit der Ausstellung „Von der Lutherbibel zur Gaunergeschichte. Bücher für deutsche Einwanderer in Amerika 1728 – 1946“. Die Kabinettsausstellung entstand nach einer Idee der Familie Ditzen-Blanke, die einer der größten privaten Förderer des DAH ist. Gezeigt werden originale Bilder aus der DAH-Sammlung sowie Reproduktionen ausgewählter Titelblätter aus mehr als 200 Jahren deutschsprachigen Buchdrucks in Nordamerika. Dr. Ditzen-Blanke war Präsident und ist heute Ehrenpräsident der IHK Bremerhaven. Roswitha-Ditzen-Blanke fungierte bis zu ihrem Tode als IHK-Vizepräsidentin. Matthias Ditzen-Blanke ist Mitglied der Vollversammlung der IHK.

Offshore-Terminal Bremerhaven

Angesichts der Fülle von öffentlich-rechtlichen Zulassungsverfahren ist das Projekt OTB, das nicht nur als Umschlagsplatz für Offshore-Windanlagen, sondern auch als Projekt- und Schwerlasthafen dienen soll, außerordentlich komplex. Es stellt deutlich höhere Anforderungen an Behörden und Zulassungsstellen als bei anderen bremischen Hafen- und Infrastrukturprojekten. Beteiligt sind zahlreiche Behörden aus niedersächsischen Gemeinden des Umlandes, niedersächsische Landesbehörden, Behörden des Bundes wie die Wasser- und Schiff-

fahrtsverwaltung und das Eisenbahnbundesamt sowie Behörden Bremens und Bremerhavens.

Die im April 2014 abgestimmte Arbeitsfassung eines Gesamtzeitplans sieht vor, das die zur baulichen Umsetzung erforderlichen Zulassungsentscheidungen Ende November/Anfang Dezember 2015 fallen. Gerichtsverfahren gegen diese Zulassungsentscheidungen könnten jedoch eine sofortige Vollziehung verhindern.

Vorbereitungsarbeiten: Hafentunnel wird gebaut

Im September 2013 gab es grünes Licht für den Bau des Hafentunnels. Die notwendigen Rodungsarbeiten wurden von Dezember 2013 bis Februar 2014 vorgenommen. Die vorbereitenden Arbeiten für den Bau einschließlich der Baustelleneinrichtung sind im Juni 2014 gestartet. Der eigentliche Bau wird im Februar 2015 eingeleitet und voraussichtlich Ende 2017 vollendet. Die Fertigstellung des Tunnels ist für das erste Halbjahr 2018 vorgesehen. Im ersten Quartal 2019 rollen die ersten Lastwagen durch den Tunnel. Die Cherbourgerstraße steht Ende 2017 beziehungsweise Anfang 2018 wieder dem Verkehr zur Verfügung. Die Hafen- und Logistikwirtschaft hat ihre erste Tranche der Mittelfinanzierung des Hafentunnels bezahlt.



Industrie, Innovation, Umwelt

Bremen

Informationsangebote zur Forschungs- und Innovationsförderung

Das EU-Rahmenprogramm „Horizont 2020“ fördert die Forschungs- und Innovationsaktivitäten von Unternehmen. Es ermöglicht den Zugang zu interdisziplinärem Wissen von europäischen bzw. internationalen Konsortien sowie zu neuen Netzwerken und Märkten. Einen Überblick dazu gaben verschiedene Veranstaltungen in der Handelskammer Bremen und in der IHK Bremerhaven in Kooperation mit dem Enterprise Europe Network Bremen/Bremerhaven. In weiteren Veranstaltungen informierte die Handelskammer über die Themen Wissensbilanz, Qualitätsmanagement und Einsatzmöglichkeiten von Apps in Unternehmen sowie über die Normungsarbeit (Bremer Normentag) und die CE-Kennzeichnung.

Technologiefelder mit Wachstumspotenzial

Die Handelskammer Bremen unterstützt junge und/oder dynamische Technologiefelder, die über Potenzial für eine positive Entwicklung am Standort Bremen verfügen. So fand 2014 zum fünften Mal der Bremer Mechatroniktag im Haus Schütting statt, ein Erfahrungsaustausch mit dem Bremer Centrum für Mechatronik (BCM). Das weitere Engagement galt dem verwandten Bereich Robotik, in dem die Handelskammer den Wissenstransfer von den Forschungseinrichtungen in die Unternehmen forciert und Workshops – unter ande-

rem zur Robotik in der Lebensmittelindustrie – mit ausrichtete. In einer Netzwerkveranstaltung mit dem Unternehmensverband Life Sciences Bremen e. V. standen die Perspektiven der Lebenswissenschaften auf der Agenda.

Wissenschaftsplan 2020 intensiv begleitet

Der Wissenschaftsplan 2020, der den finanziellen und strukturellen Rahmen sowie die programmatischen Leitvorgaben für die Weiterentwicklung der Wissenschaftseinrichtungen des Landes Bremen definiert, hat zum Ziel, die positive Entwicklung im bremischen Wissenschaftssystem fortzuschreiben. Die Handelskammer Bremen war frühzeitig und umfassend an der Erarbeitung des Wissenschaftsplans beteiligt. Dies dokumentiert unter anderem eine Veranstaltung, auf der die bremischen Hochschulrektoren ihre Positionen darlegten sowie Anhörung der Handelskammer vor dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit der Bremischen Bürgerschaft.

In ihrer Stellungnahme zum Wissenschaftsplan betont die Handelskammer, dass Bremens staatliche Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen beträchtlich zur Wirtschaftskraft des Standortes beitragen. Die Unterstützung des Wissenschaftssystems sei daher zukunftsrelevant und benötige eine finanzielle Nachhaltigkeit, insbesondere in der Ausstattung der Lehre. Auch die Hochschulen selbst müssten ihren Beitrag leisten. Dies betreffe zum Beispiel die Erhöhung der Effizienz im Studienangebot durch den Abbau von Doppelungen und schlecht ausgelasteten Studiengängen.

Wissens- und Technologietransfer stärken

Der Wissens- und Technologietransfer von den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in die Unternehmen und von den Unternehmen in die Hochschulen ist ein wichtiger Schlüsselfaktor der Innovationskraft der bremischen Wirtschaft, den die Handelskammer nach Kräften fördert. 2014 gehörte dazu unter anderem die Unterstützung der Hochschule Bremen beim ClusTra-Kooperationsprojekt und die Preisverleihung des Wettbewerbs Campusideen, der Geschäftsideen aus den bremischen Hochschulen prämiert. In der Handelskammer-Veranstaltungsreihe Wirtschaft trifft Wissenschaft wurde eine große Bandbreite an Themen präsentiert: Rapid Prototyping, Strahltechnik und Forschung im Bereich Gesundheit. Die Reihe – an der auch die Oldenburgischen IHK beteiligt ist – bringt Unternehmer, Selbstständige und Unternehmensvertreter aus Bremen bzw. dem Bremer Umland mit Forschungseinrichtungen in Kontakt.

Studie zum Innovationsstandort Bremen

Die Handelskammer Bremen hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beauftragt, eine Studie zum Innovationsstandort Bremen zu erarbeiten. Auftrag ist es, die technologische Position der Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Lande Bremen zu ermitteln, Stärken und Schwächen in der Innovationsperformance zu identifizieren



Leistungsbilanzen

und Leitlinien für eine Neuorientierung der Innovationspolitik zu formulieren. Ein Zwischenstand der Arbeiten zur Studie wurde am 21. Juli 2014 im Plenum vorgestellt. Vorläufige Erkenntnisse wurden zudem am 21. Oktober 2014 mit dem Ausschuss für IT, Design und Medien diskutiert.

Gewerbeflächen: Bedarfe und Prioritäten ermitteln

2014 hat die Handelskammer einen neuen Gesprächskreis zum Themenkomplex Gewerbeflächen mit Vertretern der bremischen Gewerbegebiete gestartet, um deren Entwicklungspotenziale zu diskutieren. Zunächst hat der Gesprächskreis mit Blick auf kommende Erörterungen mit dem Senat Wünsche und Bedarfe einzelner Gewerbegebiete aufgelistet und Prioritäten gesetzt. Im Vordergrund stehen die Verbesserung der Bestandspflege, die Schaffung von Expansionsflächen, die Förderung der internen Infrastruktur und der Abbau von Konflikten zwischen Gewerbe und Wohnen. Ferner wurden der Verkehrsentwicklungsplan für Bremen, das Landschaftsprogramm Bremen und die Breitbandversorgung in bremischen Gewerbegebieten erörtert. Der Gesprächskreis wird 2015 seine Arbeit fortsetzen. Mehr Gewerbeflächen fördern die Ansiedlung von Unternehmen. Und das wiederum sorgt für Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen.

IT-Sicherheit und Breitbandversorgung der Gewerbegebiete

Informationstechnik und der vernetzte Datenaustausch über das Internet sind für die meisten Unternehmen sehr wichtig geworden. Doch der technische Fortschritt birgt auch Risiken. So kann beispielsweise Schadsoftware über einen USB-Stick oder

durch das Öffnen eines verseuchten E-Mail-Anhangs auf dem Leitstellenrechner ungehindert ins Produktionsnetz gelangen. Die Handelskammer hat Bremer Unternehmen über Wirtschaftssicherheit und Cyberspionage sowie Automatisierung und IT-Sicherheit aufgeklärt. Auch ein Homepage-Check gemeinsam mit dem Kooperationspartner eBusiness-Lotse der Metropolregion Bremen-Oldenburg und dem RKW wurde für Unternehmen angeboten. Darüber hinaus hat sich die Handelskammer Bremen zusammen mit dem DIHK und auf bremischer Ebene mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen für eine bessere Internetbreitbandversorgung in Gewerbegebieten eingesetzt.

Information über gewerbliche Schutzrechte

Gewerbliche Schutzrechte wie Patente, Gebrauchsmuster, Geschmacksmuster, Marken und das Urheberrecht helfen, eine marktfähige Idee vor der Nachahmung durch die Konkurrenz zu schützen. Erfinder und Entwickler von neuen Ideen, Verfahren und Produkten erhielten im Jahr 2014 in der Handelskammer Bremen die Gelegenheit, mit einem Bremer Patentanwalt Schutzmöglichkeiten für ihre Idee zu besprechen. Die vertraulichen Einstiegsberatungen rund um gewerbliche Schutzrechte wurden monatlich angeboten. Darüber hinaus wurden regelmäßig Unternehmen und Existenzgründer zu konkreten Fördermöglichkeiten von Innovationsprojekten informiert und Kontakte zu Forschungseinrichtungen und Hochschulen vermittelt.

EEG: Belastung für Unternehmen senken

Die EEG-Umlage ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und trug somit zu einer weiteren Belastung der Bremer Unternehmen bei. Gleichzeitig hat sich das Land Bremen zu einem bedeutenden Standort der Offshore-Branche entwickelt. Die seit Mitte 2013 unklare energiepoliti-

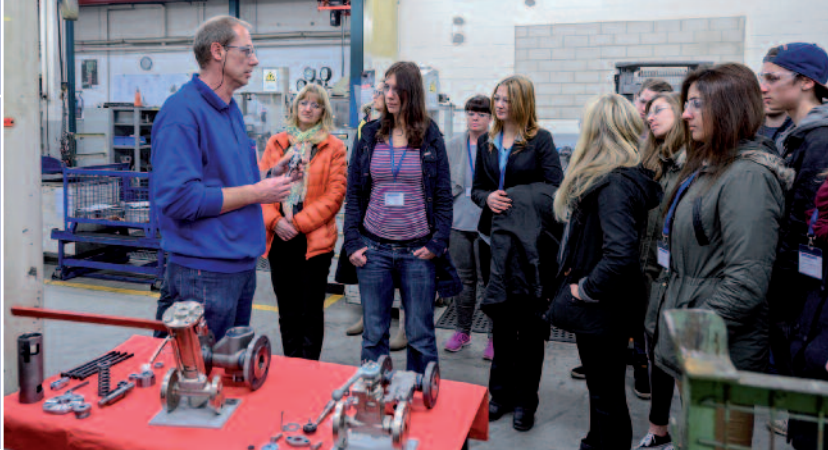
sche Zukunft verunsicherte jedoch die Investoren und dämpfte das Marktwachstum stark. Mit dem Ziel, den Anstieg der EEG-Umlage abzuschwächen, wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 umfassend reformiert: Fördersätze wurden gesenkt, Ausbaukorridore festgesetzt, Befreiungsvoraussetzungen europarechtskonform gestaltet, die Eigenstromerzeugung mit der EEG-Umlage belegt.

Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven haben den Gesetzgebungsprozess beobachtet und begleitet. Sie setzten sich besonders dafür ein, Belastungen der Unternehmen durch steigende Strompreise und die Unsicherheit für die Offshore-Branche zu beenden.

Über das für Bremer Unternehmen wichtige Thema der Eigenstromerzeugung führten die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven zwei Veranstaltungen mit insgesamt rund 90 Teilnehmern durch. Sie informierten die Betriebe über die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten zur effizienten Eigenstromerzeugung – eine Möglichkeit, die Stromkosten individuell zu senken.

Bremisches Klimaschutz- und Energiegesetz: kein Bremer Sonderweg

2014 hat das Umweltressort den Entwurf eines Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes veröffentlicht. Es soll das bislang geltende Bremer Energiegesetz ablösen. Der Entwurf enthält trotz zahlreicher bundesgesetzlicher Regelungen landeseigene Ziele zur Treibhausgasminimierung oder zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie ein generelles Anschlussverbot für



Die Lange Nacht der Industrie ist ein Publikums-magnet.

elektrische Heizungsanlagen – ungeachtet der kaum vorhandenen praktischen Relevanz auf Grund der sehr hohen Stromkosten. Die Handelskammer hat Bedenken gegen diese unnötige Bremer Sonderlösung erhoben und befürchtet bürokratischen Mehraufwand für die Bremer Unternehmen und Bürger.

Zweiter Entwurf des Landschaftsprogrammes 2020

Das Landschaftsprogramm 2020 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr blieb 2014 in der Diskussion. Der 2013 veröffentlichte erste Entwurf des Programmes legt die Ziele von Naturschutz und Landschaftspflege im besiedelten sowie unbesiedelten Bereich fest und enthält ein entsprechendes Maßnahmenkonzept. Hier kritisierte die Handelskammer Bremen, dass die Belange der Bremer Wirtschaft nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Im Februar 2014 stellte das Umweltressort den zweiten Entwurf vor, der nicht nur weiterhin einige von der Kammer kritisierten Punkte enthält, sondern um weitere wirtschaftsbelastende Inhalte ergänzt wurde. Im Vordergrund steht die Ausweisung von Grünflächen und sogenannten „Stadtoasen“ in und um Gewerbe- und Industrie-flächen. Die „Stadtoasen“ sind Gebiete, die vor Lärmzunahme geschützt werden sollen, was die gewerbliche Nutzung und Bebauung einschränken könnte.

Um die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Industrie- und Gewerbegebiete sowie des Standortes Bremen nicht zu gefährden, hat die Handelskammer Bremen die Zurücknahme der unternehmens- und gewerbeflächennahen „Stadtoasen“ gefordert – in zwei Stellungnahmen gegenüber dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, einem Argumentationspapier und in Gesprächen mit Vertretern des Umweltressorts und der Politik. Im Ergebnis sind große Teile der beabsichtigten Ausweisung zurückgenommen worden.

Abfallentsorgung muss in privater Hand bleiben

Seit 1998 obliegen die Abfallentsorgung und Teile der Straßenreinigung im Stadtgebiet Bremen privaten Unternehmen. Trotz steigender Verbraucherpreise und entgegen dem gesamtdeutschen Trend blieben die Abfallgebühren in Bremen nach der Privatisierung weitestgehend konstant.

Im Jahr 2018 laufen die Verträge mit den privaten Entsorgern aus. Deshalb wurde 2014 eine politische Debatte über die künftige Organisationsform eröffnet: vollständige Rekommunalisierung oder Privatisierung, Mehr- oder Minderheitsbeteiligungen an privaten Unternehmen. Die Handelskammer Bremen setzte sich sowohl in einem Argumentationspapier als auch in Gesprächen mit Vertretern aus Verwaltung und Politik dafür ein, die Entsorgungsleistungen weiterhin und vollständig an private Unternehmen zu vergeben.

Am 14. Oktober 2014 wurde in einer Veranstaltung im Prüfungszentrum der Handelskammer darüber debattiert. Hierbei beleuchteten die Vertreter von Politik, Abfallwirtschaft, Steuerzahlerbund und Handelskammer die Risiken einer Rückführung der Entsorgungsleistungen in die öffentliche Hand: hohe Anfangsinvestitionen, fehlendes Know-how, steigende Gebühren etc. Die Handelskammer Bremen wird sich weiter, im Sinne einer gebührenstabilen und verlässlichen Dienstleistung, für die bremische Abfallentsorgung in privater Hand einsetzen.

Rußpartikelfilterpflicht für Baumaschinen

In zahlreichen europäischen Richtlinien sind Abgasstandards für Kraftfahrzeuge festgelegt: Der Schadstoffgehalt darf einen bestimmten Wert nicht übersteigen. Für neue Baumaschinen sind diese Grenzwerte 2014 europaweit nochmals verschärft worden. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kündigte im Februar 2014 an, ab 1. Juli die öffentliche Vergabe von Bauaufträgen an weitere Bedingungen zu knüpfen. Demnach sollten Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, deren Baumaschinen die hohen Abgasstandards einhielten.

Die Handelskammer Bremen kritisierte diesen Vorstoß und forderte die Erhaltung der Wettbewerbsgleichheit. Sie erstellte gemeinsam mit der Handwerkskammer, der Kreishandwerkerschaft, dem Bauindustrieverband, dem Baugewerbeverband sowie dem Garten- und Landschaftsbauverband ein Argumentationspapier und führte Gespräche mit Vertretern des Ressorts. In einer ersten Reaktion gab das Umweltressort den zunächst geplanten Zeitpunkt zur Umsetzung des Vorhabens auf. Die Handelskammer Bremen wird dieses Thema weiter kritisch und sorgfältig begleiten.

Anziehungspunkt „Lange Nacht der Industrie“

Zum fünften Mal in Folge hat die Handelskammer Bremen gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Nordmetall 2014 die „Lange Nacht der Industrie“ veranstaltet. Sieben Unternehmen haben sich beteiligt: Airbus Defence and Space, Anheuser-Busch InBev Deutschland GmbH & Co. KG, Daimler AG, Mercedes-Benz Werk Bremen, Gestra AG, Hella Fahrzeugkomponenten GmbH, Kellogg Manufacturing GmbH & Co. KG und swb AG. Es nahmen mehr als 300 Gäste teil, beispielsweise viele Schüler und Studierende, die sich für Ausbildungs- und Karriereöglichkeiten interessierten. Die Nachfrage war wiederum höher als das Angebot – ein Grund, warum die Handelskammer das Projekt 2015 fortsetzt.

Informationsveranstaltung zum Spitzensteuerausgleich

Für Unternehmen des produzierenden Gewerbes besteht die Möglichkeit, durch den sogenannten Spitzensteuerausgleich einen Teil der im Strompreis enthaltenen Stromsteuer erstattet zu bekommen. Bis zur Gesetzesreform im Jahr 2012 reichte hierfür ein einfacher Antrag. Jetzt müssen die Unternehmen für die Erstattung eine Gegen-



leistung erbringen und ihre Energieeffizienz steigern. Nach einer Übergangsregelung im Jahr 2013 mussten sie 2014 erstmals ein zertifiziertes Energiemanagementsystem oder ein registriertes Umweltmanagementsystem nachweisen. In Kooperation mit der IHK Bremerhaven, der Handwerkskammer Bremen, der Steuerberaterkammer Bremen, dem RKW, energiekonsens, RWE und swb informierte die Handelskammer auf einer Veranstaltung am 3. Juli Unternehmen über die erhöhten technischen Anforderungen der Zertifizierung und deren Konsequenzen für die Antragstellung.

Jahresempfang der Umweltpartnerschaft des Landes Bremen

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven unterstützen das Bremer Netzwerk „partnerschaft umwelt unternehmen“ (puu). Dem branchenübergreifenden Zusammenschluss gehören mehr als 150 Firmen aus Bremen und Bremerhaven an. Die Unternehmen engagieren sich auf vielfältige Weise für die Energie- und Ressourceneinsparung. Der Jahresempfang der Umweltpartnerschaft fand am 28. Februar 2014 mit rund 100 Teilnehmern in der Handelskammer statt. Bei dieser Veranstaltung wurden weitere Unternehmen als Klimaschutzbetrieb ausgezeichnet.

Beruf und Familie besser miteinander verbinden

Die Handelskammer Bremen hat 2014 im Unternehmensservice – der zentralen Anlaufstelle für Unternehmen – einen betrieblichen Beratungsservice zur Vereinbarkeit

von Beruf und Familie eingerichtet. Expertinnen des Vereins Impulsgeber Zukunft beraten Unternehmerinnen und Unternehmer jeden Freitag von 9.00 bis 13.00 Uhr und an weiteren Tagen nach Vereinbarung kostenlos.

In einem weiteren Projekt fördert die Handelskammer gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Einführung eines Bremer Familiensiegels („Ausgezeichnet familienfreundlich“), das Familienfreundlichkeit im Unternehmen würdigt. Im Zuge des zunehmenden Fachkräftemangels wird es für Unternehmen immer wichtiger, sich attraktiv auf dem Bewerbermarkt zu positionieren und gleichzeitig bewährte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen zu halten. Alle Unternehmen, die familienfreundliche Angebote umsetzen oder weiterentwickeln möchten, können sich für das Siegel bewerben. Das Siegel wird vom Verein Impulsgeber Zukunft in Kooperation mit dem Land Bremen verliehen.

Über Mutterschutz informiert

Mutterschutz ist eines der ältesten Themen im Arbeitsschutz. Er dient dazu, die Arbeitskraft und die Motivation der Schwangeren und der Beschäftigten zu erhalten und ist ein wichtiger Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn eine Mitarbeiterin schwanger wird, ist die betriebliche Personalpolitik gefordert, denn eine schwangere Arbeitnehmerin unterliegt per Gesetz einem besonderen Schutz. Das kann Folgen für den Betriebsablauf haben. Die bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau hat hierzu eine Arbeitsgruppe gegründet, in der die Handelskammer mitarbeitet. In einer Veranstaltung im Juni in Bremen und im Oktober in Bremerhaven haben die Arbeitnehmerkammer Bremen, die Unternehmensverbände im Lande Bremen, die ZGF, die Handwerkskammer und die Handelskammer gemeinsam über Aspekte des Mutterschutzes informiert.

Bremerhaven

Veranstaltung zu Blockheizkraftwerken

Unternehmer, die durch ein Blockheizkraftwerk (BHKW) Energie sparen wollen, können neben intensiver Unterstützung bei der Planung und Umsetzung des Projektes auf finanzielle Fördermittel zurückgreifen. Diese staatliche Förderung war einer der Schwerpunkte einer Veranstaltung zum Thema BHKW, zu der die IHK Bremerhaven, die Handelskammer Bremen und die Klimaschutzagentur energiekonsens nach Bremerhaven eingeladen hatten. Zu den Referenten gehörten Michael Richts vom Referat Energie, Klimaschutz und Umwelttechnik beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Heinz Eggersgluß, Geschäftsführer der utec GmbH in Bremen, Professor Dr. Martin Maslaton, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Universitätsdozent, und Knud Vormschlag von der Deutschen See. Hersteller von Blockheizkraftwerken informierten auf einer Begleitmesse über ihre Produkte.

Energieeffizienztisch Bremerhaven gestartet

Im Oktober 2014 wurde das Projekt „Bremerhavener Energieeffizienztisch“ begonnen, das auf zwei Jahre angelegt ist und an dem sich acht Unternehmen und Institutionen beteiligen. Die IHK Bremerhaven begleitet dieses Projekt in Kooperation mit der gemeinnützigen Klimaschutzagentur energiekonsens sowie Kursklimastadt. Der Bremerhavener Effizienztisch bietet den am Netzwerk teilnehmenden Unternehmen den Vorteil einer umfassenden Analyse der energetischen Ist-Situation und praxisnahe Informationen zu den verschiedenen technischen Effizienzoptionen. Wesentliche Ansatzpunkte der gemeinsamen



(v.l.) Auf einer Veranstaltung in der IHK diskutierten Experten das Thema Blockheizkraftwerke; Energieeffizienz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit waren die Themen des 4. Kongresses Energie-Zukunft-Unternehmen.

Arbeit im Netzwerk sind Effizienzverbesserungen in den Querschnittstechnologien, zum Beispiel Druckluft, Kraft-Wärme-Kopplung und elektrische Antriebe.

„Energie-Scouts“: Auszubildende entdecken Energiespar-Potenziale

2014 hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag das Projekt „Azubi zu Energie-Scouts“ gestartet. Zielgruppe sind kleine und mittlere Unternehmen, in denen Auszubildende Energieeinsparpotenziale entdecken und heben sollen. Die IHK Bremerhaven beteiligte sich an dem Projekt und schulte Auszubildende. Zuerst wurden im März Ausbilder über das Projekt informiert; im September und November nahmen dann zwölf Auszubildende an zwei Workshops teil. Im ersten Workshop wurden physikalische Grundlagen gelegt und Energieeffizienz sowie die Beleuchtung am Arbeitsplatz thematisiert. Im zweiten Workshop wurden die Checklisten der Arbeitsplätze ausgewertet und Maßnahmen für die Unternehmen entwickelt. Das Projekt wird 2015 fortgesetzt.

Kongress: Energie-Zukunft-Unternehmen

Energieeffizienz, Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Diese Themen standen im Zentrum des 4. Kongresses Energie-Zukunft-Unternehmen. Der Schwerpunkt lag auf neuen Entwicklungen, Studien und Best-Practice-Beispielen sowie dem Aspekt „Wie binde ich die Mitarbeiter ein?“ Praxisbeispiele zeigten, wie Unternehmer für ihre spezifischen Anforderungen die energieeffizienteste und dabei auch wirtschaftlich sinnvollste Lösung gefunden haben. Sie machten deutlich, wie wichtig diese Vorgehensweise ist, wenn der Betrieb zukunftsfähig aufgestellt werden soll. Denn nachhaltiges Wirtschaften, Energieeffizienz

und Klimaschutz erhöhen die betriebswirtschaftlichen Chancen erheblich. Klar wurde anhand der Berichte und Präsentationen aus der Praxis, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den Unternehmen und wie verschiedenartig die Wege sind, die sie gehen.

Arbeitskreis Energie

Der Arbeitskreis Energie der IHK Bremerhaven tagte 2014 vier Mal. Im Mittelpunkt der Arbeit standen das Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Energiewende, der Entwurf sowie die Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und ein Modell zur Grünstromvermarktung aus Sicht des Standortes Bremerhaven. Für den Arbeitskreis besteht weiter Klärungsbedarf zum EEG, zu den Themen Ausschreibungen, EEG-Umlage und Eigenstromerzeugung sowie den besonderen Ausgleichsregelungen. Sprecher des Arbeitskreises Energie ist Axel Siemsen, Geschäftsführer der swb Bremerhaven GmbH. Weitere Mitglieder sind die WindMwM GmbH, BEG GmbH, Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS), Nord Ceram GmbH Co.KG, Lloyd Werft Bremerhaven GmbH, ted GmbHm, Deutsche See GmbH sowie Eurogate GmbH & Co. KGaA, KG.

Unterweisungen im Arbeitsschutz

Die Veranstaltung „Unterweisungen im Arbeitsschutz – richtig und verständlich“ im Juli in der Geschäftsstelle Bremerhaven der Arbeitnehmerkammer lieferte Informationen zu einer sicheren und gesundheitsgerechten Arbeitsweise im Einklang mit dem Arbeitsschutz. Veranstalter war der Landesarbeitskreis Gesundheit. Dr. Boris Klein, Leiter der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen, erläuterte die rechtlichen Vorgaben. Die Praxisthemen kamen aus der Kfz-Branche, der ambulanten und stationären Pflege und aus der Verwaltung.

Aus- und Weiterbildung

Bremen

Ausbildungsmarkt: weniger Bewerber

Fachkräftesicherung ist das Gebot der Stunde. Noch variiert der Grad der Betroffenheit von Branche zu Branche und auch zwischen den Unternehmen. Doch nach Prognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung werden bis zum Jahr 2030 rund eine Million Fachkräfte fehlen. Die duale Ausbildung stellt das Rückgrat der Versorgung mit betrieblich qualifizierten Fachkräften dar. Laut bundesweiter IHK-Ausbildungsumfrage vom Frühsommer 2014 blieben allerdings allein im Bereich der Industrie- und Handelskammern rund 80.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- geringeres Interesse an einer betrieblichen Ausbildung; Stattdessen streben viele junge Menschen einen höherwertigen Schulabschluss an und wollen später studieren;
- schlechtes Image einzelner Branchen und Berufe;
- nach wie vor zu hoher Anteil junger Menschen ohne Schulabschluss bzw. mit mangelnden Kompetenzen für eine erfolgreiche Ausbildung;
- Abwanderung in das Übergangssystem.

Die Handelskammer hat sich 2014 in vielfältigen Initiativen für die Sicherung von Fachkräften für die Wirtschaft eingesetzt. Die Basis dafür bildet der Ausbildungspakt (Bremer Vereinbarungen für

Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014-2017). Auch die Jugendberufsagentur ist hier ein wichtiger Baustein.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 waren bei der Handelskammer Bremen 3096 neue Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen (Vorjahr: 3.169 Verträge). Damit ist das hohe Niveau des Vorjahres nahezu gehalten worden. Allerdings gab es in den Ausbildungsberufen zum Teil deutliche Veränderungen. In den Berufen der Speditions- und Logistikbranche war eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Entsprechendes gilt auch für den Beruf Kaufmann/Kauffrau für Versicherung und Finanzen. Demgegenüber war bei den Industriekaufleuten ein Rückgang von 141 auf 120 Verträge festzustellen.

Ausbildungspakt mit neuen Schwerpunkten

Am 25. März 2014 wurde ein neuer Ausbildungspakt – die Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014-2017 – beschlossen und damit die gute Zusammenarbeit der Partner fortgeführt. Neben der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven sind 26 weitere Institutionen beteiligt. Die Handelskammer hat sich bei der Gestaltung der Inhalte und Schwerpunkte des neuen Paktes für eine Reduzierung der Themen und eine stärkere Fokussierung eingesetzt. Der neue Ausbildungspakt enthält Vereinbarungen zu fünf Themenbereichen, die in gemeinsamer Verantwortung aller Pakt-Partner verwirklicht werden sollen, beispielsweise zum besseren Übergang von der Schule in den Beruf. Die Handelskammer plädiert für eine deutliche Reduktion des sogenannten Übergangssystems zugunsten erhöhter direkter Übergänge in eine duale Ausbildung.

Aufbau der Jugendberufsagentur

Mit der Einführung einer Jugendberufsagentur für das Land Bremen sollen Institutionen und Maßnahmen zentral gebündelt werden, um Jugendliche bei der Berufsorientierung und beim Übergang von der Schule in den Beruf eng zu begleiten. Ziel ist es, dafür Sorge zu tragen, dass niemand dabei verloren geht und dass die Potenziale von Jugendlichen ausgeschöpft werden. Die Einführung einer Jugendberufsagentur setzt allerdings eine neue, verbindliche Kooperation verschiedener Systeme und Rechtskreise voraus, insbesondere des Schulsystems, des Jugendhilfe- und des Sozialhilfe-Systems, der Agentur für Arbeit und der Jobcenter. Die Handelskammer wirkt an der Gestaltung der Jugendberufsagentur mit. Wichtig ist es, dass sich alle Akteure für echte Kooperationen öffnen. Beispielsweise kann das sehr gut etablierte und seit langer Zeit erfolgreich arbeitende Ausbildungsbüro in der Handelskammer ein wichtiger Netzwerkpartner der Jugendberufsagentur werden.

Angebot an alle Ausbildungswilligen

Es gibt in Bremen den politischen Plan, eine Ausbildungsgarantie einzuführen. Das ist ein Versprechen, in Zukunft allen Ausbildungswilligen ein Angebot zu machen. Dies können Angebote in der dualen beruflichen, aber auch der schulischen Bildung oder Einstiegsqualifizierungen sein. Umgesetzt werden soll die Ausbildungsgarantie mit Hilfe der geplanten Jugendberufsagentur. An den Inhalten der Ausbil-



(v.l.) Im Rathaus wurde ein neuer Ausbildungspakt beschlossen; „Unternehmer treffen Schulen“ heißt eine neue Initiative zur besseren Berufsorientierung.

dungsgarantie arbeiten eine Steuerungsgruppe und verschiedene Arbeitsgruppen, in denen die Handelskammer mitwirkt. Themenfelder sind beispielsweise die Umgestaltung von berufsvorbereitenden Maßnahmen zum ersten Ausbildungsjahr oder auch der Ausbau und die Umgestaltung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Bisher sind drei Förderprogramme umgesetzt worden:

- Unterstützung der betrieblichen Ausbildung von Schulabgängern, mit schwierigen Startchancen
- Förderung der Ausbildung im Verbund,
- Stärkung von Netzwerken für Ausbildungsdienstleistungen.

Armut überwinden, sozialen Zusammenhalt stärken

Das Bündnis für sozialen Zusammenhalt geht auf eine Initiative des Senats zurück. Am 7. Mai 2014 gab es auf Einladung von Bürgermeister Jens Böhrnsen eine Auftaktveranstaltung im Rathaus, an der Handelskammer-Präses Christoph Weiss teilgenommen hat. Ziel des Bündnisses ist es, im Austausch zwischen Fraktionen, Sozialverbänden, Gewerkschaften und der Wirtschaft nach Lösungen zur Überwindung von Armut und sozialer Segregation in Bremen zu suchen. Dazu wurden Arbeitsgruppen – Ausbildung für Flüchtlinge, Schulpatenschaften und Sprachförderung – unter Beteiligung der Handelskammer eingerichtet. Die Laufzeit des Bündnisses für sozialen Zusammenhalt ist zunächst auf die aktuelle Legislaturperiode begrenzt. Das zentrale Thema der Handelskammer lautet: Armutsbekämpfung durch Bildung.

Berufsorientierung systematisch vermitteln

Bildungspolitik ist auch Standortpolitik. Versäumnisse in der Bildung beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Unternehmen. Deshalb muss der Fokus auf die Nutzung aller Bildungspotenziale gerichtet werden. Hier ist die Bil-

dungspolitik gefordert. Sie muss sich vor allem für mehr Qualität an den Schulen einsetzen. Denn mangelnde schulische Qualität führt dazu, dass Schülerinnen und Schülern teilweise grundlegende Kompetenzen fehlen. Die Handelskammer hat sich in vielen Diskussionsrunden dafür eingesetzt, dass die vorhandenen Ansätze zur systematischen Berufsorientierung für allgemeinbildende Schulen flächendeckend und auch in den Gymnasien umgesetzt werden. Notwendig ist sowohl die Umsetzung der Berufsorientierungsrichtlinie als auch eine angemessene ökonomische Grundbildung.

In die schulische Praxis wird Berufsorientierung beispielsweise durch die Initiative „BerufsstART“ in Bremen Nord gebracht. Nachdem sich unter Mitwirkung der Handelskammer die Oberschulen und Schulzentren in Bremen-Nord und mehr als 40 Unternehmen in mehreren Diskussionsrunden zusammengefunden haben, startete die Initiative Mitte November 2014. Durch ein Netzwerk aus Schulen und Betrieben sowie unterstützenden Institutionen sollen Jugendliche und Betriebe in der Region besser für duale Ausbildung zusammenfinden.

Auch das Bremer Qualitätssiegel „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“ unterstützt seit 2006 die Schulen in diesem Bereich. Für das Qualitätssiegel haben sich die Schulen einem umfangreichen Prüfverfahren unterzogen. Neben einer schriftlichen Darstellung des Konzepts und seiner Umsetzung standen Schulleitungen, Kollegien, Eltern und Schüler den externen Juroren Rede und Antwort. Im Haus Schütting wurden am 5. März 2014 erstmals die Albert-Einstein-Oberschule, die Oberschule Lehmhorster Straße und die Oberschule Roter Sand mit dem Qualitätssiegel ausgezeichnet. Vier weitere Schulen waren bereits in der Vergangenheit zertifiziert worden und wurden in einer Feierstunde erneut ausgezeichnet.

2014 beteiligte sich die Handelskammer wieder am Girls' Day bzw. Jungen-Zukunftstag. Drei Mädchen und Jungen nahmen das Angebot an, einzelne Arbeitsbe-

reiche des Hauses zu besichtigen und im betrieblichen Alltag zu schnuppern.

Neue Kampagne bringt Unternehmen und Schulen zusammen

Um die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen zu unterstützen, aber auch um Schülerinnen und Schülern wirtschaftsnahe Themen zu vermitteln, haben die Handelskammer Bremen und die Senatorin für Bildung und Wissenschaft im Frühjahr 2014 die Kampagne „Unternehmen treffen Schulen“ gestartet. Bislang haben sich 52 Unternehmerinnen und Unternehmer hier engagiert und Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Zusammenhänge aus erster Hand erläutert. Die Themen reichen von der Vorstellung verschiedener Berufsbilder und Bewerbungstrainings über praktische Anforderungen im Betrieb bis zu großen ökonomischen Themen wie Globalisierung, Energiewende und Finanzkrise. Das Programm richtet sich an alle Jahrgangsstufen der Sekundarbereiche I und II der allgemeinbildenden Schulen in der Stadtgemeinde Bremen. 34 Schulen haben sich am Projekt beteiligt und 28 Schulbesuche wurden gemacht. Damit dokumentieren die Unternehmen auch den Wert dualer Ausbildung als solides Fundament für eine berufliche Karriere.

Beim Übergang von der Schule in den Beruf helfen

Im Bereich der Ausbildung und Umschulung leistet die Handelskammer viel Informationsarbeit. Dies geschah zum Beispiel an einem Aktionstag am 28. Februar im Mütterzentrum Osterholz-Tenever. Themen waren Ausbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie vor allem die Teilzeitausbildung. Am „Tag der Ausbildungschance“ am 16. Juni 2014 konnten Jugendliche per Telefon-Hotline mehr über Berufsbilder, Ausbildungsmöglichkeiten und freie Lehrstellen erfahren. Außerdem besuchten die Ausbildungsberater der Handelskammer an diesem Tag zusammen mit Bremer Wirt-



(v.l.) Jugendliche Flüchtlinge haben großes Potenzial für den Arbeitsmarkt; die Ausbildungsmesse auf dem Marktplatz war komplett ausgebucht.

schaftsjunioren die Allgemeine Berufsschule, die Wilhelm-Olbers-Schule und die Gesamtschule West.

Für die Berufswahlentscheidung hält die Handelskammer ein großes Spektrum an Informationsmaterialien bereit: die DVD „Startup4Job“, Broschüren wie „Bewerben, aber richtig!“, „IHK Ausbildungstipps – Durchstarten mit einer qualifizierten Berufsausbildung“ oder „IHK Ausbildungstipps: Einstellungstest, richtig vorbereiten“. Auch über die sozialen Medien spricht die Handelskammer Jugendliche an, insbesondere durch das Facebook-Forum „Deine Kammer“: www.facebook.com/DeineKammer.

Ausbildung von jugendlichen Flüchtlingen fördern

Einen vielbeachteten Workshop zu „Ausbildung – Chancen für Flüchtlinge“ hat die Handelskammer während der 4. Integrationswoche Bremen im Oktober 2014 veranstaltet. Ausbildungsunternehmen waren eingeladen, sich über die Chancen und Möglichkeiten der Ausbildung von Flüchtlingen zu informieren. Der Wunsch vieler Flüchtlinge nach gleichberechtigter Teilhabe an Ausbildung und Beruf bietet für Unternehmen das große Potenzial, motivierten Fachkräftenachwuchs auszubilden. Die rund 100 Teilnehmenden erhielten einen Überblick über laufende Projekte und Maßnahmen. Anschließend wurden in Arbeitskreisen die Themen Rechtsstatus und Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen, sprachliche Qualifizierung und Auszubildungsvorbereitung, Förderungsmöglichkeiten für Ausbildungsunternehmen und die sozialpädagogische Begleitung der Jugendlichen diskutiert. 10 Unternehmen erklärten sich bereit, in einem entsprechenden Ausbildungsnetzwerk mitzuarbeiten.

Kultur für Auszubildende

Eine Premiere und ein Festival der besonderen Art war das Kulturprojekt „Bremer Frühling“ vom 19. bis zum 23. März 2014.

Es war ein gemeinsames Angebot des Bremer Theaters, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, der Handwerkskammer Bremen, des Weser-Kuriers und der Handelskammer Bremen. Auszubildende aus Bremer Unternehmen sahen in fünf Tagen elf Stücke für fünf Euro pro Vorstellung. Das Angebot haben fast 400 Auszubildende genutzt. Sie informierten sich über das Musiktheater, Schauspiel, Tanz und Performance. Zudem fanden Führungen durch die Spiel- und Werkstätten statt.

Ausbildungsaktionen

job4u Mit 72 Ausstellern aus Bremen und Umgebung war die „job4u – Visionenmesse für mehr Bildung“ am 11. und 12. Juli 2014 auf dem Bremer Marktplatz komplett ausgebucht. Unternehmen, Kammern, Hochschulen und die Universität Bremen informierten Besucher über Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Praktika. Die Jugendlichen konnten hier direkten Kontakt mit den Ausbildungsbetrieben aufnehmen.

Nachvermittlung Ein gutes Ergebnis verzeichnete die mittlerweile elfte Nachvermittlungsaktion für Ausbildungsplatzsuchende am 16. und 17. September. Beraterinnen und Berater der Handelskammer, Handwerkskammer, Jobcenter Bremen und Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven wirkten mit. 266 ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche, die bis zum 31. August 2014 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, waren in die Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven eingeladen worden, um gemeinsam Perspektiven für den Weg in eine Ausbildung zu entwickeln.

Von den eingeladenen Jugendlichen hatten 49 bis zur Nachvermittlungsaktion bereits einen Ausbildungsplatz bekommen, sich abgemeldet, oder schon selbst eine Alternative gefunden. 118 Jugendliche folgten der Einladung trotz telefonischer Erinnerung nicht. Allen 99 Jugendlichen, die persönlich erschienen waren, wurde mindestens ein Ausbildungsplatzangebot oder alternativ jeweils ein Angebot zur Einstiegsqualifizierung gemacht. Das

Instrument der Einstiegsqualifizierung wird als Brücke in Ausbildung für Jugendliche mit schlechteren Startchancen genutzt und ist mittlerweile fest etabliert. Jugendliche können ihre Chance, anschließend in ein Ausbildungsverhältnis übernommen zu werden, deutlich verbessern. Die Übernahmequote liegt bei rund 60 Prozent.

MINT-Förderung: Talente voranbringen

Bremen braucht junge Talente, die sich für Naturwissenschaft, Mathematik oder Technik (MINT) begeistern. Die Bedeutung der naturwissenschaftlichen und technischen (Früh-)Bildung wächst. Die gemeinnützige Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ unterstützt pädagogische Fach- und Lehrkräfte dabei, den Forschergeist von Mädchen und Jungen im Kita- und Grundschulalter zu wecken. In Bremen arbeiten 68 Bremer Kindertagesstätten als „Haus der kleinen Forscher“. Für Grundschulen wurde im Oktober 2013 ein Netzwerk zwischen den Unternehmensverbänden im Lande Bremen, der Handwerkskammer, der Handelskammer und der Senatorin für Bildung und Wissenschaft gegründet. 13 Bremer Schulen haben im Schuljahr 2014 in diesem Netzwerk mitgewirkt. Zu den Aktivitäten gehören Fortbildungen der Lehrerinnen und Lehrer sowie Forschertage und Workshops zu Themen wie „Forschen mit Wasser“ oder „Forschen mit Sprudeldgasen“. Ziel ist, das entdeckende und forschende Lernen von Schülerinnen und Schülern zu fördern. Die Handelskammer hat als Netzwerkpartner im Frühjahr 2014 die Plakette „Förderer – Haus der Kleinen Forscher“ erhalten.

Mit Unterstützung der Handelskammer hat der VDI Bezirksverein Bremen am 13. und 14. Juni im City Airport Bremen den Tag der Technik veranstaltet. In Bremen wird der Techniktag unter dem Motto „Eine Region der Stärken“ alle zwei Jahre angeboten. Mit mehr als 8.000 Experten, Young Professionals, Absolventen, Studierenden und Interessierten ist das Event mittlerweile



(v.l.) Der Siegertypen-Wettbewerb ehrt außergewöhnliche Auszubildende; Prüfungszentrum der Handelskammer: Das Prüfwesen lebt vom ehrenamtlichen Engagement.

le der besucherstärkste Beitrag am bundesweiten Tag der Technik und weit über die bremischen Landesgrenzen hinaus bekannt. Der Tag der Technik zeigt beispielhaft die Kernkompetenzen und Zukunftsthemen in den Bereichen Automobilbau, Luft- und Raumfahrt, Logistik & maritime Wirtschaft, Energietechnik, Ernährungswirtschaft, Materialwissenschaft, Medizintechnik, Infrastruktur sowie Ausbildung und Wissenschaft.

Siegertypen: Wettbewerb für Engagement

Außergewöhnliche Auszubildende, die über gute Leistungen in der Ausbildung hinaus Engagement zeigen, wurden 2014 erneut ausgezeichnet. Die siegreichen Kandidaten wurden auf einer festlichen Veranstaltung am 1. Dezember im Kleinen Schauspielhaus am Goetheplatz bekanntgegeben. In dem Wettbewerb „Siegertypen gesucht“, den die Handelskammer, die Handwerkskammer und die IHK Bremerhaven seit vielen Jahren gemeinsam ausrichten, werden nicht die Schulnoten, sondern besondere Projekte der Auszubildenden gewürdigt. Hierbei kann es sich beispielsweise um ein soziales Engagement handeln, um die Unterstützung von anderen Auszubildenden oder um einen besonderen Beitrag zur Unternehmenskultur. Neben den Auszubildenden werden auch die ausbildenden Unternehmen geehrt, ohne deren Leistungen diese Preisverleihung nicht möglich wäre. Die Veranstaltung wurde von der Hermann-Leverenz-Stiftung, die Karl-Nix-Stiftung, BILD Bremen und Radio Bremen Vier unterstützt.

Ausbildung: Bundesbeste aus dem Land Bremen

Die 9. Nationale Bestenehrung in IHK-Berufen unter dem Motto „Unsere bundesbesten Absolventen“ fand auf eine Festveranstaltung in Berlin statt. Gastredner war Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Vier Auszubildende aus dem Land Bremen wurden geehrt: Martin Pistel (Anheuser-Busch InBev Germany Holding GmbH), Mi-

riam Baske (Orient Overseas Container Line Ltd.), William Eva (Wolfgang Heining Bauunternehmen, Bremerhaven) und Niels Werning (Fahrradhandel Freddy Daladas).

Stiftungen ehren Auszubildende

Die Hermann-Leverenz-Stiftung zeichnete in einer Feierstunde am 17. Oktober in der Handelskammer 50 junge Kaufleute für hervorragende Leistungen in der Ausbildung aus. Stefan Storch, Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung, übergab die Preise an 24 Kauffrauen und 26 Kaufmänner. Seit 1965 vergibt die Stiftung Geldpreise an Absolventen um die Berufsbildung junger Kaufleute zu fördern.

Die Karl-Nix-Stiftung ehrte am 24. Oktober die besten Bremer Absolventen allgemeinbildender Schulen sowie die Prüfungsbesten der Handelskammer und der Handwerkskammer. Seit 27 Jahren werden junge Menschen mit diesen Preisen bedacht. Die Leistungsbereitschaft junger Menschen zu fördern, ist das Ziel der Stiftung.

Prüferschulungen für neue Prüferinnen und Prüfer

Die Aus- und Fortbildungsprüfungen werden immer aufwändiger und komplexer. Damit wachsen auch die Anforderungen an neue Prüferinnen und Prüfer. Um ihnen den Einstieg ins Ehrenamt zu erleichtern, hat die Handelskammer Bremen spezielle Prüferschulungen konzipiert. Sie umfassen drei Teile: „Grundlagen guter Prüfungspraxis“, „Sicher fragen in der Prüfung“ und „Rechtlich sicher prüfen – Fallstricke vermeiden“. Die Schulungen werden 2015 wieder angeboten und auch erweitert.

Weiterbildungsberatung im Unternehmensservice

Die Weiterbildungsberatung im Unternehmensservice ist ein Kooperationsprojekt des Senators für Wirtschaft, Arbeit, Häfen, der Handelskammer und der Arbeitnehmerkammer. Klein- und Kleinunternehmen erhalten Unterstützung bei der Personalentwicklung und Ermittlung von Qualifizierungs- und Lernbedarfen für die Mitar-

beiter. Die Weiterbildungsberatung ist kostenlos und trägerneutral. Bei der Umsetzung von Weiterbildungs- und Fördermöglichkeiten können die Unternehmen zudem finanzielle Unterstützung in Form des Weiterbildungschecks erhalten. Im Jahr 2014 wurden 54 Betriebe ausführlich beraten und 141 Weiterbildungschecks ausgegeben.

Weiterbildungsprüfungen

Bei den Fortbildungsprüfungen sind die Teilnehmerzahlen der Abschlüsse Geprüfte/r Wirtschaftsfachwirt/-in und Geprüfte/r Industriemeister/-in Fachrichtung Metall nach wie vor konstant hoch. Auch die Teilnehmerzahl an Ausbildereignungsprüfungen (AEVO), die von der Handelskammer monatlich angeboten werden, war mit rund 900 im Jahr 2014 wieder sehr hoch. Das Bestehen der AEVO-Prüfung ist eine der Voraussetzungen, um ausbilden zu dürfen. Die hohe Nachfrage macht deutlich, dass die IHK-Fortbildungsabschlüsse und das Prüfungsangebot der Handelskammer den Bedarfen der Unternehmen entsprechen.

Online-Prüfungen (AEVO) und Online-Prüfungsanmeldung

2013 wurden die ersten Online-Prüfungen im Prüfungs- und Veranstaltungszentrum der Handelskammer Bremen durchgeführt. Anschließend wurde auch die Prüfungsanmeldung auf ein Online-Verfahren umgestellt, sodass sich die Prüfungsteilnehmer nun schnell und unkompliziert zur AEVO-Prüfung anmelden können. Dieses neue Angebot wurde sehr gut angenommen.



Bremerhaven

Aus- und Weiterbildungsbilanz

Zum 31. Dezember 2014 waren bei der IHK Bremerhaven insgesamt 718 neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse registriert (2013: 705 Verträge).

Zertifikat der IHK und der Kaufmännischen Lehranstalten

21 angehende Bürokaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation erhielten im Sommer 2014 neben ihrem Jahreszeugnis auch ein Zertifikat, das die IHK Bremerhaven in Zusammenarbeit mit den Kaufmännischen Lehranstalten ausgestellt hat. Es bescheinigt den Auszubildenden die Kompetenz zum selbst organisierten Lernen (SOL). Das Zertifikat zeichnet Teamfähigkeit, Selbstständigkeit und Eigenverantwortung aus.

Neue Qualifikation: Fachkraft in der Fischverarbeitung

Für lernschwache Schülerinnen und Schüler ist in Bremerhaven auf Initiative des Fisch- und Lebensmittelwirtschaftlichen Ausschusses der IHK eine neue Qualifikationsmaßnahme entwickelt worden: Sie mündet in das Zertifikat „Fachkraft in der Fischverarbeitung“. Die ersten beiden Zertifikate wurden während einer kleinen Feierstunde an Sally Engelbert und Pascal Gräf verliehen. Rund ein Jahr lang lernten sie bei der Deutschen See beziehungsweise der H.-J. Fiedler Meeresdelikatessen GmbH, wie Fisch fachgerecht verarbeitet wird. Zugleich erfüllten Sally Engelbert und Pascal Gräf ihre zwölfjährige Schulpflicht, indem sie am berufsvorbereitenden Unterricht teilnahmen und in Deutsch, Mathematik und Politik beschult wurden. Zum Abschluss mussten die beiden jungen Leute

eine praktische Prüfung vor der IHK ablegen. Beide sind von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen worden.

„Unternehmen mit Weitblick“: Raumwerkerei

Den Wettbewerb „Unternehmen mit Weitblick 2014“ in der Region Bremen, Bremerhaven und Cuxhaven hat die Raumwerkerei gGmbH aus Bremerhaven gewonnen. Ihr Beschäftigungsträger ist das Förderwerk Bremerhaven, das für gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen in Bremerhaven aktiv ist, um soziale Infrastrukturen im städtischen Gemeinwesen mit Hilfe von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose zu verbessern. Der Wettbewerb zeichnet Unternehmen aus, die ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einstellen und deren Potenzial in besonderer Weise fördern.

Internet-Fortbildung: Fachkraft im Fischhandel

Von März bis Oktober 2014 fand ein neuer Durchgang der Internet-Fortbildung zur Fachkraft im Fischhandel statt. Träger sind die IHK Bremerhaven und die Hochschule Bremen. Die Entwicklung und Erprobung der Online-Fortbildung ist Teil des Projektes „Qualitätssicherung in der Lebensmittelwirtschaft“ der Hochschule Bremen. Gefördert wird es vom bremischen Senat mit Mitteln der Europäischen Union. Die Fortbildung befasst sich mit den Themen Hygiene, Sensorik, HACCP, kaufmännische Grundlagen, Warenkunde und Kundenorientierung. Sie dauert 29 Wochen und erfordert rund 250 Stunden Lernzeit.

Berufs-Info-Messe in der Stadthalle

Mehr als 70 Aussteller präsentierten sich 2014 auf der mittlerweile fünften Berufs-Info-Messe (BIM). An zwei Tagen im August informierten Unternehmen und Institutionen in der Stadthalle Besucher über aktu-

elle Ausbildungsplätze, Studienmöglichkeiten und Praktika. Zu der unter anderem von der IHK mitgetragenen Messe zählte ein umfangreiches und vielfältiges Rahmenprogramm mit zahlreichen Vorführungen und Demonstrationen, einem Bewerbungsmappen-Check und einem Azubi-Scouting.

Gemeinsame Nachvermittlungskaktion

Bei der gemeinsamen Nachvermittlungskaktion der IHK, der Handwerkskammer, der Agenturen für Arbeit und weiteren Partnern im September ist fast allen teilnehmenden Jugendlichen ein Angebot zur Ausbildung oder zur Einstiegsqualifizierung gemacht worden. 229 bisher unverSORgte Jugendliche waren eingeladen, von denen allerdings nur 56 den Rat der Experten einholten.

Bestenehrung der IHK Bremerhaven

Die Berufsausbildung mit der Note „Sehr gut“ abzuschließen – das gelang 26 jungen Frauen und Männern im Jahr 2014. Sie wurden in einer Feierstunde der IHK Bremerhaven geehrt. Insgesamt gab es 759 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Winterprüfung 2013/2014 und der Sommerprüfung 2014. Für ihre herausragenden Prüfungsergebnisse erhielt der Berufsnachwuchs Urkunde und Präsent aus den Händen des IHK-Präsidenten Hans-Christoph Seewald. Er dankte auch den Ausbildungsbetrieben und Ausbildern, den Berufsschullehrern und den ehrenamtlich tätigen Prüfern. Zusätzlich ehrte der Präsident die Betriebe, in denen die Besten ausgebildet wurden.

Ein Handelsabkommen mit den USA bietet Chancen für die Wirtschaft, muss aber sorgsam verhandelt werden.



International

Bremen

Mehr Mut zu offenen Märkten

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) war 2014 das wichtigste Thema der internationalen Handelspolitik. Der EU-Ministerrat hatte der EU-Kommission ein Verhandlungsmandat erteilt, mit den USA ein umfassendes Freihandelsabkommen zu vereinbaren. An dem Vorhaben entzündete sich eine heftige öffentliche Debatte, initiiert von den Gegnern einer weiteren Marktöffnung. Im Zentrum der Kritik standen Vorwürfe, das TTIP würde zu intransparent verhandelt, es gefährde das hohe europäische Schutzniveau für Verbraucher und Umwelt und der angestrebte Investitionsschutz verletze das Demokratieprinzip.

Die deutschen Industrie- und Handelskammern und der DIHK waren bestrebt, die Debatte zu versachlichen. In ihrer Positionsbestimmung legen sie dar,

- dass ein Handelsabkommen aus strategischen, handelspolitischen Gründen verabschiedet werden soll. Es leiste einen Beitrag dazu, die verschiedenen, bei der WTO auf absehbare Zeit nicht lösbaren Regelungsprobleme über ein vorbildliches bilaterales Abkommen in den Griff zu bekommen – ein Abkommen, dessen Anwendungsraum knapp die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts erfasst. Damit könnte es Impulse für multilaterale Lösungen setzen;

- dass der europäische Binnenmarkt erfolgreiches Vorbild für eine gelungene und wirksame Marktintegration sei, die den Wohlstand in Deutschland erheblich gesteigert hat;

- dass es der Wirtschaft nicht darauf ankommt, Normen- und Standards zu senken, sondern Märkte für mittelständische Unternehmen zu öffnen. Eine gegenseitige Anerkennung von Standards soll nur bei vergleichbarem Niveau zugelassen werden, weshalb es auch zu keinen wesentlichen Normsenkungen kommen wird;

- dass Investitionsschutz gerade für die deutsche Wirtschaft wegen ihrer internationalen Wertschöpfungsketten grundsätzlich ein wichtiges Thema ist. Da die USA jedoch über einen leistungsfähigen und unabhängigen Rechtsschutz verfügen, sind eigene Schiedsgerichte nicht um jeden Preis erforderlich. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass modernisierte Investitionsschutzregeln mit den USA auch Vorbildwirkung für alle zukünftigen Investitionsschutz-Abkommen mit Drittstaaten haben werden. Konkrete und modernisierte Regeln stellen auch keine Gefährdung des Demokratieprinzips dar.

Dazu haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven in einer gemeinsamen Sitzung des Plenums bzw. der Vollversammlung am 15. November in Bremerhaven eine gemeinsame Stellungnahme diskutiert und schließlich bei drei Enthaltungen verabschiedet.

Beide Gremien unterstreichen in ihrer Stellungnahme,

- dass ein Abkommen mit dem Ziel verhandelt werden soll, klare, Rechtssicherheit gewährleistende und auf ihre Auswirkungen hin präzise abschätzbare Regelungen zu schaffen. Es gilt: Genauigkeit geht vor Schnelligkeit.

- Zudem soll im Ergebnis erreicht werden, dass die Daten- und Informationssysteme der europäischen Wirtschaft genügend gegen Ausspähung geschützt werden. Deutschland und die EU sollen in Gesprächen mit den USA belastbare Verbesserungen im Datenschutz erzielen.

Um die Interessen der bremischen Wirtschaft in den Verhandlungen zur Geltung zu bringen, hat die Handelskammer eine Arbeitsgruppe TTIP eingerichtet, die das konkrete Regelungsinteresse der Unternehmen erkennen und nach Brüssel übermitteln soll. An der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe nahm ein hochrangiger Vertreter der EU-Kommission teil. Eine transatlantische Marktintegration wird auch 2015 eine wichtige politische Rolle spielen. Das Europäische Parlament wird dann über ein ähnliches Handelsabkommen mit Kanada befinden müssen.

Europäisches Parlament der Unternehmen

Die bremische Wirtschaft hat am dritten „Europäischen Parlament der Unternehmen“ in Brüssel mitgewirkt. Vizepräsident Otto Lamotte, André Grobien, Mitglied des Plenums der Handelskammer Bremen, und Jens Assheuer, Mitglied der Vollversammlung der IHK Bremerhaven, nahmen als Delegierte an der Versammlung von rund 750 Unternehmensvertretern aus der EU teil. Eingeladen hatten die europäischen Dachverbände der IHKn und der Handwerkskammern. In vier Sitzungen debattierten die Wirtschaftsvertreter mit EU-Politikern aktuelle Fragen der Außenwirtschaftspolitik, der Fachkräftesicherung,



des Zugangs zu Finanzierungen und der Energiepolitik. Die Versammlung verabschiedete eine Reihe von Positionsbestimmungen. Mit dem „Europäischen Parlament der Unternehmen“ will sich die verfasste europäische Wirtschaft als kompetenter Ansprechpartner des Europäischen Parlaments präsentieren, seit den Verfassungsverträgen von Lissabon das maßgebliche Politikforum in Brüssel.

Sanktionen gegen Russland

Die Sanktionen der Nato-Staaten gegen Russland und dessen Reaktionen haben Bremer Unternehmen merklich verunsichert und ihren Informations- und Beratungsbedarf erhöht. Bereits im März 2014 hatte die EU wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim erste Sanktionen gegen Russland verhängt. Durch diese Maßnahmen wurden Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen bestimmter natürlicher und juristischer Personen eingefroren. Zusätzlich wurden ein Einfuhrverbot für Waren mit Ursprung auf der Krim und ein darauf bezogenes Finanzierungsverbot erlassen.

Diese Maßnahmen wurden später durch spezifische Investitions- und Lieferverbote in Bezug auf Infrastrukturprojekte auf der Krim ergänzt. Später verhängte die EU Exportverbote für Kriegswaffen, Güter für bestimmte Sektoren der Öl- und Gasindustrie sowie für Waren mit doppeltem Verwendungszweck (Dual-Use-Güter). Hinzu kamen Maßnahmen, die den russischen Finanzsektor treffen sollen. Im Gegenzug erließ Russland Importverbote für Agrarprodukte und Lebensmittel, die allerdings später zum Teil gemildert wurden.

Diese Sanktionen und die politische Lage haben die Stimmung im Handel und die Investitionstätigkeit russlandaktiver Unternehmen gedämpft. Die Risiken des Russland-Geschäfts haben zugenommen. Die realen wirtschaftlichen Auswirkungen blieben jedoch bisher überschaubar. Die

Handelskammer muss die Sanktionsregelungen bei der Bescheinigung von Exportdokumenten beachten, da die von ihr erstellten oder bescheinigten Dokumente nicht den Eindruck erwecken dürfen, die Annexion der Krim würde anerkannt.

Entwicklungspolitik und Wirtschaft im Dialog

Über die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Entwicklungspolitik diskutieren am 16. September 2014 Unternehmensvertreter mit dem Parlamentarischen Staatssekretär der Bundesregierung, Thomas Silberhorn. Ziel war es, dem Staatssekretär ein Feedback zur bisherigen Zusammenarbeit zu geben und einen konstruktiven Beitrag für eine pragmatische, die Wirtschaft einbeziehende Entwicklungspolitik zu leisten.

In dem Dialog wurden folgende Handlungsbedarfe festgestellt: Das umfangreiche Angebot der Entwicklungspolitik muss bei kleineren und mittleren Unternehmen noch bekannter gemacht werden. Die bestehenden Instrumente sollen noch stärker an die Erfordernisse des Mittelstandes angepasst werden. Hierzu zählen: Vereinfachung der Programmbeantragung und -durchführung, Schließung der Mittelstandslücke im Finanzierungsgeschäft für kleinvolumige Investitionen und Exportfinanzierungen und eine bessere Unterstützung bei internationalen Ausschreibungen der Entwicklungszusammenarbeit. Weiterhin müssen die Aktivitäten der deutschen Außenwirtschaftsförderung, der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit vor Ort in den Drittstaaten noch besser miteinander verknüpft werden. Bei Visaverfahren sowie Zoll- und Einfuhrangelegenheiten in Drittstaaten ist eine verstärkte Unterstützung sinnvoll.

Zu dem entwicklungspolitischen Unternehmergespräch hatten die Handelskammer Bremen und weitere sechs nordwestdeutsche IHKn eingeladen, die seit 2013 gemeinsam das Thema Entwicklungszusammenarbeit verfolgen und der Wirtschaft im Nordwesten Informations- und Unterstützungsdienste anbieten. Dabei kooperieren die Kammern eng mit dem Bun-

desministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das für die Nordwestregion eine Expertin (sog. EZ-Scout) in die Handelskammer Bremen entsandt hat. So wurden der regionalen Wirtschaft seit Mitte 2013 in mehr als 25 Veranstaltungen und mehr als 130 Beratungsgesprächen die Angebote der Entwicklungszusammenarbeit erläutert, es wurden konkrete Projektideen entwickelt und Anträge unterstützt.

Menschenrechte und Außenwirtschaft

Der Schutz der Menschenrechte wird bei internationalen aktiven Unternehmen eine immer wichtigere Rolle spielen. Es müssen klare und überschaubare Regelungsrahmen für die Wirtschaft entwickelt werden, damit die Unternehmen die gebotene Sorgfalt zum Schutz der Menschenrechte in ihrem Einflussbereich auch einhalten können. Eine extensive Gestaltung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten durch Vorschriften und Gerichte soll vermieden werden. Es darf nicht dazu kommen, dass die Staaten aus ihren Schutzpflichten entlassen werden oder gar die Wirtschaft an ihrer Stelle in Anspruch genommen wird.

Zu dieser Einschätzung kam der Außenwirtschaftsausschuss der Handelskammer, der sich mit den UN-Menschenrechtsleitlinien befasste. Nach den Bundestagswahlen hatte die Regierung angekündigt, sie in Deutschland umzusetzen. Die UN-Leitlinien waren 2011 verabschiedet worden. Sie regeln erstmals im Konsens die Verantwortung der Staaten und Unternehmen für den Schutz der Menschenrechte. Sie kamen damit den Interessen der Wirtschaft entgegen, nicht anstelle der Staaten für den Schutz der Menschenrechte in Anspruch genommen zu werden.

Dagegen beschreiben die Leitlinien aber auch den Rahmen für die „gebotene Sorgfalt“ der Unternehmen, die sich hier



Das Ehrenamt der Handelskammer empfing 2014 Diplomaten unter anderem aus (v.l.) den Niederlanden, China, Kolumbien, Griechenland und Montenegro.

aus ergeben. Die Umsetzung und Reichweite der Sorgfaltspflichten ist bislang noch ungeklärt. Absehbar ist, dass sich die Verantwortung der Unternehmen auf die gesamte Lieferkette erstrecken wird.

Wirtschaft besucht Metropolen in Asien

Hongkong, Shanghai und Seoul waren Mitte Juni 2014 die Destinationen einer Delegationsreise der nordwestdeutschen Wirtschaft. Unter Leitung von Präses Christoph Weiss und Wirtschaftssenator Martin Günthner informierten sich 40 Wirtschaftsvertreter über Geschäftsmöglichkeiten und Potenziale in den schnell wachsenden Zentren Asiens. Kontakte zu Unternehmen aus Groß- und Außenhandel, Logistik und wichtigen Industriebranchen wurden neu geknüpft oder intensiviert.

Die drei Städte zeigten sich besonders interessant für die Zukunftsbranchen Nordwestdeutschlands: Logistik, Hafenwirtschaft, Maschinenbau und -handel sowie Lebensmittelindustrie. Wichtige Programmpunkte der Reise waren die Besichtigung der Hafenanlagen des Reedereikonzerne Orient Overseas Container Line (OOCL) und des neuen Kreuzfahrtterminals in Hongkong, die Messe „transport logistic“ in Shanghai sowie die Besuche der Produktionsstätten von KIA Motors und Continental in Seoul. Darüber hinaus gab es Treffen mit dem deutschen Botschafter Rolf Mafael, den Generalkonsuln Dr. Nikolaus Graf Lambsdorff und Wolfgang Röhr, Vizepremierminister a. D., und Siemens-Korea-CEO Dr. Jong Kap Kim sowie dem Vorstandsvorsitzenden von OOCL, Andy Tung.

Die Delegationsreise war unter Federführung der Handelskammer Bremen vorbereitet worden. Die jährlichen Wirtschaftsreisen sind eine gemeinsame Aktivität der vier Industrie- und Handelskammern der Metropolregion Bremen-Oldenburg, die sich bei der Federführung turnusmäßig ablösen.

Präsentation in Osteuropa

Im April war Bremen Partner der Deutschen Woche in St. Petersburg und präsentierte sich mit vielen Programmaktivitäten. Dazu gehörten Gespräche mit Vertretern der Region St. Petersburg und Veranstaltungen im Kultur- und Wissenschaftsbereich. Der abschließende Wirtschaftstag unter dem Titel „Vielfalt und Innovationen Made in Bremen“ war unter maßgeblicher Beteiligung der Handelskammer vorbereitet worden. Er bot zahlreichen Bremer Unternehmen die Gelegenheit, Bremens Kompetenzen in Logistik, Automotive, Energie und anderen Branchen vorzustellen. Wirtschaftssenator Martin Günthner sowie Vizepräses Frank Dreeke betonten die Bedeutung dieser starken Branchen für die Kooperation mit Russland. Die Teilnahme von rund 100 Firmenvertretern zeigte das Interesse der Petersburger Wirtschaft trotz der schwierigen Rahmenbedingungen an einer Zusammenarbeit mit der norddeutschen Region.

Der Tag der Deutschen Einheit bot den Anlass, in der Deutschen Botschaft in Warschau für die Stärken Bremens zu werben. Die Botschaft, der Senator für Wirtschaft und Häfen, die WFB Wirtschaftsförderung Bremen, die deutsche Auslandshandelskammer und die Handelskammer Bremen bereiteten eine Reise für Wirtschaft und Politik in die polnische Hauptstadt vor. Angeführt wurde die 40-köpfige Delegation von Senator Martin Günthner, Staatsrat Dr. Heiner Heseler und Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger. Ca. 1.200 polnische Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur nahmen an dem Botschafts-Event teil. Bei einem Business Breakfast wurde der Standort Bremen dem polnischen Publikum vorgestellt: Die Unternehmen Detlef Hegemann Dredging GmbH, Nehlsen AG und EWE berichteten über ihre Branchen. Auf dem Programm standen außerdem Gespräche mit polnischen Regierungsvertretern, eine Visite beim Hellmann Worldwide Logistics und eine Podiumsdiskussion von bremenports.

Unternehmer in Izmir

Vom 21. bis 25. Oktober beteiligte sich die Handelskammer Bremen an einer mehrtägigen Unternehmerreise unter Federführung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen nach Izmir in der Türkei. Die 18 Delegationsmitglieder hatten Gelegenheit, Geschäftskontakte und Kooperationen in Bremens Partnerstadt aufzubauen und zu vertiefen. Das fünftägige Programm beinhaltete unter anderem Kooperationsgespräche mit einzelnen Unternehmen und Institutionen, den Besuch der zweiten Hafen- und Logistikkonferenz in Aliaga sowie die Teilnahme am offiziellen Bremen-Abend. Die Reise richtete sich vor allem an Unternehmen mit Produkten und Dienstleistungen für die Logistikbranche, Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie die Automobilindustrie.

Handelskammer als gefragter Gastgeber

Diplomaten aus 22 Ländern besuchten Bremen 2014. Die Handelskammer war in die Besuchsprogramme eingebunden und betreute eine Reihe von Gesprächen zwischen Wirtschaft und Diplomatie. Auch Wirtschaftsdelegationen aus dem Ausland waren wieder Gast in Bremen. 2014 empfing die Handelskammer Vertreter aus China, Indien, Kenia, Korea, Luxemburg, Malaysia, Malta, den Niederlanden, Russland, Südafrika, Türkei und den USA. Die Betreuung ausländischer Delegationen ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil des Standortmarketings und der Geschäftskontaktvermittlung im Geschäftsbereich International geworden. Dazu gehören die Vorbereitung von Gesprächen im Schütting, die Vermittlung von In-House-Besuchen, Firmenbesichtigungen und die Ausrichtung von Empfängen und Erfahrungsaustauschen sowie die Begleitung zu Terminen vor Ort.



Besuch einer
Wirtschaftsdelegation
aus Groningen

Im Frühjahr besuchte eine Delegation des nordniederländischen Unternehmerverbandes unter der Leitung des Kommissars des Königs der Provinz Groningen, Max van den Berg, die Handelskammer. Neben einem Empfang gab es einen Erfahrungsaustausch der 30köpfigen Delegation aus Groningen mit Bremer Unternehmern.

Maltas Präsident zu Besuch

Maltas Präsident Dr. George Abela besuchte 2014 Bremen und Bremerhaven. In der Seestadt standen unter anderem ein Besuch bei der Eurogate Container Terminal Bremerhaven GmbH sowie ein Abendessen mit Oberbürgermeister Melf Grantz und Vertretern der Hafengewirtschaft auf dem Programm. Die im Mittelmeer gelegene Republik will ihre Hafentätigkeiten ausbauen; die Region soll zu einem zentralen Umschlagplatz werden. Dafür strebt sie eine intensive Zusammenarbeit mit Unternehmen im Bundesland Bremen an. In der Stadt Bremen wurde die Delegation vom Präsidenten des Senats, Jens Böhrnsen, zu einem Empfang mit Akteuren aus Politik und Wirtschaft im Rathaus eingeladen. Der Staatsbesuch bot Gelegenheit für einen Erfahrungsaustausch von Unternehmern beider Länder im Haus Schütting. Geleitet und moderiert wurde das Gespräch von dem Wirtschaftsminister Maltas, Dr. Christian Cardona, und Vizepräsidentin Wiebke Hamm.

Handelskammer hilft Investoren in Fragen des Ausländerrechts

Mehr als 200 potenzielle Investoren aus dem Ausland nahmen 2014 die Unterstützung der Handelskammer in Anspruch. Sie kamen von außerhalb der EU und benötigten für ihre Betätigung in Deutschland eine amtliche Erlaubnis, die auch von wirtschaftlichen Kriterien abhängt. Die Handelskammer hat in den Verfahren die Aufgabe, die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Erlaubnis zu prüfen. In den Gesprächen mit den Investoren werden in der Regel auch Fragen des Ausländerrechts und Fragen zu Gründung und Niederlassung berührt.

Aufgrund ihrer Prüfungen und Beratungen erarbeitete die Handelskammer knapp 90 Stellungnahmen für die Ausländerbehörden. In den allermeisten Fällen folgten diese der Empfehlung der Kammer. 70 Stellungnahmen betrafen Niederlassungsvorhaben in der Groß- und Außenhandelsbranche, die anderen Vorhaben den Bereich Einzelhandel und Gastgewerbe sowie den Verkehrssektor. Die Antragsteller kamen dabei mehrheitlich aus China, ferner aus Afghanistan, Ägypten, Angola, Bahrain, Ghana, Indien, Iran, Kanada, Mazedonien, Pakistan, Russland und der Türkei.

Zehn Jahre Ländernetzwerke

Die acht Ländernetzwerke der Handelskammer Bremen trafen sich 2014 regelmäßig, je nach Thema in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten, und zu rund 20 Terminen. Diskutiert wurden aktuelle Entwicklungen in den Zielländern. Themen der Veranstaltungen waren unter anderem die Situation nach den Wahlen in Indien und

der Türkei, die Markterschließung in China, rechtliche Fragen und Rahmenbedingungen in den arabischen Ländern und das Arbeitsrecht in der Türkei. Die regelmäßigen Treffen sowie das vielfältige Angebot von Fachbeiträgen und Praxisberichten ermöglichten den Mitgliedern, sich auf den Geschäftsalltag in anspruchsvollen Märkten vorzubereiten und ihre Erfahrungen auszutauschen. Ländernetzwerke der Handelskammer gibt es für China, Indien, Russland, Türkei, Lateinamerika, Nordafrika, Subsahara-Afrika und Nordamerika. Das erste Netzwerk wurde 2004 für China gegründet. Die Ländernetzwerke haben rund 1.200 Mitglieder.

Arbeitsmarktperspektiven internationaler Hochschulabsolventen

Das Netzwerk „Arbeitsmarktperspektiven internationaler Hochschulabsolventen“ besteht aus Vertretern der Bremer Hochschulen, der Handelskammer Bremen, der Agentur für Arbeit, der Ausländerbehörde, Karrierenetzwerken und Unternehmen. Es ist offen für alle, die sich zum Ziel setzen, internationalen Hochschulabsolventen eine Arbeitsmarktperspektive vor allem in Bremen und der Metropolregion Nordwest zu bieten. Koordiniert und gesteuert wird das Netzwerk von der Handelskammer Bremen. Im Herbst 2014 wurde ein Mentoren-Programm für internationale Studierende vereinbart. Zudem stellten Handelskammer und Uni Bremen das Netzwerk bei einer Tagung den Leitern der Akademischen Auslandsämter und der Auslandsbeauftragten der deutschen Hochschulen vor.

Bremerhaven

Botschafter Rumäniens zu Gast

Der rumänische Botschafter Dr. Lazar Comanescu hat im April die IHK Bremerhaven besucht. Der Diplomat wurde von dem Bremerhavener Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, dem IHK-Vizepräsidenten Claus Brüggemann und IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark begrüßt. In einem Round-Table-Gespräch wurde der Wirtschaftsstandort Bremerhaven im Detail vorgestellt und es wurden die Möglichkeiten der Vertiefung bestehender Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rumänien und Bremerhaven diskutiert. Bei einem Besuch des Hafens präsentierte Ferdinand Möhring, Geschäftsführer der BLG Logistics Solution und Vorsitzender des IHK-Fachausschusses für Hafen und Verkehr, den Hafenstandort Bremerhaven.

Südafrikanische Wirtschaftsdelegation

Im Sommer bereiteten die IHK Bremerhaven und die Handelskammer Bremen gemeinsam mit den Nachbarkammern ein sechstägiges Besuchsprogramm für eine südafrikanische Delegation aus Durban in Südafrika vor. Dabei handelte es sich um Vertreter aus Unternehmen und Organisationen der maritimen Wirtschaft, Hafen- und Logistikwirtschaft aus Durban und dem Eastern Cape. Sie wurde geleitet von Durbans Vizebürgermeisterin Nomvuso Shabalala. In Bremen gab es neben Terminen im Haus Schütting Gespräche mit dem Unternehmen Hansa-Flex, dem Güterver-

kehrszentrum (GVZ), dem Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) sowie dem Mercedes-Werk. In Bremerhaven standen ein Empfang bei der IHK sowie Besuche der Bredo Werft, der German Dry Docks und des North Sea Terminals Bremerhaven an. Auch lernten die Delegation die touristische Vielfalt im Fischereihafen und in den Havenwelten kennen.

Business-Frühstück Europa: Niederlande und Dänemark

Bei einem „Business-Frühstück Europa“ im Oktober widmete sich die IHK den ökonomischen Potenzialen der Niederlande und Dänemarks. Gemeinsam mit den Vertretungen aus den beiden Auslandshandelskammern informierte die Kammer über die Möglichkeiten, die Unternehmer aus der Region in den Nachbarländern nutzen könnten. Im Anschluss daran fanden Einzelgespräche statt.

Die niederländischen Ausfuhren nach Deutschland belaufen sich auf rund ein Viertel der niederländischen Gesamtausfuhr. Die Bundesrepublik bleibt damit der bedeutendste Absatzmarkt für die niederländische Wirtschaft. Für die Bundesrepublik wiederum sind die Niederlande der wichtigste Handelspartner nach Frankreich. Auch für Dänemark ist Deutschland mit Abstand der wichtigste Handelspartner.



(v.o.) Besucher aus Durban in Bremerhaven; Rumäniens Botschafter Dr. Lazar Comanescu kam zu einem Gespräch mit der IHK-Führung zusammen; Business-Frühstück Europa



Starthilfe und Unternehmensförderung

Bremen

Der Weg in die Selbstständigkeit

Nachdem im Jahr 2013 das Gründungsinteresse bundesweit seit dem Beginn der Aufzeichnung der IHK-Gründungsstatistik 2002 auf einen historischen Tiefpunkt gesunken war, kehrte sich der Trend 2014 erstmals leicht um. Hauptgrund für das aber weiterhin niedrige Niveau ist die gute Arbeitsmarktlage. Der Druck zu so genannten „Not-Gründungen“ aus der Erwerbslosigkeit ist gering und qualifizierte Fachkräfte finden in abhängiger Beschäftigung gute Perspektiven.

Bestätigt wird dieser Bundestrend auch durch eine statistische Zeitreihe des Instituts für Mittelstandsforschung, Bonn. Waren es 1997 noch rund 507.000 gewerbliche Existenzgründungen, sank ihre Zahl bis 2013 auf 338.000. In Bremen blieb die Zahl der gewerblichen Existenzgründungen im Vergleich der Jahre 2012/2013 nahezu konstant bzw. es gab ein leichtes Plus von 0,7 Prozent (2012: 3.487, 2013: 3.513).

Die Entwicklung auf Bundesebene spiegelt sich auch in Bremen wieder: 2012 wurden 970 Gründerinnen und Gründer beraten, 2013 waren es 870 und 2014 stabilisierte sich diese Zahl auf 860. Bremen verfügt als Stadtstaat mit kurzen Wegen über eine hervorragende Struktur für Hilfeangebote und Beratungsmöglichkeiten für Gründungswillige. Dies gilt vor allem für die Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN und den Unternehmensservice Bremen. Letzterer ist in der Handelskammer Bremen angesiedelt.

Die Handelskammer Bremen selbst unterstützt Gründerinnen und Gründer mit individuellen Beratungen und vielfältigen

Seminaren. Hauptanziehungspunkt ist das Existenzgründungsseminar der Handelskammer „Der Weg in die Selbstständigkeit“. Die Handelskammer Bremen hat zu diesem Themenkomplex, zu dem auch die Unternehmensnachfolge gehört, 14 Veranstaltungen mit 550 Teilnehmern durchgeführt.

Darüber hinaus hat sich die Handelskammer an vielen Initiativen für Gründerinnen und Gründer beteiligt. Besonders hervorzuheben ist hier der B.E.G.IN-Gründungstag 2014, der mehr als 820 Gäste wieder ins Musical-Theater Bremen zog.

1. Bremer Unternehmensnachfolgetag 2014

Am 16. Oktober 2014 fand der erste Bremer Unternehmensnachfolgetag auf Initiative der Handelskammer Bremen statt. Mitgewirkt haben die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, der Bankenverband Bremen, das RKW Bremen und der Steuerberaterverband im Lande Bremen. Hintergrund war, dass die Unternehmensnachfolge insbesondere für kleine und mittlere inhabergeführte Unternehmen ein wichtiges Thema ist. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Unternehmensübergabe liegt in der geordneten und strategischen Planung dieses Prozesses. An der Veranstaltung haben 110 Gäste teilgenommen.

Mittelstandsforum 2014: Unterstützung durch Externe

Möglichkeiten der Unterstützung externer Dienstleister bei der Unternehmensführung waren Thema eines neuen Veranstaltungsformats im Juli 2014. Gerade kleine und mittlere, inhabergeführte Unternehmen können bei den vielfältigen Fragen im betrieblichen Alltag nicht auf betriebliche Stabsstellen zurückgreifen und benötigen

den Rat Dritter. Das kann steuerliche, wirtschaftsrechtliche, betriebswirtschaftliche, ingenieurtechnische, Marketing- oder personalorientierte Aspekte berühren. Vertreter der relevanten Dienstleistungsbereiche haben in Kurzvorträgen Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und 100 Gäste im Haus Schütting über Alternativen informiert.

Bremer Unternehmertage 2014: Wachstum durch Innovation

Zum zehnten Mal veranstaltete die Handelskammer Bremen gemeinsam mit der Universität Bremen und der Jacobs University die Bremer Unternehmertage. Unter dem Titel „Wachstum durch Innovation – Jenseits von Produkten das Neue gestalten und managen“ wurde am 25. und 26. September deutlich gemacht, wie der Mittelstand von Innovationen profitieren kann. Die traditionelle vorabendliche Kaminrede zum Auftakt im Haus Schütting hielt Dr. Rolf Hollander, Vorstandsvorsitzender der Neumüller Cewe Color Stiftung, Oldenburg. Der folgende Campus-Tag im Ringhotel Munte durchleuchtete die Wege vom Innovations- zum Wachstums- und Erfolgsschub aus verschiedenen Perspektiven und in interaktiver Form. Renommierete Praktiker und Wissenschaftler und insbesondere auch das Auditorium trugen zum Erfolg der Unternehmertage bei. Um den Netzwerkgedanken der Veranstaltung weiter auszubauen, wurde die Diskussion erstmals auch nach der Tagung in Workshops fortgesetzt und vertieft.



Der Generationswechsel in den Unternehmen stand im Fokus des 1. Bremer Unternehmensnachfolgetages. Bis 2018 stehen in Bremen 1.200 Familienunternehmen vor der Übergabe.

Bremerhaven

Veranstaltungsreihe zur Betriebsübernahme

Im Februar wurde die Veranstaltungsreihe zum Thema Betriebsübernahme fortgesetzt. Träger sind die IHK Bremerhaven, die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, die jetzige Weser-Elbe-Sparkasse und die Volksbank Bremerhaven-Cuxland. Beim dritten Forum standen die steuerlichen Aspekte bei der Betriebsnachfolge und die Besonderheiten der Übergabe eines Unternehmens an Mitarbeiter im Zentrum. Einer der Referenten war Hans-Christoph Seewald, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Präsident der IHK Bremerhaven.

Einzelhandel, Tourismus, Recht

Bremen

Entwicklung des Einzelhandels

Das Konzept zur Bremer Innenstadt 2025 stellt einen grundlegenden Handlungsrahmen zur Weiterentwicklung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile dar. Die Handelskammer hatte es gemeinsam mit den Senatoren für Umwelt, Bau und Verkehr sowie für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in Auftrag gegeben. Jetzt müssen die zahlreichen Projekte des Konzeptes systematisch umgesetzt werden. Die Handelskammer Bremen ist sowohl in der Umsetzungsrunde als auch im Lenkungskreis vertreten. Da die öffentlichen Finanzmittel begrenzt sind, wird die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Investoren wichtiger werden.

Ein positives Beispiel für die Innenstadtentwicklung könnte das Einzelhandelsgroßprojekt Ansgariquartier werden, mit dem rund 35.000 Quadratmeter an zusätzlicher Einzelhandelsfläche im westlichen Bereich der Altstadt geschaffen werden. Die Handelskammer hatte wiederholt auf eine zeitnahe Umsetzung gedrängt und sich mit Nachdruck für das Projekt ausgesprochen. Sie hat ferner mehrfach darauf hingewiesen, dass die verkehrliche Erreichbarkeit auch für den motorisierten Individualverkehr von großer Bedeutung für das Ansgariquartier und die Innenstadt insgesamt bleiben wird. Überdies war sie in der Jury für die Auswahl des Projektes vertreten. Gegenwärtig verhandeln die Stadt und der Investor. Spätestens im Frühjahr 2015 soll feststehen, ob das Projekt Ansgariquartier verwirklicht werden kann.

Große Bedeutung für den Einzelhandel behält der Online-Handel mit einer Fülle verschiedener Vertriebsplattformen und

Dienstleistungsangebote. Gerade kleine Unternehmen stehen vor der Frage, ob sich der Aufwand für die Nutzung des Internets als Verkaufsplattform lohnt. Viele Betriebe sehen sich zudem gefordert, den persönlichen Verkauf weiter zu professionalisieren, um dem Online-Handel mit einer besonderen Beratungskompetenz und einer gestärkten Serviceorientierung zu begegnen.

In der Veranstaltungsreihe „Forum Vertrieb“ hat die Handelskammer 2014 eine Reihe von Servicethemen vorgestellt. Weiterhin hat sie diskutiert, ob und wie die Technologiekompetenz des Einzelhandels gestärkt werden kann und ob virtuelle Vertriebsplattformen die bestehenden Einzelhandelsstrukturen der Stadt ergänzen können.

Die fortschreitende Digitalisierung des Einzelhandels und die damit verbundenen Möglichkeiten, Waren aller Art zu bestellen und zu bezahlen, wird auch zukünftig einen erheblichen Einfluss auf die Struktur der Branche haben. Der Handel in städtischen Zentren verfügt dabei über eine gute Ausgangslage, wenn die Potenziale zur Aufwertung der Innenstadt und der Stadtteile ausgeschöpft und die Qualität der Einkaufslagen erhalten und auch gestärkt werden. Die Handelskammer prüft hier, welche konkreten Beratungsleistungen benötigt werden, um die Unternehmen im Einzelhandel zukunftsfest zu gestalten.

Eine enorme Herausforderung stellt die Digitalisierung des Einzelhandels dar, die nur als Gemeinschaftsaufgabe und im Schulterschluss mit allen Beteiligten zu bewältigen sein wird. Die Handelskammer Bremen setzt sich dafür ein, die Attrakti-



2014 tagte der BID-Bundeskongress in Bremen und zeigte einmal mehr, dass Stadtentwicklungsinitiativen auf Erfolgskurs sind. Auch die Sögestraße (im Bild) hat ein BID.

vität städtischer Zentren zu erhalten und die Kompetenz der Unternehmen zur Nutzung zukunftsweisender Vertriebsmodelle zu stärken.

Delegationsreise nach Leipzig

Am 24. und 25. September unternahm der Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen eine Delegationsreise nach Leipzig. Besucht wurden der Leipziger Hauptbahnhof in seiner Funktion als Einzelhandelsstandort, das Einkaufszentrum „Höfe am Brühl“ und das Amazon-Vertriebszentrum vor den Toren der Stadt. Zudem gab es eine Stadtführung und ein Treffen mit Mitgliedern des Einzelhandelsausschusses der IHK Leipzig.

Leipzig bietet trotz einer geringeren Kaufkraft und einer geringeren Sogwirkung auf das direkte Umland rund 30 Prozent mehr Einzelhandelsfläche in der Innenstadt als Bremen. Am Amazon-Standort werden im Weihnachtsgeschäft täglich mehr als 900 Lkw abgefertigt. Mit rund 75.000 Quadratmetern ist das Warenlager so groß wie elf Fußballfelder. Der unmittelbare Vergleich des stationären Handels in der Innenstadt mit dem Internetversandhandel auf der grünen Wiese prägte diese Delegationsreise.

Projektarbeit zur Bedeutung der Wallanlagen

Das Innenstadt-Konzept 2025 sieht eine deutliche Verbesserung und Aufwertung der innerstädtischen Bereiche vor. Eines der Ziele ist es, die Stadt über den Altstadtbereich hinaus zu entwickeln und zu stärken. Dies betrifft zum Beispiel die Funktion der Wallanlagen. Gemeinsam mit der Hochschule Bremen hat die Handelskam-

mer daher das Projekt „Wem gehört das Grün“ initiiert. Studenten der Studiengänge Architektur und Environmental Design haben sich mit den Möglichkeiten zur Nutzung der Wallanlagen beschäftigt und zum Teil sehr kreative Lösungen angeregt. So wurde neben der Untertunnelung der Wallanlagen auch über den Bau von Aussichtstürmen diskutiert.

Der Studiengang Angewandte Freizeitwissenschaften und Tourismusmanagement wiederum schlug vor, die Beschilderung zu verbessern und mehr Feste und Veranstaltungen durchzuführen. Möglich ist auch eine Vermietung von Ruderbooten, was einen touristischen Mehrwert schaffen könnte. Die Ergebnisse wurden öffentlich ausgestellt, die Tageszeitungen berichteten mehrfach und im Oktober gab es eine Podiumsdiskussion. Ob die Wallanlagen in Zukunft nur ein Durchgangsquartier bleiben oder eine Zieladresse für Freizeitaktivitäten werden können, bleibt abzuwarten. Die Handelskammer Bremen wird sich dafür einsetzen, dass die Wallanlagen mit einem verbesserten Angebot versehen und damit für die Besucher der Stadt sichtbar werden.

Gemeinsame Einzelhandelsausschuss-Sitzungen

2014 wurde der Ausschuss Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen der Handelskammer Bremen erstmals nach Bremerhaven eingeladen, um mit den Mitgliedern des dortigen Ausschusses für Absatzwirtschaft, Handel und Dienstleistungen zusammenzukommen. Themen waren der Wirtschaftsstandort Bremerhaven besonders mit Blick auf den Einzelhandel und die Entwicklung der Stadt Bremerhaven. Im September besuchten die Ausschussmitglieder der IHK Bremerhaven Bremen. In dieser Sitzung stand der Wirtschaftsstandort Bremen im Mittelpunkt, und es wurden Themen benannt, die für beide Standorte besonders relevant sind. Diskutiert wurde ferner über die Nutzung des Online-Handels und das Konzept zur Stärkung des bremischen Einzelhandels.

BID-Bundeskongress in Bremen

Am 19. und 20. November fand in der Handelskammer Bremen der sechste BID-Bundeskongress statt. Business Improvement Districts (BID) sind Standortgemeinschaften auf gesetzlich verpflichtender Grundlage, die gemeinsam an der Aufwertung von Einkaufsstraßen und Stadtquartieren arbeiten. Das Modell dieser Standortgemeinschaften stammt aus Kanada und ist vor rund zehn Jahren erstmals auch in Deutschland umgesetzt worden. Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik 30 BIDs. Spitzenreiter ist die Stadt Hamburg mit zehn Gemeinschaften. Grundlage eines BID ist die Pflichtmitgliedschaft in einer Solidargemeinschaft, zu der jeder Grundeigentümer im BID-Bezirk eine Abgabe zu leisten hat. In Bremen sind zurzeit zwei Gemeinschaften aktiv, wobei eine dritte Standortgemeinschaft möglicherweise verlängert wird. Mit dem BID-Bundeskongress, den die Handelskammer gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Wirtschaftsressort und der Wirtschaftsförderung Bremen veranstaltet hat, sprach die Handelskammer auch ihre Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit der BID-Standortgemeinschaften in Bremen aus.

Der Bundeskongress brachte Akteure und Interessierte aus ganz Deutschland zusammen. Zudem nahmen auch ausländische Delegationen teil, unter anderem eine Gruppe aus Südafrika. Einer der Höhepunkte war die Verleihung des BID-Awards. Der Preis würdigt vorbildliche Initiativen und das besondere Engagement der BID-Akteure zum Erhalt lebendiger Zentren.

Die Handelskammer unterstützt die Gründung von BIDs, berät Interessierte, ist Mitglied im BID-Koordinationskreis und hat zudem die Aufgabe, die Mittelverwen-

Leistungsbilanzen

derung zur kontrollieren. BIDs bieten nach ihrer Überzeugung einen Weg, städtische Quartiere mit Mitteln aufzuwerten, die weit über die Möglichkeiten der öffentlichen Hand hinaus reichen. Kernthemen sind Sicherheit, Sauberkeit, Gestaltung des öffentlichen Raumes und Durchführung von Veranstaltungen. Das BID-Modell bietet eine gute Grundlage, um auf Einzelhandelsstandorte aufmerksam zu machen und Kunden zurück in die städtischen Zentren zu führen. Über die Aufnahme und die Fortsetzung eines BID entscheiden die Akteure vor Ort.

Neue Pflichtaufgaben in der Gewerbeordnung

Die Handelskammer hat neue Pflichtaufgaben übernommen. Nachdem sie 2007 bereits die Zuständigkeit für die Erlaubniserteilung und Registrierung der Versicherungsvermittler erhalten hatte, kam 2013 die Zuständigkeit für Finanzanlagenvermittler hinzu. Seit dem 1. August 2014 ist sie auch für die Registrierung und Erlaubniserteilung von Honoraranlagenvermittlern zuständig. Alle drei Aufgaben beruhen auf einer Maßgabe des europäischen Parlaments, das den Verbraucherschutz stärken wollte. Nicht in jedem Fall ist allerdings die IHK-Organisation in Deutschland zuständig. Während die Sachkundeprüfung und die Registrierung der Vermittler bundeseinheitlich an die Industrie- und Handelskammern übertragen worden ist, wurde die Erlaubniserteilung für Finanzanlagen- und Honoraranlagenvermittler regional unterschiedlich geregelt. Über die neuen Pflichtaufgaben hat die Handelskammer die Branche in einer Reihe von Veranstaltungen informiert: „Prüfberichte für Finanzanlagenvermittler“ und „Gut beraten – Welche Änderungen im Bereich der Weiterbildung kommen auf die Versicherungsbranche zu?“

Sachverständige für die Wirtschaft

Sachverständige sind aus dem Wirtschaftsleben in Bremen nicht mehr wegzudenken. Als Gutachter, Berater, Streitschlichter, Geräteprüfer und auch im Umweltbereich gibt es eine große Nachfrage nach ihnen. Die Handelskammer Bremen hat knapp 150 Sachverständige in mehr als 50 Gebieten bestellt. Damit liegt Bremen in der Spitzengruppe der norddeutschen Kammern. Neben den Neubestellungen und Verlängerungen obliegt ihr auch entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Betreuung, Information und Weiterbildung der Sachverständigen. Um das gesetzlich geforderte Niveau zu gewährleisten, werden die Sachverständigen kontrolliert, Beschwerden aufgenommen und überprüft. Die regelmäßigen Überprüfungen wurden 2014 auf eine neue Basis gestellt, um auch künftig Wirtschaft und Verbrauchern fachlich geeignete und angemessen qualifizierte Sachverständige zur Verfügung stellen zu können. Pro Jahr werden knapp 700 Anfragen von Unternehmen, Gerichten, Behörden und Verbraucher bearbeitet.

Wirtschaft und Justiz

Die Handelskammer stellt traditionsgemäß außergerichtliche Verfahren zur Streitbeilegung zur Verfügung: das Schiedsgericht der Handelskammer, die Einigungsstelle zur Beilegung von wettbewerbsrechtlichen Streitigkeiten und das Wollschiedsgericht. Außerdem benennt sie Unternehmer, die ehrenamtlich als Handelsrichter, Finanzrichter und Verwaltungsrichter unmittelbar bei staatlichen Gerichten tätig sind. Die von der Landesregierung bei der Handelskammer errichtete Einigungsstelle ist ein Schwerpunkt der streitschlichtenden Tätigkeit der Kammer. Bedeutsam ist hier die ehrenamtliche Mitarbeit von Unternehmerinnen und Unternehmern als Beisitzer. Mit Hilfe der Einigungsstelle gelingt es, Wettbewerbsstreitigkeiten zwischen Unternehmen außergerichtlich zu klären. Die Verfahren können zügig abgewickelt werden und führen in der Regel zu einem gütlichen Ausgleich zwischen den Parteien.

Bremerhaven

Wettbewerb „Servicequalität. Unser Kurs“

94 Bremerhavener Betriebe aus allen Branchen und Stadtteilen nahmen 2014 an dem Wettbewerb „Servicequalität. Unser Kurs“ teil. Von Mitte Mai bis Mitte Juli konnten die Kundinnen und Kunden sie bewerten. Die Unternehmen erhofften sich von der Teilnahme Anregungen für einen besseren Service. Im Fokus der Bewertung standen Mitarbeiterfreundlichkeit, Beratungsqualität und Kundenorientierung.

Den Wettbewerb hatte die Marketinginitiative Bremerhavener Quartiere als Zusammenschluss der örtlichen Werbegemeinschaften unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Melf Grantz gemeinsam mit der Tourismusgesellschaft Erlebnis Bremerhaven GmbH initiiert. Sie arbeiteten mit zahlreichen Partnern und Paten zusammen.

Der Wettbewerb ist aus Sicht seiner Organisatoren ein herausragender Beitrag der Kampagne, mit der Bremerhaven zur servicefreundlichsten Stadt an der deutschen Nordseeküste werden will. Für diese Kampagne hatte sich im Frühjahr ein breites Bündnis formiert. Dazu gehören der Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, der Handelsverband Nordwest, die Industrie- und Handelskammer und die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde.



Wirtschaftsempfang mit dem Ehrengast, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (r.)



Public Relations

Bremen

Wirtschaftsempfang an der Jacobs University Bremen

Am 1. Juli 2014 fand der siebte Wirtschaftsempfang der Handelskammer mit rund 500 Gästen im Sports and Convention Center der Jacobs University statt. Ehrengast Stephan Weil, niedersächsischer Ministerpräsident und amtierender Präsident des Bundesrates, hielt einen Festvortrag über die „Perspektiven für den Nordwesten“. Er betonte den Schulterschluss Niedersachsens und Bremens bei der Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs und bei zentralen norddeutschen Infrastrukturprojekten. Die Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer bei der Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes stellte er außerdem besonders heraus. Der Ministerpräsident bekannte sich zu einer leistungsfähigen Wirtschaft in der Metropolregion; zukunftsweisende Schlüsselressourcen seien der Wind („Rohstoff des Nordens“) und die Bildung. Zuvor begrüßten Handelskammer-Präsident Christoph Weiss, Bürgermeister Jens Böhrnsen und die Präsidentin der Jacobs University, Professorin Dr. Katja Windt, die Gäste.

Handelskammer häufig in den Medien

Ehrenamt und Hauptamt der Handelskammer Bremen sind bei den Medien in Bremen und in der gesamten Metropolregion Nordwest begehrte Ansprechpartner. Dies zeigt sich an der 2014 erneut gestiegenen Zahl an Veröffentlichungen in regionalen und überregionalen Printmedien sowie On-

line und an Sendungen im Hörfunk und Fernsehen. Mehr als 1.500-mal wurde die Handelskammer erwähnt und hat ihre Themen in der Öffentlichkeit platziert. Etwa 80 Pressemitteilungen wurden verschickt; Journalisten wurden zu rund 30 Pressegesprächen und weiteren Veranstaltungen eingeladen.

Veranstaltungsreihe: Medien im Blick

Mit dem Workshop „Social Media für Ihr Unternehmen“ von Ariane C. Redder (Webmen Internet/redder.me) begann am 7. Februar 2014 die Veranstaltungsreihe „Medien im Blick“. Das richtige Handwerkszeug für einen überzeugenden öffentlichen Auftritt erhielten die Teilnehmer des Workshops „Public Speaking – souverän kommunizieren“ von Matthias Hill (Hill Media) am 7. März 2014. Beate Hoffmann (Bremer Medienbüro) erläuterte in ihrem Workshop „Story-Telling und Story-Selling – Geschichten mit starker Wirkung“ am 14. März 2014, wie Unternehmen spannende Themen für ihre Pressearbeit aufbereiten können.

Dieser Workshop wurde in der zweiten Jahreshälfte aufgrund des hohen Interesses am 17. Oktober nochmals angeboten – ebenso der Workshop von Ariane C. Redder, die das Thema „Social Media“ mit dem Schwerpunkt „Facebook“ am 14. November 2014 vertiefte. Im Verlauf des Jahres nahmen rund 50 Mitarbeiter aus kleinen und mittleren Unternehmen an der Reihe „Medien im Blick“ teil

Internet - Informationen rund die Uhr

Die Website der Handelskammer bietet einen Überblick über ihr gesamtes Leistungsspektrum, informiert über bevorstehende Veranstaltungen, wirtschaftliche

Entwicklungen und Ereignisse. Zudem ist sie Anlaufstation für unternehmerische Fragen. Rund 225.000 Besucher schauten 2014 auf der Website der Handelskammer vorbei; das sind im Durchschnitt täglich mehr als 600 interessierte Personen.

Um die Arbeit der Handelskammer im Internet in kurzer und anschaulicher Weise zu erläutern, hat der IHK24 e. V. weitere Erklärvideos produziert. Sie sind sowohl auf der Website der Handelskammer als auch in den sozialen Medien zu finden. Behandelt werden die Themen Ursprungszeugnis, Business-Plan, Sachverständigenwesen, Innovationsförderung und Carnet.

Nutzung der sozialen Medien

Die Handelskammer ist in mehreren sozialen Medien aktiv. Dazu gehören die offizielle Facebook-Seite, die Facebook-Seite „Deine Kammer“ zum Thema Ausbildung und Weiterbildung, die Google+ Seite und die XING-Gruppe „new_kammer bremen“, der Online-Treffpunkt für Unternehmer und Gründer. Hier steht sie täglich im Dialog. Eine neue Kontaktmöglichkeit wurde auf Twitter eingerichtet. Zudem nutzt die Handelskammer die Online-Plattform Scribd, um ihr Magazin „Wirtschaft in Bremen“ sowie ihre Broschüren zu veröffentlichen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ausschuss Informations-technologie, Design und Medien

Über Fachkräfte, die Medien- und Kreativausbildung und über das Thema Innovation wurde in den Sitzungen des Ausschus-



Großer Andrang herrschte auch 2014 wieder im Haus Schütting auf der Neujahrsmatinee wel.come.



Herbstkonvent der IHK Bremerhaven: (v.l.) Michael Stark, Hans-Christoph Seewald, Christoph Weiss, Uwe Beckmeyer, Peter H. Greim und Dr. Matthias Fonger

ses für Informationstechnologie, Design und Medien diskutiert. Zur Frage, wie möglichen Engpässen bei qualifizierten Mitarbeitern in den Bremer Medienbetrieben vorgebeugt werden kann, wurden die Projekte „Unternehmen treffen Schulen“ (Handelskammer) sowie „Sprache und berufliche Praxis“ (VHS Bremen, RKW Bremen, bremen digitalmedia) erörtert. Im Fokus der Aussprache über die Medien- und Kreativausbildung standen zwei neue Formate: der Master-Studiengang „Creativity Studies“, der im September 2015 in der Jacobs University Bremen startet, und der Master-Studiengang „Medienkultur“ an der Universität Bremen.

Außerdem diskutierte der Ausschuss über erste Ergebnisse der Studie „Bremsische Innovationspolitik“ des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Beim Besuch des Unternehmens team neusta im Schuppen I in der Überseestadt ging es unter anderem um das Projekt European SmartCity. Die Urbanscreen GmbH & Co. KG stellte in der Alten Schnapsfabrik ihre künftige Geschäftspolitik bei künstlerischen und kommerziellen Fassadenprojektionen auf internationaler Ebene vor.

Neujahrsmatinee wel.come: Treffen der Kommunikatoren

Ende Januar 2014 trafen sich rund 250 Kommunikationsfachleute, Kreative und Medienexperten aus der Metropolregion Nordwest zur traditionellen Neujahrsmatinee wel.come im Haus Schütting. Referent Thorben Fasching, Leiter der Fachgruppe eCommerce des Bundesverbands Digitale Wirtschaft e. V., beschrieb in seinem Vortrag, wie sich der Handel das Internet zunutze machen kann. Crossmediale Vermarktung, also die Verzahnung der Vertriebsaktivitäten, ist nach seiner Ansicht der Schlüssel zum Erfolg. Veranstalter der elften wel.come waren die Handelskammer Bremen, der Marketing-Club Bremen, der Kommunikationsverband Wirtschafts-

raum Bremen, die Vereine bremen digitalmedia und Klub Dialog sowie die Bremer Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien.

Medienzentrum mit überregionaler Bedeutung

Durch den Eintritt der Handelskammer in den Bibliotheksverbund der norddeutschen Bundesländer (GBV) und der damit verbundenen Einführung einer neuen Software (PICA) für das Archiv und die Bibliothek gab es eine erhöhte Nachfrage nach Dokumenten und Literatur. Das bestätigt die überregionale Bedeutung der Bestände des Medienzentrums. Das Archiv beantwortete eine große Anzahl von Anfragen aus dem In- und Ausland zur bremischen Kaufmanns- und Wirtschaftsgeschichte. Zahlreiche interessierte Besucher haben vor Ort in den umfangreichen Archivbeständen recherchiert. Das Archiv unterstützte zudem eine Reihe von Publikationen, wissenschaftliche Arbeiten und Ausstellungen mit Dokumenten und Fotos.

Handelskammer-Ehrung zum Jubiläum

2014 hat die Handelskammer Bremen 117 Unternehmen zu ihrem Firmenjubiläum gratuliert. Ein solches Ereignis mit einer Urkunde zu würdigen, gehört zu den Serviceleistungen, die die Kammer ihren Mitgliedsunternehmen anbietet. Daneben wurden 404 Urkunden für Firmen ausgestellt, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine mindestens 25-jährige Betriebszugehörigkeit geehrt haben.

Bremerhaven

Konvente der IHK

Neujahrskonvent Beim Neujahrskonvent der IHK Bremerhaven im Januar hielt Hans-Christoph Seewald die Hauptrede. Er ist seit dem Jahreswechsel Präsident der Kammer und Nachfolger von Ingo Kramer, der das Amt aufgrund seiner Wahl zum Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) niedergelegt hatte. Seewald hat sich bundesweit als Interessenvertreter der Wirtschaft profiliert – vor allem von 2009 bis 2013 als Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes mit mehr als 33.000 Mitgliedern. An dem Neujahrskonvent nahmen amtierende und ehemalige Mitgliedern der Vollversammlung sowie weitere Gäste teil. Präsident Seewald stellte vor dem Hintergrund des DIHK-Jahresthemas „Deutschland im Wettbewerb: Gutes Sichern. Neues Wagen“ die Chancen und Risiken des Standortes Bremerhaven dar.

Herbstkonvent Ehrengast des Herbstkonvents im Oktober 2014 war der Bremerhavener Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär und Maritimer Koordinator der Bundesregierung. Der Politiker erläuterte die Kernziele der Bundesregierung: solide Finanzen, stärkeres Wachstum, mehr



Saniert und restauriert: Gebäude der IHK in Bremerhaven

Beschäftigung sowie eine erfolgreiche Fortsetzung der Energiewende. Nach Überzeugung des Staatssekretärs wird die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eine zweite Investitionswelle auslösen. Eröffnet wurde der Konvent von Senior Peter Greim. Unter den externen Teilnehmern waren der Präses der Handelskammer Bremen, Christoph Weiss, und die Hauptgeschäftsführer der beiden Nachbarkammern Dr. Matthias Fonger (Bremen) und Dr. Joachim Peters (Oldenburg) sowie ein gutes Dutzend Plenarmitglieder der Handelskammer Bremen.

Abschied von IHK-Verwaltungsleiter Witthohn

Hans-Hermann Witthohn, der langjährige Verwaltungsleiter der IHK Bremerhaven, trat in die passive Phase der Altersteilzeit ein und wurde in einer Feierstunde verabschiedet. Seit Juli 1996 war er bei der Kammer in leitender Funktion tätig. Neben seinem Hauptamt fungierte Witthohn als QM-Beauftragter und Beauftragter für die Wirtschaftsführung.

Umfangreiche Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen

Unter der Leitung von Architekt Dr. Ing. Olaf Voßhans wurden umfangreiche Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen am Gebäude der IHK Bremerhaven vorgenommen. In enger Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege gelang es, bei dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude das äußere Erscheinungsbild wieder herzustellen. Die Kosten der Maßnahmen beliefen sich auf rund 550.000 Euro; sie wurden aus einer eigens dafür gebildeten Rücklage finanziert.

Pressearbeit der IHK Bremerhaven

Im Jahr 2014 verschickte die IHK Bremerhaven 45 Pressemitteilungen und lud Journalisten zu 5 Pressegesprächen ein.

Service

Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen im Lande Bremen

Bewachungsgewerbe 2014 hat die Handelskammer acht Unterrichtsverfahren im Bewachungsgewerbe nach § 34 a GewO durchgeführt. 120 Personen nahmen daran teil – deutlich weniger als im Vorjahr, da nach einer neuen Regelung Bildungsgutscheine der Arbeitsagentur dafür nicht mehr eingesetzt werden können. Dagegen hat sich die Zahl der Sachkundeprüfungen von 18 auf 24 erhöht, die Zahl der Teilnehmer stieg von 327 auf 338. Die IHK Bremerhaven hat im Jahr 2014 bisher 12 Unterrichtsverfahren mit 120 Teilnehmern durchgeführt. An den Sachkundeprüfungen nach § 34 a GewO, für die es bisher 12 Termine gab, beteiligten sich 66 Personen.

Gefahrgutschulungen und -prüfungen

Die Organisation der Gefahrgutschulungen in Deutschland obliegt der IHK-Organisation als Selbstverwaltung der Wirtschaft. Dazu gehören Anerkennung und Überwachung der Schulungsveranstalter für Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragte sowie die Abnahme der entsprechenden Prüfungen. 2014 wurden in Bremen rund 1.000 Gefahrgutfahrer geprüft. Die Handelskammer führte hierzu mehr als 90 Prüfungstermine durch, davon rund 50 an Samstagen. Darüber hinaus wurden mehr als 220 Gefahrgutbeauftragte in Bremen geprüft. In der IHK Bremerhaven wurden 260 Gefahrgutfahrer (2013: 217) und ein Gefahrgutbeauftragter geprüft.

Fach- und Sachkundeprüfungen für Verkehrsunternehmer

Wer erlaubnispflichtigen Güter- oder Personenverkehr betreiben will, muss in einem Genehmigungsverfahren nachweisen, dass das Unternehmen über eine sachkundige Person verfügt. Die Handelskammer Bremen prüfte 2014 insgesamt rund 70 Personen auf die hierfür erforderliche fachliche Eignung.

Berufskraftfahrerqualifikation

Seit 2008 (im Personenverkehr) bzw. 2009 (im Güterverkehr) muss jeder, der im gewerblichen Bereich Personen- und Güterverkehr durchführt, neben dem Führerschein eine zusätzliche Berufskraftfahrergrundqualifikation nachweisen. Die Prüfungen führen die Industrie- und Handelskammern durch. 2014 haben rund 160 Teilnehmer eine entsprechende Prüfung bei der Handelskammer abgelegt. Bei der IHK Bremerhaven nahmen 150 Personen (2013: 108) teil.



Die Bremer Junioren (v.l.) Nils Götzel, Sascha Füchtner und Patric Prim mit Kammer-Geschäftsführer Karsten Nowak (2.v.r.)

Die Juniorenkreise

Hanseraumkonferenz der Junioren in Bremen

Vom 29. Mai bis zum 1. Juni 2014 war der Juniorenkreis der Handelskammer Bremen der Gastgeber der Hanseraumkonferenz (HAKO). Zu dieser Großveranstaltung, die einmal jährlich in Norddeutschland stattfindet, waren 37 Juniorenkreise aus der Region von Emden bis Greifswald bzw. Flensburg bis Göttingen eingeladen. Unter dem Motto „Tradition trifft Moderne“ hatte der Bremer Juniorenkreis den rund 600 Gästen in Bremen nach intensiver Vorbereitung ein vielseitiges Programmangebot erstellt. Am Beginn stand ein „Welcome Evening“ im Hofgarten des Atlantic Grand Hotels. Am folgenden Tag wurde die Konferenz in der Oberen Rathaushalle mit einem Grußwort von Bürgermeisterin Karoline Linnert und des Hauptgeschäftsführers der Handelskammer Bremen, Dr. Matthias Fonger, fortgesetzt.

Anschließend hatten die Gäste die Möglichkeit, die Städte Bremen und Bremerhaven intensiver kennen zu lernen – in Form von Vorträgen, Seminaren, Stadtführungen und Workshops. Insgesamt gab es mehr als 100 Einzelveranstaltungen. Viele dieser Angebote widmeten sich explizit der bremischen Wirtschaft, die die Konferenz sehr unterstützt hat. So waren Betriebsbesichtigungen ebenso Teil des Programms wie fachbezogene Vorträge von bremischen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistungen. Das Abendprogramm blieb traditionell den großen Abendempfangen vorbehalten. Der abendliche Ball fand im BLG Forum statt, wo Handelskammer-Präsident Christoph Weiss und Wirtschaftsminister Martin Günthner die Gastreden hielten. Die HAKO-Party wurde in einem Flugzeughangar am Flug-

hafen Bremen gefeiert. Zahlreiche Programmpunkte gab es auch in Bremerhaven. 2015 findet die Hanseraumkonferenz in Stade statt.

Für 2014 wählten die Wirtschafts Junioren einen neuen Vorstand. Das Amt des Sprechers übernahm Sascha Füchtner, unterstützt wurde er von Nils Götzel. Als Sprecher des Vorjahres und drittes Vorstandsmitglied war Patric Prim tätig.



Vorstand der Bremerhavener Wirtschafts Junioren

Marina Peters: Sprecherin der Junioren in Bremerhaven

Zur Sprecherin der Wirtschafts Junioren Bremerhaven wurde Marina Peters gewählt. Unterstützt wurde sie von ihrem Stellvertreter Tim Czarnetzki. Weitere Vorstandsmitglieder waren Maria Groß (Past), Marco Glüsing (Finanzen), Jens Müller (Schriftführer), Sebastian Dräger (Beisitzer) und Claudia Haake (Beisitzerin). Schwerpunkt der Tätigkeit des Vorstandes war die Vorberei-

ung und Ausrichtung der Hanseraumkonferenz. Darüber hinaus organisierten die Arbeitskreise der Wirtschafts Junioren eine Reihe von Veranstaltungen, darunter den G.U.T.-Stammtisch, Fachvorträge und Betriebsbesichtigungen.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Ehrenamt der Handelskammer Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren mehr als 43.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.500 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

Mitglieder des Präsidiums

Christoph Weiss (Präses)
Matthias Claussen (Vizepräses)
Frank Dreeke (Vizepräses)
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)
Wiebke Hamm (Vizepräses)
Dr. Torsten Köhne (Vizepräses seit 26.5.2014)
Otto Lamotte (Vizepräses)
Joachim Linnemann (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)
Peter Schöler (Vizepräses)
Michael Schütte (Vizepräses seit 26.5.2014)

Mitglieder des Plenums

Annette Bengs
Ludwig Blomeyer
Kay R. Brennecke
Ursula Carl
Matthias Claussen (Vizepräses)
Dr. Günther W. Diekhöner
Jens Dörken
Frank Dreeke (Vizepräses)
Eduard Dubbers-Albrecht (Vizepräses)
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Hans Eulenbruch
Christian Freese
Marco Fuchs
Christian von Georg
Imke Goller-Wilberg
Prof. Dr. Dietrich Grashoff
André Grobien
Wiebke Hamm (Vizepräses)
Robert P. Hempel
Peter Hoedemaker
Peter Hoffmeyer
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

Andreas Kellermann
Dr. Torsten Köhne (Vizepräses)
Otto Lamotte (Vizepräses)
Joachim Linnemann (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen (Vizepräses)
Martin Marris
Carsten Meyer-Heder
Hasso G. Nauck
Dr. Tim Nesemann
Lutz Oelsner
Detlef Pauls
Simon Reimer
Dr. Dietmar Ringel
Angelika Saacke-Lumper
Ralph Sandstedt
Bernd Schmielau
Peter Schöler (Vizepräses)
Michael F. Schütte (Vizepräses)
Dirk Schwampe
Tilman Sieglin
Michael Vinnen
Heinz-Jürgen Wagner
Christoph Weiss (Präses)

Geschäftsbereiche Bremen

Ausschüsse und Kommissionen

Finanzausschuss

Vorsitzender: Präses Christoph Weiss

Rechnungsführerin:

Vizepräses Janina Marahrens-Hashagen

Kommission für den Jahresbericht

Vorsitzender: Präses Christoph Weiss

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Andreas P. Berghöfer

Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen

Vorsitzende: Vizepräses

Janina Marahrens-Hashagen

Ausschuss für Informations- technologie, Design und Medien

Vorsitzende: Vizepräses Wiebke Hamm

Außenwirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Vizepräses Matthias Claussen

Ausschuss für Häfen, Verkehr und Logistik

Vorsitzender: Vizepräses

Eduard Dubbers-Albrecht

Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen

Vorsitzender: Vizepräses Peter Schöler

Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr

Vorsitzender:

Vizepräses Joachim Linnemann

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzender: Helmut Passe-Tietjen

Arbeitskreise

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Ideenmanagement
- ERFA-Kreis Umwelt, Energie
- ERFA-Kreis Zoll
- Arbeitskreis Gefahrgut
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung
und Eignung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsunioren

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen der
Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

I Standortpolitik, Häfen, Verkehr

Verkehrsgewerbe, Schifffahrt und Häfen,
Immobilienwirtschaft
Dr. Andreas Otto (Syndicus)

II Industrie, Innovation und Umwelt

Industrie, produktionsorientierte
Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft
Dr. Frank Thoss

III International

Groß- und Außenhandel
Volkmar Herr

IV Einzelhandel, Tourismus, Recht

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus
Karsten Nowak

V Aus- und Weiterbildung

Karlheinz Heidemeyer

VI Zentrale Dienste

Günther Lübbe (Syndicus)

VII Public Relations

Dr. Stefan Offenhäuser (Syndicus)

Ehrenamt der IHK Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von mehr als 6.500 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 650 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums

Hans-Christoph Seewald
(Präsident ab dem 1.1.2014)
Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)
Ingo Kramer
(Vizepräsident ab dem 1.1.2014)
Piet Rothe (Vizepräsident)
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke
(Ehrenpräsident)

Konvent

Senior Peter H. Greim

Mitglieder der Vollversammlung

Jens Assheuer
Holger Bartels
Norbert Blank
Claus Brüggemann (Vizepräsident)
Dr. Peter Dahlke
Matthias Ditzen-Blanke
Hans-Joachim Fiedler (Vizepräsident)
Ralf Forner
Heiko Frisch
Jens Grotelüschen
Wolfgang Grube
Carsten J. Haake
André Kiwitz
Ingo Kramer
(Vizepräsident ab dem 1.1.2014)
Babette Landgraf (ab dem 17.1.2014)
Jörn Langfermann
Klaus-Peter Miéville
Ferdinand Möhring
Lutz Natusch
Dr. Götz Pätzold
Thorsten Rönner
Piet Rothe (Vizepräsident)
Nils Schnorrenberger
Michael Schoer
Stephan Schulze-Aissen (Vizepräsident)
Hans-Christoph Seewald
(Präsident ab dem 1.1.2014)
Manfred de Vries
Andreas Wencke

Ausschüsse

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen

Vorsitzender: Stephan Schulze-Aissen

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzende: Ines Karger

Fisch- und Lebensmittelwirtschaftlicher Ausschuss

Vorsitzender: Heiko Frisch

Hafen- und Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Ferdinand Möhring

Tourismus-Ausschuss

Vorsitzender: Martin Seiffert

Sachverständigen-Ausschuss

Vorsitzender: Heiko Damken

Arbeitskreise

Arbeitskreis Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven

Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft

Arbeitskreis Energie

ERFA-Kreis Gefahrgut

ERFA-Kreis Sicherheitsgewerbe

ERFA-Kreis Umwelt

ERFA-Kreis Zoll- und Außenwirtschaft

Geschäftsbereiche Bremerhaven

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft Michael Stark

Geschäftsbereich I

Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Existenzgründung und Unternehmensförderung Martin Johannsen

Geschäftsbereich II

International, Industrie, Umwelt/Energie, Förderverein Pro A 20 e. V., Hafenanbindung Bremerhaven e. V. Wilfried Allers

Geschäftsbereich III

Zentrale Dienste N.N.

Stellungnahmen

Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2015 – Entwurf des Handlungskonzeptes
Stellungnahme zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
Großraum- und Schwerlasttransporte
Standortuntersuchung Fernbusterminal
Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 bis Mittelshuchting einschließlich der Linie 8 bis zur Landesgrenze Bremen/Niedersachsen
Lkw-Führungsnetz Bremen 2014
Hafengebühren Groß-Containerschiffe Bremerhaven; Senkung der Kappungsgrenze
Änderung der Beförderungsentgelte für den Verkehr mit Taxen in der Stadtgemeinde Bremen
Verkehrspsychologische Untersuchung und verkehrslenkende Maßnahmen Am Stern
Radroute Innenstadt – Universität; Teilmaßnahme: H.-H.-Meier-Allee
Flächennutzungsplan 2025 für die Stadt Bremen
Bebauungsplan 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop
Bebauungsplan 1288 (ehemalige Bremer Wollkämmerei)
Gewerbepark Hansalinie Bremen, Erweiterung 2. Baustufe
Umbau der Walliser Straße zwischen Graubündener Straße und Auf der Schevemoorer Heide;
Neuordnung der Verkehrsberuhigung
Verkehrssituation in der Rembertistraße
Stellungnahme zur Verkehrsdurchsetzung der konturlosen Farbmarke „grün“
Verfahren zur Neuaufstellung des Landschaftsprogramms Bremen – Bereich der Stadtgemeinde Bremen - 2. Entwurf (Febr. 2014)
Konjunkturreport zum Jahresbeginn 2014, Frühjahr 2014, Sommer 2014, Herbst 2014

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an KMU über das Landesinvestitionsförderungsprogramm (LIP)
Stellungnahme zur Tragfähigkeit von Existenzgründungsvorhaben
Stellungnahmen zu Bürgerschaftsanträgen
IHK Nord-Positionspapier „Energie“ für UK Nord
Erste Anhörung zur Partikelfilterpflicht für Baumaschinen auf innerstädtischen Baustellen
Klimaschutz- und Energiegesetz des Landes Bremen – erste Entwürfe
Stellungnahme zum Entwurf des Wissenschaftsplanes 2020
Stellungnahme zum Entwurf der wirtschaftspolitischen Positionen 2015 der IHK-Organisation
Stellungnahme für eine verbesserte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Entwicklungspolitik

Bildungsföderalismus
Zukunft des Ausbildungsbüros
Förderung der Ausbildung zum Berufskraftfahrer
Studienabbrecher
Abitur G8/G9
Duale Studiengänge
Zertifizierung von Teilqualifikationen

gerichtet an

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Senat der Freien Hansestadt Bremen, DIHK
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
HBI Hiller + Begemann Ingenieure GmbH
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Bauamt Bremen-Nord
HBI Hiller + Begemann Ingenieure GmbH
Amt für Straßen und Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
DIHK
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senatorin für Finanzen, Senatskanzlei, Senat der Bremischen Bürgerschaft
Bremer Aufbau-Bank GmbH

Agentur für Arbeit, Bremen
Bürgerschaftsbank Bremen GmbH
IHK Nord
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Senatorin für Bildung und Wissenschaft
DIHK
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Unternehmerkuratorium Nord
Senator für Arbeit
Bundesamt für Güterverkehr
Landesausschuss für Weiterbildung
DIHK
DIHK
DIHK

Stellungnahmen Bremen, Forts.

Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanentwürfen

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen

Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften

Stellungnahme zur Genehmigung von Gemeinschaftslizenzen im Güterkraftverkehr

Stellungnahmen Handelsregister

Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 c der Gewerbeordnung

Stellungnahmen zu Anträgen auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Stellungnahmen zum Bremischen Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG)

Stellungnahme zu der Verkehrsdurchsetzung einer internationalen Marke

Stellungnahme für die Zulassung von Ausnahmen aus Anlass von Volksfesten für eine Sonntagsöffnung gemäß des BremLadschIG

Stellungnahme zur Erstellung eines Lärmaktionsplan der Gemeinde Loxstedt (2. Stufe)

Stellungnahme zur Beförderungsentgelten im Taxenverkehr in der Stadt Bremerhaven

Informationsanfrage zur Erarbeitung der Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland

zum Eröffnungsbeschluss der Kommission zum „EEG“ vom 18.12.2013

EEG-Novelle zum Eigenbedarf, Belastung der Eigenerzeugung mit EEG-Umlage

EEG Beihilfeprüfverfahren

Abstimmung Positionspapier "Energie" für Konferenz Norddeutschland

Energiewende-Monitoring 2014

Förderung aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF)

IHK Nord Energiewende-Monitoring 2014

Stellungnahme zum Tourismuskonzept Bremerhaven 2020

gerichtet an

Stadtplanungsamt der

Seestadt Bremerhaven

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH

Bürgerschaftsbank Bremen GmbH

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Amtsgericht Bremen

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

Jobcenter Bremerhaven

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

DIHK Berlin

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

Gemeinde Loxstedt

Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt Bremerhaven

DIHK Berlin

DIHK Berlin

DIHK Berlin

IHK Nord

DIHK

EFF Projektmanagement

IHK Nord

Erlebnis Bremerhaven GmbH

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Telefon 0421 3637-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Telefon 0471 92460-0
Fax 0471 92460-90
www.bremerhaven.ihk.de
info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation presse,contor Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis Frank Pusch, Jörg Sarbach, Helmut Gross,
Antje Schimanke, BLG, bremenports, Hako 2014,
Jan-Peter Boening, D & K drost consult GmbH,
Deutsche See, Senatspressestelle

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2015

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de